



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Ministerpräsident Dr. Markus Söder gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl am Stand von Engagement Global. Bild: Staatskanzlei

## Bayerischer Städtetag in Augsburg:

# Digitale Gesellschaft. Digitale Städte

Mit der Digitalisierung griff der Bayerische Städtetag auf seiner Jahrestagung in Augsburg einen Veränderungsprozess in der Gesellschaft und in den Städten auf, der häufig als die vierte große Medienrevolution nach dem Erlernen der Sprache, der Entwicklung der Schrift und der Erfindung des Buchdrucks eingestuft wird. Den rund 330 Delegierten und Gästen aus der Europa-, Bundes- und Landespolitik wurde Digitalisierung zum Anfassenden geboten. Daneben fanden Fachvorträge und Praxisberichte in einem Forum statt.

Anhand ausgewählter Beispiele aus den Bereichen Digitales Rathaus, Digitale Schule, Digitale Mobilität und Digitale Pflege und Gesundheit wurde Digitalisierung greifbar und erlebbar. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren eingeladen, die Schulbank zu drücken. Sie erlebten Schulunterricht der Zukunft mit Whiteboard, Tablets und Avatar. Auf der Mobilitätsstation waren die Tagungsgäste eingeladen, eScooter und Solarauto selbst zu testen. Auf der Station Digitale Gesundheit und Pflege tauchten sie mit VR-Brillen in die digitale Welt ein. Im Digitalen Rathaus wiederum wurden Chatbots und Messengerdienste präsentiert.

Bereits vor der Jahrestagung ging der staedtetag.blog online. Unter der Internetadresse staedtetag.blog werden verschiedene Aspekte der Digitalisierung von Autoren der Geschäftsstelle und der Fachwelt beleuchtet. Städte und Gemeinden stellen darin eigene Projekte vor und dienen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische GemeindeZeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Drittes Energieministertreffen der Länder in Hannover:

# Kooperation und Tempo bei der Energiewende

Aiwanger: „Mehr gesicherte Leistungen für Süddeutschland, auch in Form von Gaskraft

MÜNCHEN / HANNOVER Um die Energiewende gemeinsam und erfolgreich zu gestalten, haben sich im Mai die Energieminister und -senatoren der Länder sowie des Bundes in Hannover auf ein gemeinsames Positionspapier verständigt. In dem „Länderimpuls Energie“ bekräftigten die Minister und Senatoren die gesellschaftliche Bedeutung der Energiewende für Deutschland und fordern eine konsistente Energiepolitik.

„Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase der Energiewende“, heißt es in dem Papier. „Um die national und international verbindlichen Klimaschutzziele zu erreichen, besteht dringender Handlungsbedarf.“ Der Weg zu einer CO<sub>2</sub>-freien und klimagerechten Energieversorgung müsse über die Ländergrenzen hinweg besser koordiniert und Hemmnisse und Hürden abgebaut werden, sagen die Minister und Senatoren. Zu dem Treffen, an dem auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier teilnahm, hatten der

niedersächsische Energieminister Olaf Lies und seine Amtskollegen aus Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eingeladen.

## Wichtiger Baustein für Klimaziele und Wirtschaftswachstum

Im „Länderimpuls“ konkretisieren die zuständigen Minister und Senatoren erforderliche Maßnahmen und Schritte zum Gelingen der Energiewende. So müssen der Ausbau der Erneuerbaren Energien und

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bild: Umweltministerium/Hollemann

anderen Kommunen als Ideenpool. Mit dem staedtetag.blog schafft der Bayerische Städtetag den digitalen Städten und Gemeinden in Bayern eine willkommene Plattform.

## Verlässlichkeit als Maßstab des Digitalisierungsprozesses

„Bei aller Begeisterung für das technisch Machbare darf Digitalisierung keinen Menschen zurücklassen“, führte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, aus. Die Digitalisierung treibe die Städte zum Wandel und führe zum Einsatz smarterer und digitaler Dienstleistungen (Fortsetzung auf Seite 4)

## Bayerischer Heimattag in Landshut:

# Lebensraum Stadtregion?

Städte und ihr Umland sind multifunktional vernetzte Lebensräume. Mehr denn je haben sie heutzutage den zunehmenden Anforderungen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen. All diese miteinander konkurrierenden Ansprüche haben zur Folge, dass Städte und ihre umgebenden Orte und Landschaften immer mehr zu komplexen Stadtregionen zusammenwachsen. Unterschiedliche Zugangsweisen zu diesem Thema bot der 40. Bayerischer Heimattag in Landshut unter dem Motto „Stadtregionen – Lebensräume der Zukunft?“.

Nach der Begrüßung von Prof. Dr. Manfred Tremml, Erster Vorsitzender des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine, wurden in zwei Impulsreferaten die Wechselwirkungen zwischen urbanen Siedlungen und ihrem Umland aus der Sicht der Stadt und des Landkreises Landshut exemplarisch veranschaulicht.

Oberbürgermeister Alexander Putz erläuterte, dass sich das Gefühl der Verbundenheit zwi-

schen Stadt und Landkreis Landshut inzwischen auch zunehmend in der Zusammenarbeit zeige.

## Regionales Wir-Gefühl

Inzwischen gebe es fast kein Thema mehr, das isoliert voneinander betrachtet werden könne. So seien unter anderem der gemeinsam beantragte Schulbedarfsplan für weiterführende Schulen in Stadt und Land-

kreis, aber auch und vor allem der Landshuter Verkehrsverbund ein deutliches Zeichen für ein regionales Wir-Gefühl, ergänzte stellvertretender Landrat Fritz Wittmann. Gemeinsam investiere man in eine zeitgemäße Infrastruktur, in die Gesundheitsversorgung und den Naturschutz in der Region. Kein Wunder also, dass man mittlerweile von der Region Landshut und nicht mehr getrennt von Stadt und Landkreis spreche.

## Motto „Heimat aktiv“

Mit musikalisch-literarischen Impulsen zum Leben in der Stadt gestaltete das Kulturreferat des Bezirks Niederbayern im Anschluss den kulturellen Teil des Abends. Dabei wurden die Landshuter Bürger dazu eingeladen, selbst literarische Kurztex-te zu verfassen. Heraus kam eine bunte Mischung, die zahlreiche Facetten der niederbayerischen Regierungs- und Bezirkshauptstadt beleuchtete, vom (Fortsetzung auf Seite 2)



Von links: Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags und Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, Marina Neubauer, Bezirkstagsmitglied von Oberbayern, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, und Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern. Bild: Staatskanzlei

# Für weltoffenen Heimatbegriff

Jahrestagung des Bayerischen Bezirktags in Augsburg

Je globaler die Welt wird, desto mehr gewinnt Heimat an Bedeutung. Der Bayerische Bezirktag diskutierte im Rahmen seiner Vollversammlung in Augsburg den Wert der Heimat in Zeiten von Flucht und Vertreibung. Außerdem ging es unter dem Motto „Die endliche Heimat“ um aktuelle Themen wie Artensterben und Flächenfraß.

Da der Heimatbegriff nach wie vor oft missbraucht wird, beschloss die Verbandsversammlung ein Positionspapier, das laut Bezirkstagspräsident Franz Löffler die Funktion eines Leitbildes hat. „Es soll Grundlage sein für weitere politische Diskussionen des Heimatbegriffs und künftig bei Grundsatzfragen unserer regionalen Kulturarbeit und Heimatpflege herangezogen werden.“

## Solidarität und Kultur des Zusammenlebens

Mit der Resolution grenze man sich von allen ab, für die Heimat ein Synonym für Nationalismus und Egoismus ist. Für den Bezirktag stehe Heimat vielmehr für „Gemeinschafts-sinn, Solidarität und eine Kultur des Zusammenlebens, die von Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist, unterstrich Löffler.

Das Positionspapier stelle auch klar, dass niemand ausgegrenzt werden dürfe, beispielsweise wegen seiner Religion, Hautfarbe, Herkunft oder Behinderung. „Heimat ist eine ge-

meinsame Verpflichtung zur Integration und Inklusion, beides sind Themen einer zukunfts-gewandten Heimatpflege“, erläuterte der Präsident. Darüber hinaus werde auf die massiven Gefährdungen hingewiesen, die die Heimat als Natur- und Land- (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Menschen müssen einander mit Vertrauen und Achtung begegnen – auch im Internet, fordert der Rathauschef. Er verurteilt, wie sehr tumbe Rohheit in Wort und Tat um sich greift, wie Einsatzkräfte und Personen des öffentlichen Lebens angegriffen werden. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Plan für gleichwertige Lebensbedingungen . . . . .	2
Brandl: Lasst den Kommunen ihre Planungshoheit! . . . . .	2
CO <sub>2</sub> -Steuer – Klimaschutz oder Abzocke? . . . . .	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle:</b> Die KPV macht sich stark für kommunale Schwimmbäder . . . . .	3
Füracker: „Steuerzahlen muss Spaß machen!“ Blickpunkt Gesundheitsversorgung . . . . .	3
<b>Kommune Energiethemen</b> . . . . .	5 - 10
<b>Kommunalfahrzeuge • ÖPNV</b> . . . . .	11
<b>Kommunale Verkehrsthemen</b> . . . . .	12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	13 - 16

## Bundeskabinett:

# Plan für gleichwertige Lebensverhältnisse

Reaktionen von Deutschem Städtetag und Deutschem Landkreistag

Ein Plan für Deutschland: Um in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, hat das Bundeskabinett ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen. Bundesinnenminister Seehofer, Bundesfamilienministerin Giffey und Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner stellten in Berlin ihre Schlussfolgerungen zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vor.

Strukturschwachen Regionen soll künftig gezielter geholfen werden. Es gelte, sich auf die Regionen zu konzentrieren, die unter Abwanderung und Überalterung zu leiden hätten, denn das Problem der ungleichen Lebensverhältnisse sei keines nur zwischen Ost und West, betonte Bundesinnenminister Horst Seehofer. Die Arbeit der Kommission sei die Basis für entscheidende Weichenstellungen in Deutschland.

## 12-Punkte-Plan

Dazu hat das Kabinett folgende zwölf Punkte beschlossen: 1. Mit einem neuen gesamtdeutschen Fördersystem strukturschwache Regionen gezielt fördern, 2. Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen bringen, 3. Breitband und Mobilfunk flächendeckend ausbauen, 4. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Fläche verbessern, 5. Dörfer und ländliche Räume stärken, 6. Städtebauförderung und sozialen Wohnungsbau vorantreiben, 7. Eine faire Lösung für kommunale Altschulden finden, 8. Engagement und Ehrenamt stärken, 9. Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sichern, 10. Barrierefreiheit in der Fläche verwirklichen, 11. Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen fördern, 12. Gleichwertige Lebensverhältnisse als Richtschnur setzen.

Aus Sicht von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages, „wird das Konzept der Bundesregierung für gleichwertige Lebensverhältnisse sicher keine Wunder bewirken. Was jetzt auf dem Tisch liegt, kann aber strukturschwachen Kommunen helfen.“

## Gesamtdeutsches Fördersystem

Dass ein gesamtdeutsches Fördersystem für Ost und West, Nord und Süd, für Städte und ländliche Regionen kommen soll, sei richtig. „Hierfür werden Bundesprogramme zusammenge-

fasst und die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur weiterentwickelt. Durch die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur sollen sich Unternehmen leichter ansiedeln und die Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen gestärkt werden. So sollen beispielsweise der Tourismus gefördert, in innovative Gewerbegebiete und interkommunale Gewerbegebiete investiert sowie Industriebrachen revitalisiert und die Forschung unterstützt werden. Allerdings wird bisher keinerlei Aussage getroffen, was der Bund hier finanziell zusätzlich leisten will. Das Fördersystem wird nur dann neue Wirkung entfalten, wenn die Gelder dafür deutlich aufgestockt werden. Nötig ist das besonders für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur.“

## Problem der Altschulden

Ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich beim Thema kommunale Altschulden ab. Das Problem der Altschulden sei für die betroffenen Städte sehr gravierend, weil es ihren Handlungsspielraum für die Bürgerinnen und Bürger enorm einschränkt. Die kommunalen Kassenkredite belaufen sich auf 48 Milliarden Euro. Deshalb sei es gut, wenn sich der Bund prinzipiell bereit erklärt, an einer Lösung dieses Problems finanziell mitzuwirken.

Allerdings lässt das Papier der Regierung mehrere Fragen offen, hob Jung hervor: „Der Bund knüpft mögliche Hilfe bei Zins- und Tilgungslasten der Kommunen an Bedingungen, vor allem an einen nationalen Konsens. Ob und wie ein solcher Konsens erreicht werden kann, muss daher intensiv besprochen werden. Dabei wird der Bund seine Überlegungen konkretisieren müssen: Denn welcher Beitrag in einem solchen nationalen Konsens auf Bund, Länder und Kommunen entfallen sollte und wie Art und Umfang der Bundeshilfen aussehen könnten, ist bisher nicht erkennbar. ein sol-

cher Konsens erreicht werden kann, muss daher intensiv besprochen werden.“

Die Ursachen hoher kommunaler Kassenkredite müssten in der Tat angegangen werden. Dazu zähle auch die hohe Belastung der Kommunen mit Sozialausgaben. „Der Deutsche Städtetag ist sich daher mit allen Ländern einig, dass der Bund wirklich helfen kann, wenn er sich stärker an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose beteiligt. Diesen Vorschlag werden wir unabhängig von möglicher Hilfe des Bundes bei Zins- und Tilgungslasten der Kommunen in die Gespräche einbringen.“

„Das, was hier und heute auf dem Tisch liegt, ist leider nicht der große Wurf. Es handelt sich überwiegend um Programmsätze und Appelle“, hob Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags, hervor. Eine finanzielle Unterlegung, konkrete Zeitschienen und Umsetzungsschritte würden so gut wie nicht aufgezeigt. Dies sei zu wenig, gerade angesichts der Handlungsnotwendigkeiten, die der Bericht vollkommen zutreffend aufbereitet. In den nächsten Wochen und Monaten komme es daher umso mehr darauf an, eine Konkretisierung der Handlungsempfehlungen zu erreichen. Nötig sei ein Ruck für die ländlichen Räume. Hier sei die Bundesregierung massiv gefordert.

## Folgende Punkte sind dem DLT besonders wichtig:

1. Wir brauchen eine belastbare Zusage des Bundes, dass wir den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser und Mobilfunk bis spätestens 2025 umsetzen. Schon im Koalitionsvertrag waren dazu 12 Mrd. Euro veranschlagt. Diese Summe ist ein erster richtiger Schritt, der allerdings der Umsetzung bedarf.
2. Die Förderung von lebendigen Ortskernen sowie von kleinen Betrieben durch den Bund ist aufgrund des gravierenden

## Wer CO2 ausstößt, zahlt:

# Klimaschutz oder Abzocke?

Jeder soll für eine ausgestoßene Tonne des CO2-Treibhausgases 50 Euro zahlen – ob Bürger oder Unternehmer. Für das Modell einer CO2-Bepreisung zum angeblich besseren Klimaschutz warben die Redner von Bündnis 90/Die Grünen in einer aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag. Harsche Kritik kam von den anderen Fraktionen. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer bezeichnete die Initiative als „reine Abzocke“.

Nach Vorstellungen der Grünen sollen Bürger und Unternehmen für eine ausgestoßene Tonne CO2 50 Euro zahlen. Im Gegenzug würde jeder Bürger pro Jahr ein „Energiegeld“ von 100 Euro erhalten. Unter dem Strich werde damit klimaschonendes Verhalten belohnt, erklärte Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann. Das sei ein „fairer Geld-zurück-System“ mit klarer Lenkungswirkung. Hartmann betonte die Notwendig-

## Lebensraum Stadtregion ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
„größten Café der Welt“ über die „Leberkäs-Bank“ bis hin zu verschwundenen Orten.

Bereits am Nachmittag des ersten Veranstaltungstages hatte sich das Kulturreferat des Bezirks Niederbayern unter dem Motto „Heimat aktiv“ am Info-stand in der Landshuter Altstadt präsentiert, gemeinsam mit den Veranstaltenden und weiteren Institutionen (u. a. die niederbayerischen Freilichtmuseen sowie die neu eröffnete Volksmusikakademie in Bayern) sowie lokalen Vereinen, musikalisch begleitet von Niederbayerischen Musikantenstammstisch.

Am zweiten Tag wurden verschiedene inhaltliche Aspekte in Fachvorträgen vertieft. Nach der Begrüßung von Johann Böhm, Landtagspräsident a. D. und Vorsitzender des Bayeri-

strukturwandels in der Landwirtschaft anders als bisher zu ermöglichen. Dazu sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen im Hinblick auf eine inhaltliche Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ zu schaffen.

3. Landkreise, Städte und Gemeinden müssen wieder überall eigenständig finanziell handlungsfähig sein, um den Menschen in den ländlichen Räumen die Leistungen und Infrastrukturen bereitzustellen, die notwendig sind. Dies ist Bedingung dafür, dass die Menschen tatsächlich dort leben können, wo sie leben wollen. Der Königsweg besteht darin, den Kommunen mehr Mittel über die Umsatzsteuer – und zwar nach der Zahl der Einwohner statt wie bisher der Wirtschaftskraft – zukommen zu lassen.

4. Die Länder müssen dauerhaft garantieren, dass eine neue Verschuldung über Kassenkredite unterbleibt und damit die finanzielle Mindestausstattung jeder einzelnen Kommune durch alle Länder erfolgt. Der Bund betrachtet dies zu Recht als unverzichtbare Voraussetzung für eine zu prüfende einmalige Hilfestellung bei den durch die Länder und Kommunen abzutragenden Altschulden.

5. Schließlich erwarten wir jetzt eine verlässliche Aussage des Bundes zur Umsetzung der Neuansiedlung und Ausgründung von (Bundes-)Behörden und Forschungseinrichtungen. Hierzu gehört es klar zu benennen, wie viele Arbeitsplätze bis wann in welche Gebiete verlagert oder künftig aufgebaut werden sollen und welche Effekte damit für die Menschen vor Ort, die Unternehmensstruktur und die Kommunen erzielt werden können.

„Wir erwarten im weiteren Verlauf entscheidende Fortschritte, die den Menschen in der Fläche absehbar echte Mehrwerte bringen“, so der DLT-Präsi-

den. Dazu zählten auch die entsprechenden finanziellen Mittel – beispielsweise für den Glasfaserausbau, die flächendeckende Mobilfunkversorgung oder Förderimpulse für die Wirtschaft. „Anderenfalls kostet das Abhängen ganzer Landstriche weit mehr als nur Geld.“ **DK**

## Bayerischer Gemeindetag:

# Lasst den Gemeinden ihre Planungshoheit!

Dr. Uwe Brandl: GRÜNE führen sich wie Zuchtmeister der Gemeinden und Städte auf

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl äußerte sich anlässlich einer Pressekonferenz der Grünen im Bayerischen Landtag zur Vorstellung ihres Entwurfs zur Änderung des Landesplanungsgesetzes: „Die Grünen führen sich wie Zuchtmeister der bayerischen Gemeinden und Städte auf. Den Kommunen gesetzlich vorschreiben zu wollen, dass sie pro Tag nicht mehr als 5 ha Fläche überplanen dürfen, ist nichts anderes als staatlicher Dirigismus in Reinkultur. Das werden wir nicht hinnehmen.“

Nach Ansicht des Präsidenten ist der Gesetzentwurf außerdem aller Voraussicht nach verfassungswidrig, „weil ein solches Gesetz massiv in die gemeindliche Planungshoheit eingreifen würde, wenn der Staat jeder Gemeinde nur ein bestimmtes Kontingenz zur Überplanung zuweisen würde“.

Die gemeindliche Entwicklung wäre über Jahre gehemmt, fürchten Bayerns Bürgermeister. Auch der Verteilmechanismus halten sie für grob ungerecht.

Der Bayerische Gemeindetag weist darüber hinaus darauf hin, dass die Begründung des Gesetzentwurfs falsch ist. „Es findet kein Flächenfraß“ statt, wenn beispielsweise unbebaute Wiesen für Einfamilienhäuser mit Garten, Kindergärten mit Spielflächen, Schulen mit Pausenhöfen oder Krankenhäuser mit Ruheazonen bebaut werden. Es findet vielmehr eine Flächenumwandlung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger statt. Der Gesetzentwurf ist also ein Etikettenschwindel, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Er wies auch darauf hin, dass völlig unklar bliebe, wie die überplanbaren Flächen festgesetzt werden und wie kontrolliert werden solle, ob die Gemeinde sich an die Festsetzungen hält. Brandl: „Der Gesetzentwurf verspricht den Bürgerinnen und Bürgern eine Scheinlösung. Die Haltung der GRÜNEN ist an Schizophrenie nicht zu überbieten: Einerseits die ganze Welt retten zu wollen, indem man alle Menschen nach Deutschland einlädt und die Grenzen aufmacht; andererseits dringend benötigten Wohnraum und Sozialeinrichtungen verhindern, indem man durch Flächenbegrenzung die kommunale Planung blockiert oder ganz zum Erliegen bringt. Da kann man nur noch den Kopf schütteln.“ **□**

ger und Wirtschaft zu klimafreundlichem Verhalten. CSU-Fraktionsvize Alexander König war empört. Er warf den Grünen vor, mit ihrem Modell eine Lösung für die Klimaproblematik vorzugaukeln. Die von Hartmann behauptete Lenkungswirkung sei nirgends belegt. Die Schwankungen bei den Benzin- und Diesel-Preisen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass Preisaufschläge von bis zu 30 Cent je Liter nichts am Verbrauch ändern. CO2-Preis und Energiegeld seien deshalb reine Umverteilungspolitik, die viele Bürger und vor allem Unternehmen mehr belasten werde.

CSU-Fraktionsvize Alexander König war empört. Er warf den Grünen vor, mit ihrem Modell eine Lösung für die Klimaproblematik vorzugaukeln. Die von Hartmann behauptete Lenkungswirkung sei nirgends belegt. Die Schwankungen bei den Benzin- und Diesel-Preisen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass Preisaufschläge von bis zu 30 Cent je Liter nichts am Verbrauch ändern. CO2-Preis und Energiegeld seien deshalb reine Umverteilungspolitik, die viele Bürger und vor allem Unternehmen mehr belasten werde.

CSU-Fraktionsvize Alexander König war empört. Er warf den Grünen vor, mit ihrem Modell eine Lösung für die Klimaproblematik vorzugaukeln. Die von Hartmann behauptete Lenkungswirkung sei nirgends belegt. Die Schwankungen bei den Benzin- und Diesel-Preisen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass Preisaufschläge von bis zu 30 Cent je Liter nichts am Verbrauch ändern. CO2-Preis und Energiegeld seien deshalb reine Umverteilungspolitik, die viele Bürger und vor allem Unternehmen mehr belasten werde.

## Täuschung und Populismus

CSU-Fraktionsvize Alexander König war empört. Er warf den Grünen vor, mit ihrem Modell eine Lösung für die Klimaproblematik vorzugaukeln. Die von Hartmann behauptete Lenkungswirkung sei nirgends belegt. Die Schwankungen bei den Benzin- und Diesel-Preisen in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass Preisaufschläge von bis zu 30 Cent je Liter nichts am Verbrauch ändern. CO2-Preis und Energiegeld seien deshalb reine Umverteilungspolitik, die viele Bürger und vor allem Unternehmen mehr belasten werde.

## Angstmache der bittersten Sorte

Rainer Ludwig von den Freien Wählern bezeichnete die CO2-Bepreisung hat große Vorbehalte gegenüber einer allgemeinen CO2-Bepreisung. Für viele Probleme biete das Modell der Grünen keine Lösung. Es führe zu sozialen Härten für Geringverdiener und Berufspendler sowie zur Überforderung der Wirtschaft. Zudem könnten die Menschen im ländlichen Raum, die für ihre Mobilität auf das Auto angewiesen sind, dem CO2-Preis nicht ausweichen. Ludwig verwies auf den Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, der konkrete Ziele zum Klimaschutz beinhalte. Die Pläne dazu

würden konsequent umgesetzt. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) unterstellte den Grünen „Angstmache der bittersten Sorte“. Statt in der Klimafrage Weltuntergangsstimmung zu verbreiten, brauche es vernünftige Lösungen, die Umweltschutz und Wirtschaftspolitik vereinen.

Nach Ansicht von Florian von Brunn (SPD) kann eine sozialverträglich gestaltete CO2-Bepreisung nur ein Baustein in der Klimaschutzpolitik sein. Dazu gehöre auch eine konsequente Energie- und Verkehrswende. Statt wie die Grünen einen „medialen Budenzauber“ zu veranstalten, sollte vor Beschlüssen das von Bundesumweltministerin Svenja Schulze in Auftrag gegebene Gutachten zu einer wirtschaftlich soliden und sozial gerechten CO2-Bepreisung abgewartet werden, forderte von Brunn.

FDP-Fraktionschef Martin Hagen warb als Alternative für ein erweitertes Modell des europäischen Emissionshandels. Der Markt könne den Preis für den CO2-Ausstoß am besten regeln. Es sei „grüne Hybris“ zu glauben, den richtigen Preis selbst festlegen zu können.

Ingo Hahn (AfD) hielt den Grünen wegen des aus seiner Sicht keinesfalls gesicherten Klimawandels „gesinnungspolitische Schnellschüssigkeit“ vor. Deren Vorschlag triebe ohne Not die Belastung von Bürgern und Wirtschaft nach oben. Zudem sei in dieser Frage ein nationaler Alleingang ein „Irrweg“.

## Zukunft Klimaschutzgesetz

Bis Ende 2019 soll ein Klimaschutzgesetz stehen, das sicherstellt, dass bis 2030 die geplanten 55 Prozent weniger an Treibhausgasen ausgestoßen werden als 1990. Dass Klimathema wird voraussichtlich zu einem politisch aufgeladenen Schon der Ausbau der erneuerbaren Energien litt unter einem Gerechtigkeitsdefizit. Jeder Bürger zahlt über den Strompreis die Erneuerbare-Energien-Umlage (EEG), derzeit 6,405 Cent je Kilowattstunde.

Anja Schuchardt

## Wir gratulieren

### ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Wulf-Dietrich Kavasch  
86745 Hohenaltheim  
am 19.7.

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wilhelm  
92543 Guteneck  
am 30.7.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jakob Hartl  
85405 Nandlstadt  
am 18.7.

Bürgermeister Heinz Binder  
94142 Fürsteneck  
am 18.7.

Bürgermeister  
Dr. Matthias Ruhdorfer  
82069 Schäftlarn  
am 22.7.

Bürgermeister Thomas Reimer  
93333 Neustadt a. d. Donau  
am 23.7.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Rothfischer  
93086 Wörth a. d. Donau  
am 22.7.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Krauß  
88149 Nonnenhorn  
am 25.7.

Bürgermeister Karl Lappe  
95490 Mistelgau  
am 26.7.

Bürgermeister Max Kresslirer  
85464 Finsing  
am 27.7.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Schraud  
97262 Hausen  
am 19.7.

Oberbürgermeister  
Sebastian Remelé  
97421 Schweinfurt  
am 30.7.

## Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Finanzminister Füracker im Münchner Presseclub:

## „Steuer zahlen muss Spaß machen!“

Nach dem Regierungschef ist Finanzminister Albert Füracker als Herr der Kassen zwar der mächtigste Politiker im Freistaat, doch er scheut den lauten Auftritt. Dabei kann sich das Ergebnis seiner Arbeit sehen lassen: Knapp 125 Milliarden schwer ist sein erster Doppelhaushalt mit dem auch teure Wahlversprechen der Koalitionsparteien finanziert werden können. Im Presseclub diskutierte Füracker mit dem Vorsitzenden Peter Schmalz unter anderem über die Reform der Grundsteuer, das Versagen der EU, die Zukunft der Landesbank und den Vorwurf an die Kommunen mit der Ausweisung von Gewerbeflächen nur Geld machen zu wollen.

„Als Finanzminister bin ich immer in einem Spannungsfeld: die einen klagen, wir investieren zu wenig, die anderen kritisieren, wir geben zu viel Geld aus.“ Trotz der Kritik an der Haushaltsführung des Freistaats, sieht Finanzminister Albert Füracker sein Land für die Zukunft gut gerüstet. „Wir haben beim Doppelhaushalt 2019/20 klare Schwerpunkte gesetzt: Familienpolitik, Pflege und Forschung und Entwicklung. So schaffen wir mit dem Haushalt 4.300 neue Stellen, davon 2.200 an den Schulen und 1.000 bei der Polizei.“ Insgesamt sieht der Doppelhaushalt 2019/20 Gesamtausgaben in Höhe von 124,7 Milliarden Euro vor. Das entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von 4,5 Prozent pro Jahr.

Ein Grund für das neue Rekordhoch sei, dass die Koalition eine Fülle von Wahlversprechen aus dem Landtagswahlkampf 2018 mit finanzieren müsse, rechtfertigte sich Füracker. Beispielsweise schlagen die neuen Sozialleistungen wie das Familien- und das Pflegegeld, das Baukindergeld und die Ausweitung der Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch mit rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche.

Größter Einzelposten des Haushalts sind dabei die Finanzzuweisungen des Freistaats an seine Kommunen. Sie steigen 2019 auf 9,6 und 2020 auf knapp 10 Milliarden Euro. „Noch nie hat der Freistaat seinen Kommunen so viel Geld gegeben wie jetzt“, sagte Füracker. Der Anteil der Kommunen steigt am Gesamtsteueraufkommen 2020 dank des Wegfalls der Gewerbesteuerumlage im Rahmen des Länderfinanzausgleichs von 12,75 auf 15 Prozent – eine einstige Forderung der Freien Wähler.

### Füracker plant Einfach-Grundsteuermodell

Die geplante Kompromissregelung zur Reform der Grundsteuer der Großen Koalition begrüßte Füracker. Wie die Steuer künftig genau berechnet wird, ist zwar noch nicht bekannt. Aber die Länder sollen neue Rechte bei der Berechnung bekommen, denn die Einigung beinhaltet eine Öffnungsklausel für die Länder.

Die Grundsteuer fließt den Kommunen zu, die so jährlich rund 14 Milliarden Euro einnehmen. Befürchtet wird, dass Öffnungsklauseln zu einem bundesweiten Flickenteppich bei der Grundsteuer führen könnten. Eine solche Klausel erlaubt den Ländern aber, von den eigentlich vereinbarten Regelungen zur Berechnung der Grundsteuer individuell abzuweichen. Die Abweichungen sollen aber keinen Einfluss auf den Finanzausgleich unter den Ländern haben. Für Bayern werde ein „unbürokratisches Einfach-Grundsteuermodell“ gelten, kündigte Füracker an. Das heißt: die Steuer soll anhand der Grundstücksfläche berechnet werden. Der Wert des Grundstücks wird keine Rolle spielen. Dadurch wird es unerheblich, ob es sich um ein Grundstück in teureren Stadtgebieten oder auf dem Land handelt. „Das Modell des Bundesfinanzministers zur Reform der Grundsteuer ist viel zu kompliziert und unglaublich bürokratisch, weil die Bodenrichtwer-

te grundlegendes Element sein sollen. Alleine in Bayern würden wir zur Umsetzung der neuen Grundsteuer etwa 2.500 Steuerbeamte zusätzlich benötigen, da sechs Millionen Objekte neu bewertet werden müssten. Das Gesetz hätte zudem alle sieben Jahre eine Steuererhöhung bedeutet“, kritisierte Füracker.

Noch vor der Sommerpause soll der Gesetzentwurf in den Bundestag kommen, um noch in diesem Jahr in Kraft treten zu können. „Ich bekomme bereits Anfragen der anderen Finanzminister der Länder. Sie planen unser Modell zu übernehmen. Wir wollen, dass die Grundsteuer auf möglichst wenigen Kriterien beruht, damit sie sowohl für die Bürger und Unternehmer als auch für die Verwaltung einfach administrierbar ist. Sie soll deshalb ausschließlich nach physikalischen Größen, wie Grundstücksgröße und Wohn- bzw. Nutzfläche, ermittelt werden. Diese Größen sind nicht streitanfällig und vermeiden in Zeiten steigender Immobilienpreise eine Steuererhöhung durch die Hintertür“, erklärte der Minister.

### Sorgen um die EU

Das Ringen in Brüssel um den Posten des neuen EU-Kommissionspräsidenten bewertete der Finanzminister als extrem enttäuschend. „Vor der Wahl herrschte in der Bevölkerung eine wahre Europabegeisterung. Jetzt mache ich mir Sorgen darüber, dass das Europa, das wir uns wünschen, derzeit demokratisch erschüttert wird. Was aktuell in Brüssel passiert, ist Wahnsinn. Alle negativen Klischees sind durch das Gezerre bestätigt worden. Anstatt zu sagen: Die EVP war die stärkste Partei und Manfred Weber ihr Spitzenkandidat. Demokratietechnisch hätte das zum Erfolg führen müssen. Zudem verstärken die wochenlangen Diskussionen den Eindruck bei den Menschen, den Politikern gehe es nur um Ämter“, bedauerte Füracker. Wie Manfred Weber mit der Situation aktuell umgehe, bezeichnete sein CSU-Kollege als „honorig“.

### Keine Super-Bank

Die Bayerische Landesbank hat den Steuerzahler viel Geld gekostet. Jetzt geht es ihr wieder gut. Es gab 2018 einen Gewinn vor Steuern von fast 900 Millionen Euro und erstmals wieder eine Dividende: 175 Millionen Euro bekommen die beiden Eigentümer, zu 75 Prozent der Freistaat Bayern, zu 25 Prozent Bayerns Sparkassen.

Doch wie geht es jetzt weiter? Der deutsche Sparkassenpräsident Helmut Schleweis würde aus den noch fünf Landesbanken am liebsten ein einziges schlagkräftiges Zentralinstitut formen. Der wichtigste Entscheider auf Seiten des Freistaats in dieser Sache ist Füracker, dessen Ressort für die Beteiligungen des Landes zuständig ist. Füracker steht der Super-Landesbank allerdings „mit größerer Skepsis gegenüber“, sagte er. Die Frage für ihn ist, ob sich das Geschäftsmodell dadurch verbessere, dass aus mehreren Landesbanken eine einzige wird. „Man wird nicht allein deswegen erfolgreich, weil man fusioniert“, sagte er. Es gehe darum, ein tragfähiges Modell angesichts der niedrigen

Zinsen, zunehmender Digitalisierung, hoher regulatorischer Anforderungen und geopolitischer Risiken zu finden.

In Bayern werden bisher rund zwölf Prozent der Gesamtfläche für Siedlung und Verkehr genutzt. Das ist weniger als im Bundesdurchschnitt (13,8 Prozent) und weniger als in allen anderen westdeutschen Flächenländern. Nordrhein-Westfalen etwa ist mit 22,9 Prozent fast doppelt so stark verbaut. Trotzdem wird das Thema Flächenverbrauch im Freistaat viel leidenschaftlicher diskutiert als in anderen Bundesländern. Die Gewerbesteuer und die Konkurrenz um Unternehmensansiedlungen befeuern dabei den Flächenverbrauch enorm.

### Wohnen braucht Fläche

Doch während in der aktuellen Debatte um den Flächenverbrauch fast immer Gewerbegebiete im Mittelpunkt stehen, wird eine andere Ursache kaum diskutiert: die Fläche, die wir bewohnen. Allein im Zeitraum 2014 bis 2016 ist in Bayern doppelt so viel Fläche für Wohnen wie für Gewerbe verbaut worden (Quelle: BR Data). „Der Aufschrei nach mehr Unternehmensansiedlungen und qualifizierten Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ist groß. Allein im vergangenen Jahr hat die Bevölkerung in Bayern um 80.000 Menschen zugenommen. Dass damit der Flächenverbrauch steigt, ist natürlich. Gemeinden vorzuwerfen, sie weisen Gewerbeflächen nur wegen höherer Einnahmen aus, halte ich für falsch“, sagte Füracker. Er plädierte hingegen dafür, dass noch mehr Firmen sich außerhalb der Städte ansiedeln würden. „Wichtig dabei ist, dass wir Kommunen nicht nur Anreize geben Gewerbegebiete auszuweisen, sondern wir müssen auch erreichen, dass sich die Menschen in der Nähe ihrer Arbeitsplätze ansiedeln.“ Solange Gewerbegebiete nicht bebaut seien, werden sie seiner Meinung nach zudem bewirtschaftet, auch wenn sie ausgewiesen sind.

### „Delle ist möglich“

Wie sieht der Finanzminister der Zukunft entgegen? „Nach zehn Jahren Prosperität ist sicher mal eine Delle möglich. Aber für mich entscheidend ist: Wir machen weiter keine neuen Schulden, bauen alte Schulden konsequent ab und halten ausreichende Reserven vor. Seit 2012 haben wir alte Schulden in Höhe von rund 5,6 Milliarden Euro zurückgeführt. Für Ende 2020 sind 5 bis 6 Milliarden Euro Rücklagen

### Ministerratssitzung in München:

## Blickpunkt Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung in Bayern stand bei der jüngsten Sitzung des bayerischen Kabinetts der Staatsregierung ganz oben auf der Tagesordnung. Dabei wurde unter anderem das Startsignal für weitere kräftige Investitionen in den Bau bayerischer Krankenhäuser gegeben. Für insgesamt 17 neue Bauprojekte in den Jahren 2020 bis 2023 investiert der Freistaat rund 442 Millionen Euro. Insgesamt wird der jährliche Krankenhausförderetat von derzeit rund 643 Millionen Euro fortgeführt.

Die neuen Bauvorhaben verteilen sich auf alle sieben Regierungsbezirke. Herausragende Projekte sind die Baumaßnahmen an der München Klinik Harlaching (157,20 Millionen Euro), am Krankenhaus Rummelsberg Schwarzenbruck (63,51 Millionen Euro), am Bezirksklinikum Obermain in Ebsfeld (59,02 Millionen Euro), am Klinikum St. Marien Amberg (33,27 Millionen Euro), an der Kreisklinik Mindelheim (24,40 Millionen

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt fast nichts Schöneres als unter dem weiß-blauen Himmel der Bayern zu liegen und die Sonne zu genießen. Dies haben sich in den vergangenen Wochen sicherlich viele unserer Mitbürger in Anbetracht des sommerlichen Wetters gedacht. Diejenigen, die Urlaub nehmen konnten, hatten Glück. Ein anderer Teil schwitzte mehr oder weniger bei der Arbeit. Profitiert von den heißen Temperaturen haben gerade die Jüngsten unserer Gesellschaft. Denn für die Schüler gibt es Hitzefrei-Regelungen an den Schulen. In der Folge waren unsere kommunalen Freibäder von zahlreichen Schülern gesäumt, die in den Genuss einer willkommenen Abkühlung kamen. Stichwort Freibäder – gut, dass es sie gibt.

## Die KPV macht sich stark für kommunale Schwimmbäder

Damit dies auch in Zukunft so bleibt hat die KPV sich für deren flächendeckenden Erhalt stark gemacht und eine Unterstützung des Freistaates für kommunale Schwimmbäder gefordert – mit Erfolg! Der bayerische Landtag hat über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) die Förderung auf kommunale Freibäder (Art. 10 FAG) ausgeweitet. Der Freistaat Bayern stärkt dadurch den Rücken und unterstützt deren Investitionspotenzial für die öffentlichen Bäder. So fließen seit 2019 um die 50 Millionen Euro in die kommunale Bäderförderung. Dies ist insbesondere ein Erfolg der KPV, die sich dafür – mit mehreren Schreiben und öffentlichen Forderungen – nachdrücklich bei der bayerischen Staatsregierung und in Rücksprache mit den kommunalen Spitzenverbänden eingesetzt hat.

prognostiziert. Jetzt müssen wir im Nachtragshaushalt noch rund 50 Millionen Euro für den Artenschutz festlegen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat sich unser Haushalt damit positiv entwickelt.“ Auf die Frage, wie er den Neid der Finanzminister der anderen Länder ertrage, antwortete Füracker, da sei kein Neid, aber er sei besorgt. „Wir reden über den Osten, die Kohleausstiegsländer und bei den Bayern heißt es: Denen geht's ja wunderbar, die können zahlen! Da brauchen wir gesundes bayerisches Selbstbewusstsein, um zu zeigen, dass nichts von allein komme.“ Und mit einem Augenzwinkern fügte er hinzu: „Ihr könnt euch sicher sein: Ich passe auf eure Gelder auf. Steuern zahlen muss im Freistaat Spaß machen!“

Anja Schuchardt

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Unsere KPV-Initiative haben wir auch vor dem Hintergrund gestartet, dass immer weniger Kinder schwimmen können. So ist der schulische Schwimmunterricht ein essentieller Beitrag zur Erlangung der Schwimmfähigkeit. Zu diesem Zweck brauchen wir im Freistaat eine ausreichende Anzahl an Bädern zur Beschulung.

Öffentliche Bäder sind aber nicht nur die Grundlage für den Schwimmunterricht an Schulen, sie verkörpern auch ein Stück Lebensqualität, sind gesundheitsförderlich und gehören als wichtiger Bestandteil zu unserer Erholungs- und Freizeitkultur in den Kommunen. Gerade im ländlichen Raum – im Sinne der gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat – spielt dies eine große Rolle. So wird durch das neue FAG die Sanierung von Bädern über das Schulschwimmen hinaus gefördert. Dies ist ein Erfolg der KPV und ein Gewinn für die Kommunen und alle „Wasserratten“.

Trotz des anlaufenden Einstiegs in die Förderung ist der Sanierungsrückstau für alle kommunalen Bäder enorm. So wurde der Investitionsbedarf von Städtetag und Gemeindetag in Bayern auf über 1,2 Milliarden Euro geschätzt. Aus Sicht der KPV wird deshalb die Praxis zeigen, dass eine Ausweitung der Förderung zwingend notwendig wird.

In diesem Zusammenhang nicht zu vergessen: Die meisten öffentlichen Bäder sind massive Zuschussbetriebe und für die Gemeinden auch abseits der Investitionskosten nicht leicht zu schultern. Damit in Zukunft aber wieder mehr Kinder schwimmen lernen und sich die Bürger an heißen Tagen in den kommunalen Freibädern eine willkommene Abkühlung verschaffen können, sind in Summe weiterhin große Anstrengungen auf allen politischen Ebenen nötig. Als KPV bleiben wir dran an dem Thema, unter anderem beim kommenden Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich.

### Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Dabei liegt Bayern mit Investitionen in Höhe von 49 Euro pro Einwohner deutlich über dem Durchschnitt der Bundesländer (ca. 35 Euro pro Einwohner).

Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder erläuterte, „wollen wir noch bessere Krankenhäuser in Bayern. Darum investieren wir massiv in Bau, Qualität und Ausstattung. Die neuen Projekte zeigen, dass wir es ernst meinen mit gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land. Gesundheit ist unser höchstes Gut und daher geben wir viel Geld dafür aus.“

Beschlossen wurde zudem das Konzept für das neue hochschulübergreifende Bayerische Zentrum für Krebsforschung (BZKF). Mit dieser neuen Einrichtung werden die Kräfte aller sechs bayerischen Universitätskliniken und medizinischen Fakultäten im Freistaat gebündelt.

### Innovationen schnell und flächendeckend

Geplant ist, dass die interdisziplinär vernetzten Forschungsgruppen standortübergreifend gemeinsame Strukturen nutzen. Allen Krebspatienten in Bayern soll es möglich sein, an sog. frühen klinischen Studien teilzunehmen und von neuen Therapieoptionen zu profitieren. Innovationen sollen schnell und flächendeckend in die klinische Versorgung mit wohnortnahe Zugang übernommen werden. Außerdem wird durch das neue Zentrum die Möglichkeit für Betroffene, Angehörige und interessierte Bürger geschaffen, sich über einen zentralen Informationsdienst wissenschaftlich fundiert informieren zu können. Möglich wird dies durch einheitliche Grundstrukturen an allen Universitätsklinik-Standorten, die internationalen Standards entsprechen und ver-

netztes Arbeiten ermöglichen.

Stichwort Notfallmedizin: Damit auch in Zukunft eine optimale Patientenversorgung sichergestellt werden kann, hat der Ministerrat nach einer erfolgreichen Pilotphase in Straubing entschieden, den „Telenotarzt Bayern“ bayernweit einzuführen. Damit verbessert die Staatsregierung das hohe Niveau der Notfallmedizinischen Versorgung in Bayern weiter.

### Zusätzliches Expertenwissen

Die Telemedizin ermöglicht es dem Personal am Einsatzort, bei der Untersuchung, Überwachung und Behandlung des Patienten, auf zusätzliches Expertenwissen zurückzugreifen. Mit Einverständnis des Patienten können direkt vom Einsatzort oder aus dem Rettungswagen Videos, Fotos und Vitaldaten wie EKG-Werte in Echtzeit an den Telenotarzt übertragen werden. Dieser macht sich dann ein Bild von der medizinischen Situation und kann beispielsweise die Gabe lebensrettender Medikamente veranlassen, noch bevor ein Notarzt beim Patienten eintrifft. Damit hilft der Telenotarzt, noch schneller Leben zu retten. Er ersetzt dabei keine Notärzte vor Ort, sondern stärkt die Hilfe und unterstützt das Rettungsdienstpersonal bestmöglich.

Da die Staatsregierung rechtliche Klarheit bei der Lebensrettung durch Notfallsanitäter will, wird sie eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Notfallsanitätergesetzes initiieren: Der Notfallsanitäter soll auch in Abwesenheit eines Arztes rechtssicher das machen dürfen, was zur Lebensrettung des Patienten notwendig ist. Neben besserer Hilfe für Patienten bedeutet dies auch Rechtsklarheit für die Sanitäter. **DK**

## Digitale Gesellschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

te. Städte und Gemeinden seien bereit, die Verwaltung umzubauen. Dies müsse gut geplant sein und dürfe nicht um jeden Preis geschehen: „Das Rathaus ist ein Ankerpunkt, der sich digital wandelt und gleichzeitig analog erreichbar bleibt. Die Verlässlichkeit der Städte in der analogen Welt ist der Maßstab für den kommunalen Digitalisierungsprozess.“

Städte müssen Gribl zufolge ein Maß finden zwischen analogem Zeitaufwand und digitaler Beschleunigung von Kommunikationsprozessen. Neue Technologien erforderten Offenheit. Dabei sei gleichzeitig Vorsicht geboten, um die Kontinuität einer seriösen und verantwortungsvollen Verwaltung sicherzustellen. Das Verhältnis müsse ausgewogen bleiben, um neue Datenquellen erschließen zu können und Daten zu veredeln, darüber aber nicht den Schutz von Daten und der persönlichen Belange der Menschen zu verletzen. Städte dürften nicht zu Getriebenen der Interessen der Wirtschaft werden, sie wägen Chancen und Gefahren von technischen Innovationen ab.

### Daseinsvorsorge für alle

Wie der Städtetagschef erläuterte, „schafft die digitale Stadt Teilhabe und schließt keinen Menschen aus. Städte erbringen ihre Daseinsvorsorge für alle, für technisch affine Menschen ebenso wie für die Menschen, die nicht online sind – sei es aus Altersgründen oder weil sie sich teure Geräte nicht leisten können. Die Stadt vertritt auch die Interessen der Menschen, die sich digital kein Gehör verschaffen können. Die digitale Stadt ist kommunikativ und ergreift technische Möglichkeiten zum Informations- und Meinungsaustausch.“

Digitalisierung verändere die Entscheidungsfindung in den Städten und Gemeinden. Neue digitale Möglichkeiten zur Mei-

nungsäußerung in Internet, Twitter, Facebook, Youtube und Instagram animierten zur Beteiligung. Gribl: „Social Media erleichtern die Entwicklung, dass laute Minderheiten sich mehr Geltung verschaffen als schweigende Mehrheiten. Kommunalpolitik darf nicht die bevorzugten, die sich am lautesten zu Wort melden und Stimmungen ausnutzen, um ihre Interessen effektiv zu präsentieren. Kommunalpolitik vertritt die Interessen Aller. Deshalb werden auch künftig gewählte Bürgermeister und Stadträte eine tragende Rolle spielen und für Ausgleich sorgen.“

### Schulterschluss zwischen Kommunen und Staat

Nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, muss der digitale Wandel der Kommunen im engen Schulterschluss mit Bund und Freistaat erfolgen. Dies benötige einen Austausch an Erfahrungen und die gemeinsame Entwicklung von smarten Lösungen, etwa in Modellprojekten: „Der Freistaat muss den Kommunen auch künftig Basisdienste für die elektronische Verwaltung ohne Betriebskosten zur Verfügung stellen. Nötig ist ein bayerisches Konzept für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes des Bundes. Darüber hinaus ist die Aus- und Fortbildung von staatlichen und kommunalen Bediensteten sicherzustellen.“

Der Wandel zur digitalen Stadt bringe mit sich, dass Verwaltungen auch auf Produkte von globalen Großkonzernen angewiesen sind, fuhr Jung fort. Kommunale Verwaltungen benötigten Software und Datenmanagementsysteme. Viele digitale Lösungen würden von internationalen Konzernen angeboten, die ihre Standards und Bedingungen für die Nutzung der Software setzen. Die Kommunen alleine hätten als Kun-

den keine Marktmacht gegenüber den Softwaregiganten. Dies bringe die Gefahr mit sich, von dominierenden Anbietern bei Hardware und Software abhängig zu werden – bei der Erbringung von Leistungen, beim Preis oder bei der Nutzung von kommunalen Daten durch globale Firmen.

### Gemeinwohlorientiert, nachhaltig und abgewogen handeln

Jung: „Die Hoheit über die Daten muss in den Händen der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben und den bewährten Regeln der Daseinsvorsorge folgen. Die digitale Stadt ergreift die Chancen neuer technischer Möglichkeiten, ohne dabei die Eigenschaften aus den Augen zu verlieren, die sie im Sinn der Daseinsvorsorge auszeichnen: gemeinwohlorientiert, nachhaltig und abgewogen zu handeln.“

Laut dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Dingolfings Bürgermeister Josef Pellkofer, bietet Digitalisierung Chancen für die Mobilität in Stadt und Land – mit besseren Taktungen des öffentlichen Nahverkehrs in Ballungsräumen und ländlichen Räumen, Flexibilisierung des Nahverkehrs mit Rufbussen, multimodalen Verkehrsangeboten und Echtzeitinformationen. Die Digitalisierung des Straßenverkehrs werde sich auf die Gestaltung der Städte auswirken. „Wenn autonomes Fahren technisch möglich ist, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.“

### Söder: Technische und geistige Herausforderung

„Entweder wir verändern uns mit der Zeit oder die Zeit verändert uns“, unterstrich Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Das Umdenken beim Thema Digitalisierung sei die größte und schwierigste Aufgabe und dabei „nicht nur eine technische, sondern eine geistige Herausforderung“. E-Government bedeutet Söder zufolge, nicht nur Formulare ins Netz zu stellen. Und eine Stadtverwaltung mit einer Facebook-Seite sei noch lange nicht extrem fortschrittlich. Aufgabe der Kommunen sei es, Prozesse abzustimmen, zu optimieren und nachhaltig umzusetzen. „Die Staatsregierung bleibt finanziell, vor allem aber geistig, der entscheidende Partner auf diesem Weg“, hob Söder hervor.

Die Grundvoraussetzung für die digitale Transformation sei eine flächendeckende technische Infrastruktur in Stadt und Land mit einer modernen Breitbandversorgung und Mobilfunkversorgung. Es gelte, Funklöcher zu schließen; zudem seien weiße Flecken bei der Versorgung mit schnellem Internet nicht mehr zeitgemäß, erklärte der Ministerpräsident.

Deutschland warf er vor, bei der Digitalisierung leider „satt, müde und kraftlos“ geworden zu sein, das Land verharre „im geistigen Biedermeier“. Und werfe man einen Blick auf das Thema Künstliche Intelligenz (KI), so sei Europa schlichtweg ängstlich. Während allein China in den nächsten Jahren über 130 Mrd. Euro in KI investiere, seien es in Deutschland gerade einmal 3 Mrd. Euro.

### Menschenzentrierte Technologie

„Mensch und Maschine zusammenführen“, lautete die Losung von Prof. Dr.-Ing. Sami Haddadin, Direktor des Lehrstuhls für Robotik und Systemintelligenz (TU München). Der vielfach ausgezeichnete Wissenschaftler nahm die Tagungsgäste zunächst mit auf eine faszinierende Reise durch die Entste-

hungsgeschichte der KI, um sich anschließend der aktuellen Situation und den Zukunftsperspektiven zu widmen. „Menschenzentrierte Technologie“ heißt das Zauberwort. Dafür stehen beispielhaft Roboterassistenten für das selbstbestimmte Leben im Alter. Entsprechend fiel Haddadins Botschaft aus: „Technologie ist keine Gefahr, sondern bietet Chancen. Robotik bedeutet Bildung für Jedermann. Bayern bietet hier eine gute Basis.“

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales, Gabriele Bauer, Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Benedikt Bisping, Erster Bürgermeister der Stadt Lauf a.d. Pegnitz, Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Zweite Bürgermeisterin der Stadt Regensburg und Gerald Noerenberg, Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, begabte Aiwanger der Skepsis

nicht weniger Stadtoberhäupter mit der Aufforderung, nicht immer nur die Probleme, sondern zunächst die Möglichkeiten der Digitalisierung zu sehen. Die Forderung nach neuem Personal für die Implementierung der IT in den Rathäusern erteilte er eine klare Absage. Auch der Freistaat, so Aiwanger, könne Informatiker nicht aus dem Hut zaubern, die Fachkräfte seien auf allen Ebenen Mangelware.

### Herrmann: Bürger sollen selbständig entscheiden

Beim Abendempfang der Jahrestagung hatte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann bereits die stetig wachsende Bedeutung der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen für Kommunen unterstrichen: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbständig entscheiden können, wann sie eine Verwaltungsdienstleistung

in Anspruch nehmen, unabhängig von Büroöffnungszeiten der Ämter.“ Ziel sei, bis Ende 2020 gemeinsam mit den Kommunen für die wichtigsten Verwaltungsverfahren flächendeckende Online-Services anzubieten.

Schattenseiten der digitalen Welt sind laut Herrmann Hass und Hetze: „Pöbeleien und Drohungen gegen kommunale Mandatsträger im Netz oder in der realen Welt sind auf keinen Fall hinnehmbar.“ Der Minister erinnerte an den erst vor wenigen Wochen ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walther Lübcke, auf dessen Tod zahlreiche menschenverachtende Kommentare im Internet folgten. „Rechtsextreme gegen Ausländer, radikale Islamisten gegen Christen und Juden, Linksextreme gegen Polizisten – dieser schrecklichen Entwicklung dürfen wir nicht tatenlos zusehen“, forderte Herrmann. **DK**

## Für weltoffenen Heimatbegriff ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schaftsraum durch Zersiedelung, Flächenverbrauch oder die Zerstörung der natürlichen Ressourcen bedrohen. „Heimat obliegt einer gemeinsamen Verantwortung, die zum nachhaltigen Planen, Wirtschaften und Bauen, zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Schutz des Klimas verpflichtet“, resümierte Löffler.

### Unterstützung aus der Staatskanzlei

In seiner Festrede würdigte der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, MdL, die Arbeit und Verdienste der dritten kommunalen Ebene. Menschen direkt in den Regionen Heimat zu geben, gelinge den Bezirken auf vorbildliche Weise. Dabei sei Heimat kein ausgrenzender, sondern ein integrierender Begriff. Menschen Heimat zu geben, sei auch Aufgabe der Politik. Letztlich stelle sich aber jeder Mensch etwas Anderes unter dem Begriff der Heimat vor, so Herrmann.

Mit Blick auf die Pflegeberufereform sagte der Staatsminister den Bezirken seine Unterstützung zu. Gut ausgebildete Fachkräfte seien die wichtigste Grundlage, weshalb es auch klar sein müsse, dass gute Pflege Geld kostet. Hier gebe es ein Einvernehmen zwischen der Staatsregierung und den Bezirken.

### Knobloch: Bayern ist liebgelebte Heimat

Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, bedankte sich bei den Regierenden in Bund, Ländern und Kommunen, die alles täten, um jüdisches Leben zu schützen. Sie sei nach 1945 aus Überzeugung im „Land der Täter“ geblieben und habe das nie bereut. München und Bayern sei ihre liebgelebte Heimat, und sie sei stolz darauf, dass es ein so intaktes jüdisches Leben wieder gebe, das aus der Mitte der Gesellschaft tatkräftig unterstützt werde. Der Auftrag laute, Heimat immer wieder positiv zu besetzen.

Während der ehemalige Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Professor Dr. Heribert Prantl, zu den sozialen Aspekten von „Heimat in bewegten Zeiten“ referierte, befasste sich Christine Degenhart, Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, mit dem Thema „Architektur schafft Heimat“. Über „die zweite Heimat“ berichteten Krankenpflegehelfer Francis Ahaneke und Ernst Schroeder, vom Bund der Vertriebenen.

Abgerundet wurde die zweitägige Versammlung von einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Patient Heimat?“, an der Dr. Peter Fassl, Heimatpfleger des Bezirks Schwaben, Dr. Maximilian Seefelder, Heimatpfleger des Bezirks Niederbayern, Dr. Andrea Kluxen, Heimatpflegerin des Bezirks Mittelfranken, Peter Näder, Populärmusik-Beauftragter des Bezirks Unterfranken und Prof. Dr. Michael Schrödl, Zoologische Staatssammlung München, teilnahmen.

### Bundesteilhabegesetz führt zu erheblichen Mehrkosten

Zum Auftakt der Jahresversammlung hatte Präsident Löffler eine Bilanz der zurückliegenden zwölf Monate gezogen. Ausdrücklich begrüßte er die Neuerungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und hier insbesondere den Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung. Allerdings machte Löffler klar, dass dies für die Bezirke schon heute erhebliche Mehrkosten verursache, die derzeit noch nicht abschließend zu überblicken seien.

Der Oberpfälzer Bezirkstagspräsident ging auch auf das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) ein, das die Bezirke verpflichte, bis zum 1. Juli 2021 Krisendienste in ganz Bayern mit Leitstellen, mobilen Krisendiensten und einem Netzwerk der Regelversorgung aufzubauen. Dieses Angebot gebe es in keinem anderen Flächenstaat – Bayern sei hier in jeder Hinsicht Vorbild.

Löffler zufolge werden die Bezirke die Kosten für den Ausbau verbindlicher Netzwerke und insbesondere die aufsuchende Krisenversorgung durch mobile Einsatzteams selbst schultern. Der Freistaat übernehme seinerseits die Kosten für die sieben Leitstellen in Bayern mit derzeit geschätzt 7,7 Millionen Euro pro Jahr. Dazu allerdings liefen die Verhandlungen noch.

Einen Meilenstein stellten in diesem Zusammenhang die Qualitätsstandards für Leitstellen und mobile Krisendienste dar, die der Bayerischen Bezirkstag bereits im Mai 2019 für verbindlich erklärt hat. Größte Herausforderung sei aber auch hier die Gewinnung der notwendigen zusätzlichen Fachkräfte, ohne dadurch bestehende andere Versorgungsbereiche personell auszudünnen.

### Bezirke für Reform der Pflegeberufe

Bereits 2017 wurde die Reform der Pflegeberufe auf den Weg gebracht. Hier liegen nun die bundesgesetzlichen Rah-

menbedingungen vor. Der Bayerische Bezirkstag, so machte der Reform ausdrücklich. Man habe sich stets für die generalistisch ausgerichtete berufliche Pflegeausbildung eingesetzt. Fachkräften sollen nach der grundständigen Erstausbildung künftig mehr Einsatzgebiete als bisher offen stehen. Allerdings dürfe es keine Kompromisse zwischen Qualitätsvorgaben des Freistaats Bayern, die von Kliniken, Heimen und Schulen einzuhalten sind, und einem zu engen Kostenrahmen geben. Denn diese gingen zu Lasten der künftigen Pflegefachkräfte. Der Bezirkstag erwarte hier vom Freistaat ein klares Bekenntnis.

Was die Finanzausstattung der dritten kommunalen Ebene anbelangt, wies Löffler darauf hin, dass Hilfen für Menschen mit Behinderungen wie auch für Pflegebedürftige nicht von der jeweiligen Konjunkturlage abhängig sein dürften. Angesichts weiter wachsender finanzieller Anforderungen im Sozialbereich müssten auch die Mittelzuweisungen des Freistaats an die Bezirke im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs verstetigt und angepasst werden.

### Redlichkeit in der langfristigen Finanzierung

Als Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayerischen Bezirkstag forderte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich im Hinblick auf die stetig steigenden Ausgaben der Eingliederungshilfe „Redlichkeit bezüglich dessen, was langfristig finanzierbar ist“. Zwar sei seit einem Jahrzehnt die Wirtschaft kontinuierlich gewachsen, dies sei aber kein Automatismus. „Deswegen muss bei jedem neuen Vorhaben geprüft und offen diskutiert werden, ob wir die Entscheidung auch gegenüber der nächsten Generation verantworten können“, so Heinrich.

Der niederbayerische Bezirkstagspräsident rief weiterhin zu „Kreativität und Offenheit innerhalb der Strukturen der Bezirke“ auf. So solle nicht nur über eine weitere Dezentralisierung von medizinischen Angeboten nachgedacht werden; dies sei auch bei den Verwaltungsstrukturen denkbar. „In den nächsten Jahren werden wir mehr und mehr Menschen haben, die von zu Hause aus arbeiten können und wollen. Die Dezentralisierung von Verwaltungsbereichen kann einen Beitrag zur Entlastung der stark wachsenden Städte leisten und den Wunsch der Mitarbeiter nach heimatnahen Arbeitsplätzen erfüllen“, betonte Heinrich. **DK**

## Kooperation und Tempo ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Weiterentwicklung der Netze beschleunigt werden. Die Erneuerbaren Energien sind ein energiepolitisch wichtiger Baustein für die Ausbau- und Klimaziele, aber auch für Wirtschaftswachstum und Wertschöpfung. Sie gilt es zu stärken.

Die Aufnahmefähigkeit der Netze und die technischen Möglichkeiten der Sektorkopplung müssen berücksichtigt werden. Eine Ausweitung der Energieende auf den Wärme- und Verkehrsbereich sei unerlässlich, ebenso wie eine konsequente und sektorübergreifende Wasserstoffstrategie, heißt es. Damit ließen sich grüne Wasserstofftechnologien voranbringen.

Die Energieminister- und Senatoren sprachen sich für eine Entlastung der Stromkunden, einen sozialen Ausgleich und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes aus. Entsprechende Rahmenbedingungen müssten dafür geschaffen werden. Die Teilnehmer sprachen sich für regelmäßige Energieministertreffen aus, um die für eine erfolgreiche Umsetzung der Energie relevanten Themengebiete zu behandeln und ihre Positionen zu adressieren.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger forderte ein Gesamtkonzept. Bei der Energieende dürfe man nicht nur in Einzelthemen denken. „Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss gemeinsam mit Maßnahmen

zur Steigerung der Energieeffizienz und Sektorkoppelung gedacht werden. Wenn rechtliche Rahmenbedingungen den Fortschritt der Energieende hemmen, wie die restriktiven Regelungen zur Eigenversorgung, müssen diese umgehend angepasst werden. Gerade auch für Süddeutschland brauchen wir nach dem Atomausstieg mehr gesicherte Leistungen auch in Form von Gaskraft. Die Ziele stehen fest, jetzt brauchen wir die gemeinsame Umsetzung. Unsere Energieministertreffen sind dafür unerlässlich“, so Aiwanger.

### Bund und Länder müssen an einem Strang ziehen

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sprach sich für einen zügigen Netzausbau aus. „Nur so können wir die Energieende erfolgreich umsetzen. Hierzu müssen Bund und Länder gemeinsam an einem Strang ziehen. Das Energieministertreffen in Hannover ist dafür ein wichtiger Schritt. Nur eine Woche nach dem Inkrafttreten des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes haben wir mit allen Bundesländern eine Einigung beim Monitoring des Ausbaufortschritts erreicht. Auch zeichnet sich nach den intensiven Gesprächen mit den Energieministern der Länder Bayern, Hessen und Thüringen eine Lösung der Netzprobleme im Dreiländereck ab. Letzte Detailfragen hierzu werden wir zügig gemeinsam klären“, schloss der Wirtschaftsminister. **DK**

erdgas schwaben und Thüga-Gruppe:

## Beim Klimaschutz Tempo machen – Gas wird grün

erdgas schwaben und Thüga fordern die Quote, um bei der Klimawende Tempo zu machen. Zusammen mit mehr als 60 kommunalen Unternehmen wollen sie die schnelle Markteinführung erneuerbarer Gase und setzen sich daher vehement für die Quote für erneuerbare Gase ein. Damit unterstreichen sie ihren Willen, konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz gemeinsam mit der Politik umzusetzen. Auf diesem Wege soll mit erneuerbarem Gas eine kostengünstige und klimafreundliche Wärme- und Verkehrswende in Bayrisch-Schwaben umgesetzt werden.

Kern der Maßnahmen ist die Einführung eines verpflichtenden Anteils an erneuerbaren Gasen – die GrünGas-Quote. Durch diese wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Heizungen und aus industrieller Produktion gesenkt und ein wichtiger Schritt zur Erreichung unserer Klimaziele unternommen. Die Quote sieht für Sektoren, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht über den Emissionshandel ausgeglichen werden, einen Anteil erneuerbarer Gase von 25 Prozent bis zum Jahr 2030 vor.

Darüber hinaus fordern die Unternehmen einen Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Sektoren, die nicht unter den Emissionshandel fallen. Dabei soll sich die Höhe des CO<sub>2</sub>-Preises am EU-Emissionshandel orientieren. Damit würden alle Sektoren beim Ausstoß von CO<sub>2</sub> gleichbehandelt.

„Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich die Treibhausgasemissionen insbesondere im Gebäude- und Verkehrsbereich effektiv und effizient senken. Damit könnte Deutschland die drohenden Ausgleichszahlungen beim Verfehlen der CO<sub>2</sub>-Minderungsziele vermeiden“, sagt Michael Riechel, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

„Das Potenzial der bestehenden Biogasanlagen im schwäbischen Raum würde bei Einspeisung der produzierten Menge bereits annähernd 20 Prozent des Erdgasverbrauchs in der Region ersetzen und somit CO<sub>2</sub>-frei stellen. Damit hätten wir den Löwenanteil unseres Ziels für 2030 bereits geschafft. Wir hoffen, dass die Politik hier zeitnah die bestehenden Hindernisse abbaut, damit wir unseren Anteil für die Erreichung der Klimaziele noch weiter ausbauen können“, erklärt Christian Arlt, Geschäftsführer schwaben regenerativ. schwaben regenerativ ist die 100prozentige Tochterunternehmen von erdgas schwaben.

„Wir bieten an allen unseren CNG-Tankstellen Bio-Erdgas an – das bedeutet, dass alle CNG-Fahrer Klimahelden sind, wenn sie bei erdgas schwaben tanken. Denn sie fahren fast CO<sub>2</sub>-frei“, so Arlt weiter.

### Für eine erfolgreiche Wärme- und Verkehrswende

Neben einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis und einer verpflichtenden Quote schlagen die Branchenvertreter vor, den Anteil von Wasserstoff in der Gasinfrastruktur zu steigern und Power-to-X-Anlagen weiter auszubauen.

„Power-to-X ist eine wichtige Schlüsseltechnologie für die Energiewende. Mit ihr können wir Strom aus Windkraft und Solaranlagen als Wasserstoff oder CO<sub>2</sub>-neutrales synthetisches Erdgas speichern und in das Erdgasnetz einspeisen. So können CO<sub>2</sub>-Emissionen gesenkt, das Stromnetz entlastet und perspektivisch die Versorgungssicherheit erhöht werden“, so Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Die Technologie ist inzwischen vielfach erprobt. Jetzt geht es darum, Markthindernisse abzubauen, um in Deutschland die notwendige Menge an Anlagen zu schaffen. Insbesondere müssen wir zeitnah mit der Beimischung von regenerativem Wasserstoff im Gasnetz beginnen.“

Das Marktanzreizprogramm der Power-to-X-Allianz sei dabei ein wichtiger Meilenstein. „Der Ausbau der deutschen Power-to-X-Kapazitäten auf fünf Gigawatt über einen Zeitraum von fünf Jahren ist sinnvoll und notwendig“, ergänzt Last.

### Grünes Gas ist die Chance zur Erreichung der Klimaziele

Florian Feller, Unternehmensentwicklung erdgas schwaben, arbeitet seit drei Jahren für die Etablierung von grünem Gasen: „Erdgas, Biomethan und Wasserstoff werden zusammen mit der bestehenden Netzinfrastruktur einen wesentlichen Beitrag zur Klimawende und Versorgungssicherheit in Deutschland leisten. Die Bedeutung, die Gas in der Energiewende mittlerweile zugeschrieben wird, sieht man an dem gegenwärtig im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie laufenden Prozess „Gas 2030“ und der wachsenden Rolle, die Gas im Kontext des Kohleausstiegs bekommt.“

## C.A.R.M.E.N.-Fachgespräch zur Biologischen Methanisierung

C.A.R.M.E.N. e.V. veranstaltete zusammen mit dem Fachverband Biogas und der MicroPyros GmbH ein Fachgespräch zur Biologischen Methanisierung in Schongau. Über 70 Teilnehmer informierten sich zu dem speziellen Konversionsverfahren zur Erzeugung von Methan mithilfe hochspezialisierter Mikroorganismen.

Nach der Begrüßung durch Markus Bäuml vom Fachverband Biogas übernahm die Moderatorin Kerstin Ikenmeyer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. In ihrem kurzen Einführungsvortrag zeigte sie die Notwendigkeit für Langzeitspeicher und deren Wirkungsgrade auf. Dabei liege der Wirkungsgrad von Power to Gas-Anlagen je nach Anzahl der Umwandschritte zwischen 70 % und 50 % bzw. 60 % und 30 % bei einer zusätzlichen Verstromung.

### Technologien und Verfahren

Michael Riebesecker, MicroPyros GmbH, gab zunächst einen Überblick über die verschiedenen Technologien und Verfahren der Methanisierung. Wird die biologische Methanisierung mit der Biogaserzeugung gekoppelt, kann dies entweder in einem zusätzlichen Reaktor erfolgen (ex-situ) oder direkt im Fermenter der Biogasanlage (in-situ). Die biologische Methanisierung in thermophilen anaeroben Rieseltankreaktoren wird im Projekt MikMeth untersucht, welches Michael Leubahn, Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, den Zuhörern vorstellte. Untersucht werden unter anderem die Populationsentwicklung von verschiedenen Mikroorganismen sowie der verbesserte Gasübergang in die Flüssigphase. Im Langzeitbetrieb konnten bereits hohe Methanbildungsraten bei Methangehalten über 95 Vol. % erreicht werden. Eine Herausforderung stellt derzeit noch die reaktionsbedingte Wasserproduktion dar, die das Medium verdünnt.

Nach den technischen Einzelheiten ging Micha Klewar, PWC



Vertragsunterzeichnung: Herbert Hofer, Bürgermeister in Pforzen (links), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz.

## Gemeinde Pforzen verlängert den Wegenutzungsvertrag

erdgas schwaben sichert klimaschonende Energieversorgung bis 2040 Die Energiezukunft in Pforzen im Landkreis Ostallgäu ist gesichert. Das Unternehmen erdgas schwaben mit seiner 100-prozentigen Tochter schwaben netz ist auch in Zukunft für Planung, Bau und Betrieb des Erdgasnetzes in der Gemeinde zuständig. Vor kurzem unterzeichneten Herbert Hofer, Bürgermeister in Pforzen, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

„Wir stellen damit die Energieversorgung mit Erdgas und Bio-Erdgas für die Bürgerinnen und Bürger von Pforzen auf lange Sicht sicher“, sagte Bürgermeister Hofer bei der Vertragsunterzeichnung.

„erdgas schwaben hat sich als verlässlicher Partner erwiesen. Auch in Zukunft sorgt erdgas schwaben für die nachhaltige und sichere Energieversorgung. Wir verlängern den Vertrag um weitere 20 Jahre, damit unsere Hauseigentümerinnen und -eigen-

tümer Planungssicherheit haben.“

„Die Umstellung auf Erdgas ist kostengünstig und einfach. Erdgas ist zukunftssicher, umweltschonend und effizient – deshalb entscheiden sich viele Hauseigentümerinnen und -eigentümer für Erdgaslösungen“, betonte Sommer. Der Vertrag läuft bis 2040.

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an 6.500 Kilometer Erdgasleitungen angeschlossen. Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 Prozent aller Bauherren bevorzugen einen Erdgasanschluss.

Allianz für unsere Zukunft:

## Ohne Erdgas keine Klimawende

Erdgas ist grün und schafft sofort KfW 40

„Die radikale Forderung der DUH greift zu kurz und ist zudem unsozial. Klimagerecht geht anders. Nur mit Erdgas ist die Klimawende zügig und ökonomisch umsetzbar“, kommentiert Jens Dammer, Prokurist erdgas schwaben, die Forderung der DUH, Erdgasheizungen zu verbieten. „Es lenkt uns alle vom großen Ziel Klimaschutz ab. Wir sollten gemeinsam für alle Menschen eine Energiewende ermöglichen. Erdgas ist grün und damit zukunftsfähig. Und bezahlbar. Zudem sind alle KfW-Standards mit Erdgas zu erreichen – das haben wir bewiesen.“

Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe liegt: Bio-Erdgas und die Brennstoffzelle vom Heizungsbauer aus der Nachbarschaft. „CO<sub>2</sub> einsparen – das geht am schnellsten und kostengünstigsten mit dem Austausch von alten Ölanlagen gegen neue Gas-Brennwertheizungen und Brennstoffzellen“, sagt Dammer. „Nur damit kann eine bezahlbare Energiewende gelingen.“

Jens Dammer kämpft seit Jahren dafür, dass KfW-Standards gesetzlich festgelegt werden: „Hier sind wir von der Position der DUH nicht weit entfernt. Erdgas ist die Wunschenergie Nummer 1 der schwäbischen Familien. Unser Erdgasnetz hat 6.500 Kilometer und kann auch Wasserstoff transportieren. Das sind Zukunftsoptionen, die enkeltauglich sind.“

Die DUH (Deutsche Umwelthilfe) hatte am 26. Juni 2019 gefordert, KfW-Effizienzhaus 40-Standard für Neubauten und KfW 55 für Sanierungen gesetzlich zu verankern. Als Voraussetzung dafür will sie neue Öl- und Gasheizungen ab 2020 verbieten. Das geht für Dammer an der Realität komplett vorbei und beschädigt

die Bereitschaft der Menschen, die Energiewende zu meistern, erheblich.

### Riesenspeicher für erneuerbare Energien

Das Erdgasnetz in Deutschland, das zu den sichersten weltweit gehört, kann bis zu 130 Terawattstunden Gas aus Wind- und Sonnenstrom speichern. Damit hat es ganz Deutschland hell und warm, und zwar für mehr als zwei Monate.

Mehrfach hat erdgas schwaben Energiekonzepte mit erdgas betriebenen Wärmepumpen und Brennstoffzellen entwickelt und in Bayerisch-Schwaben umgesetzt. Technik und Speichermöglichkeiten stehen bereit und sind verfügbar – das gilt für den Gebäudesektor ebenso wie für die Mobilität.

Vorfahrt für CNG (Erdgas als Kraftstoff): Die Technik ist ausgereift und heute verfügbar. Und wer mit Bio-Erdgas fährt, ist klimaneutral unterwegs. erdgas schwaben beliefert acht CNG-Tankstellen in der Region mit Bio-Erdgas.

**Keine Power mehr?**

Komm zu erdgas schwaben!

Echt fairer Strom.

erdgas-schwaben.de



**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah

UNESCO-Denkmäler am Lechkanal:

## Historische LEW-Wasserkraftwerke als Welterbestätten ausgezeichnet

Das Augsburger Wassermanagement-System wird in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen: Das hat das Welterbe-Komitee auf seiner Sitzung in Baku, Aserbaidschan, entschieden. Zu den ausgezeichneten Augsburger Denkmälern gehören auch die drei LEW-Wasserkraftwerke am Lechkanal in Gersthofen, Langweid und Meitingen. Mit den Kraftwerken begann Anfang des 20. Jahrhunderts die Geschichte der großflächigen öffentlichen Stromversorgung in Augsburg und der Region.

Augsburg hat sich mit seinem weltweit einzigartigen Wassermanagement-System um die Auszeichnung als Welterbestätte beworben. Insgesamt wurden 22 Objekte aus der Zeit vom 15. bis zum frühen 20. Jahrhundert ausgezeichnet, darunter auch die drei LEW-Wasserkraftwerke am Lechkanal. Sie sind die einzigen Denkmäler, die außerhalb des Stadtgebietes liegen.

### Startpunkt für Elektrifizierung der Region

Die Besonderheit der Wasserkraftwerke am Lechkanal liegt darin begründet, dass sie nicht nur zur Stromversorgung der Großindustrie entlang des Lechs errichtet wurden, sondern mit ihnen auch die flächendeckende öffentliche Stromversorgung

Münchner Workshop:

## Geothermie in der Praxis

Neue Ideen und praktische Erfahrungen in der oberflächennahen und tiefen Geothermie präsentierte und diskutierte der Workshop „Geothermie in der Praxis“, veranstaltet von der Arbeitsgruppe Geothermie am Lehrstuhl Hydrogeologie der Technischen Universität München.

Im ersten Block des Workshops stand das Heizen und Kühlen von Gebäuden und Quartieren mit innovativen Systemen im Vordergrund. Alternativen zu den klassischen Systemen der oberflächennahen geothermischen Nutzung gibt es für besondere Standortbedingungen wenig verbreitete innovative Systeme. Zwei dieser Systeme wurden diskutiert: Während Grundwasserzirkulationsbrunnen nur mit einer Brunnenbohrung umgesetzt werden, versprechen erdgekoppelte Hohlpfähle auch bei ungünstigen Standortbedingungen eine effiziente Bedarfsabdeckung.

Wie eine regenerative Heizung von Quartieren im ländlichen Raum innovativ umgesetzt wird, wurde anhand des mit dem bayerischen Umweltpreis ausgezeichneten Nachhaltigkeitsprojekts „Kaltwärme-Versorgung - Erneuerbarer Energie einen Wert geben“ der Energiegenossenschaft ÜZ Mainfranken dargestellt.

Die elementarste Herausforderung bei der Umstellung der fossilen hin zu einer emissionsfreien Energieversorgung ist es, die regenerative Strombereitstellung und den Energieverbrauch zu synchronisieren. Dabei wird es immer wichtiger, regenerative Energie für die Sektoren Wärme und Mobilität bereitzustellen sowie diese mit allen verfügbaren Speichertechnologien zu kombinieren.

Daher sieht die ÜZ ihre Rolle als regionaler Akteur so, dass erneuerbarer, emissionsfreier Strom einer dauerhaften Nutzung zuzuführen ist und damit seinen Wert behält. Gemeinsam mit Kommunen entwickelt sie insbesondere die wärmetechnische Erschließung von Neubaugebieten. Das Konzept der ÜZ beruht auf dem Einsatz von regional regenerativ erzeugtem Strom zur Nutzung oberflächennaher Geothermie. Durch den Einsatz von Wärmepumpen mit kombiniertem Speicher wird die kalte Energie, die in der Erde vorhanden ist, auf Heizungswärmeniveau gebracht –

in Augsburg und der Region begann. Das Kraftwerk Gersthofen lieferte etwa Strom nach Augsburg, Gersthofen und Friedberg. Ausgehend von den Kraftwerken wurde das Stromnetz der Region immer weiter ausgebaut und verzweigt. 1913 errichtete LEW eine 50 kV-Stromleitung von Gersthofen nach Memmingen – eine der ersten Überlandleitungen dieser Größenordnung in Bayern.

### Wasserkraftwerk Gersthofen

Nachdem 1898 mit dem Bau des Lechkanals begonnen worden war, ging 1901 das Wasserkraftwerk in Gersthofen in Betrieb. Es ist damit eines der ersten großen Wasserkraftwerke in Bayern. Das Kraftwerk in Gersthofen war Auslöser für die An-

daher auch der Name „Kaltwärme“. Mit dieser Technik lässt sich eine CO<sub>2</sub>-freie Heizung realisieren. Ein darauf angepasstes Tarifsystem vervollständigt das Konzept, wie Frank von Brandis vom Planungsbüro Erdwärme PLUS erläuterte.

Teil 2 des Workshops widmete sich der tiefen Geothermie. Im süddeutschen Molassebecken werden hier die meisten Projekte in Deutschland realisiert. Die drei jüngsten Projekte wurden im Workshop vorgestellt. Planung, Durchführung und erste Ergebnisse aus der Exploration wurden aus Pullach berichtet, wo die tiefe Geothermie weiter ausgebaut werden soll. Von ihren Erfahrungen aus der Umsetzung berichteten zudem die Verantwortlichen des Geothermieprojekts Garching a. d. A. und des innerstädtischen Projekts an der Schäfflarnstraße in München.

### Anlage am HKW Süd

Die SWM haben mittlerweile die vierte von sechs Bohrungen an der Geothermieanlage am HKW Süd fertiggestellt, nun haben die Pumpversuche begonnen. Dadurch wird ermittelt, ob die Ergiebigkeit und die Temperatur des Thermalwasservorkommens den Erwartungen entsprechen.

Bis Ende 2019 wollen die SWM alle sechs Bohrungen fertiggestellt haben. Die Langzeitpumpversuche sollen dann im nächsten Jahr abgeschlossen sein, so dass die Geothermieanlage bereits 2020 ans Netz gehen kann. Die bisher erhobenen Daten deuten bereits an, dass die Leistung der Anlage sogar mehr als die geplanten 50 Megawatt beträgt. Damit können mehr als 80.000 Münchner in der Zukunft mit Ökowerme versorgt werden.

Die Geothermieanlage am HKW Süd ist Teil der Ausbauoffensive Erneuerbare Energien, mit der die SWM das Ziel verfolgen, München bis 2040 mit 100 Prozent CO<sub>2</sub>-neutraler Fernwärme zu versorgen. **DK**

siedlung der chemischen Fabrik Höchst, leitete damit die Industrialisierung im Lechtal nördlich von Augsburg ein, und markiert den Beginn der flächendeckenden Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. Das Kraftwerksgebäude, das mit großen Rundbogenfenstern und Sichtmauerwerk im Stil des Historismus errichtet wurde, ist überwiegend im Originalzustand erhalten. Fünf Kaplan-Rohr-Turbinen erzeugen hier jedes Jahr rund 62 Millionen Kilowattstunden Strom.

### Wasserkraftwerk Langweid

Zusammen mit der ersten Verlängerung des Lechkanals wurde 1906 das Wasserkraftwerk in Langweid errichtet, das ein Jahr darauf in Betrieb ging. In seiner Gestaltung lehnt sich der Bau des Kraftwerks stark an das in Gersthofen an. Vier Kaplan-Turbinen erzeugen hier rund 45 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr. Eine Turbine und ein Generator von 1938 sind noch heute in Betrieb. Im Wasserkraftwerk Langweid befindet sich auch das Lechmuseum Bayern, in dem der Fluss mit all seinen Facetten präsentiert wird. Höhepunkt des Lechmuseums ist eine begehbare historische Turbinenkammer sowie ein Generator aus dem Erbauungsjahr.

### Wasserkraftwerk Meitingen

Mit dem Bau des Kraftwerks Meitingen zwischen 1920 und 1922 wurde der Lechkanal nochmals um etwa zehn Kilometer erweitert. Benötigt wurde das Kraftwerk seinerzeit für die Stromversorgung des elektrochemischen Betriebs der Siemens Plania, heute Teil der SGL Carbon, und für die Sicherstellung der Stromversorgung der zwischen 1919 und 1922 zahlreichen neu angeschlossenen Kommunen. Das Kraftwerk leistete somit einen wichtigen Beitrag zur Industrialisierung des nördlichen Lechtals. Genau wie die drei Generatoren von 1922

sind auch die damals eingebauten Francis-Turbinen noch heute in Betrieb. Sie erzeugen jährlich rund 83 Millionen Kilowattstunden Strom.

### Besichtigung der Kraftwerke

Das Kraftwerk in Langweid kann über das Lechmuseum Bayern an jedem ersten Sonntag im Monat von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt ist frei. Zusätzlich hat das Lechmuseum am Samstag, 20. Juli, zwischen 16 und 22 Uhr geöffnet. Hier wird es auch einen Shuttleservice von Augsburg aus geben. Weitere Infos unter [www.lechmuseum.de](http://www.lechmuseum.de). Weitere Führungen bietet LEW über das Programm „Offene Türen bei LEW“ an. Infos unter [www.lew.de/ueber-lew/veranstaltungen/offene-tueren](http://www.lew.de/ueber-lew/veranstaltungen/offene-tueren).

Wie LEW-Vorstandsmitglied-Norbert Schürmann betonte, „ist das eine großartige Auszeichnung für die Stadt Augsburg und für unsere drei Wasserkraftwerke. Ich danke allen Beteiligten für die hervorragende Arbeit in den letzten Jahren. Für die Lechwerke sind die nun ausgezeichneten Wasserkraftwerke von herausragender Bedeutung. Die Inbetriebnahme unseres Wasserkraftwerks in Gersthofen 1901 markiert die Geburtsstunde der heutigen Lechwerke und ist der Startpunkt für die großflächige Elektrifizierung von Stadt und Region. Man muss den LEW-Gründervätern neidlos anerkennen: Das war eine große Pionierleistung.“

### Prägend für die Region

In einem gemeinsamen Statement erklärten die Bürgermeister Michael Wörle (Gersthofen), Jürgen Gilg (Langweid) und Dr. Michael Higl (Meitingen): „Wir haben die Entscheidung verfolgt und sind stolz auf die neuen UNESCO-Welterbestätten in unseren Kommunen. Die Kraftwerke am Lechkanal haben die Region geprägt und nicht nur Energie, sondern auch Wohlstand in die Region gebracht. Sie sind ein unverzichtbares Element für eine sichere, zukunftsgerichtete und klimafreundliche Stromversorgung. Die Auszeichnung als Welterbe wird die historischen Wasserkraftwerke am Lech noch stärker in den Blickpunkt der Bevölkerung rücken.“

Bundeswirtschaftsminister Altmaier:

## Bundesweit sehr hohe Versorgungssicherheit

Es ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, im Rahmen der weiteren Umsetzung der Energiewende stets eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) überwacht daher kontinuierlich die Sicherheit der Stromversorgung, um etwaige Probleme frühzeitig erkennen und bei Bedarf zielgenau gegensteuern zu können. In regelmäßigen Abständen legt das BMWi zudem den Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit im Bereich Elektrizität vor.

Bundesminister Altmaier: „Der Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit Strom ist ein zentrales Instrument, um auch in Zukunft stets eine sichere Stromversorgung gewährleisten zu können. Der Bericht zeigt, dass die Stromverbraucher in Deutschland auch beim weiteren Umbau unserer Energieversorgung sicher mit Elektrizität versorgt werden können. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch. Wir werden auch künftig und parallel zum Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kohle immer wieder die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit prüfen. Dieses regelmäßige und vorausschauende Monitoring ist ein wichtiger Baustein bei der weiteren Umsetzung der Energiewende.“

Eine wesentliche Grundlage des Monitoringberichts des BMWi ist ein Gutachten, das ausführlich untersucht, wie sich der Strommarkt und die verfügbaren Kraftwerke in den nächsten Jahren bis 2030 entwickeln. Es kommt zu dem Ergebnis, dass die Stromverbraucher in Deutschland mit Blick auf Angebot und Nachfrage jederzeit sicher versorgt werden können. Den Monitoringbericht des BMWi finden Sie hier: [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-versorgungssicherheit-2019.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-versorgungssicherheit-2019.html)

Das Gutachten kann hier heruntergeladen werden: [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/definition-und-monitoring-der-versorgungssicherheit-an-den-europaeischen-strommarkten.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/definition-und-monitoring-der-versorgungssicherheit-an-den-europaeischen-strommarkten.html)



Das Wasserkraftwerk Langweid.

Bild: LEW / Timian Hopf

Internationaler Besuch in Niederschönenfeld:

## Experten für Inselnetze informieren sich über Projekt LINDA

Notstromversorgung im Blackout-Fall durch erneuerbare Energien: Darum ging es im Projekt LINDA, das die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) gemeinsam mit der Hochschule Augsburg, der LEW Wasserkraft GmbH und weiteren Partnern zwischen 2015 und 2018 durchgeführt haben. Das Vorhaben sorgte für große Aufmerksamkeit – unter anderem war das Konzept mit dem Bayerischen Energiepreis ausgezeichnet worden.

Auch in der Fachwelt wird LINDA als wegweisend angesehen. So informierte sich eine internationale besetzte Arbeitsgruppe der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC) im Rahmen einer Deutschlandreise vor Ort über das Projekt: Die Gruppe, darunter Vertreter aus China, Kanada, Katar, Australien und Frankreich, besuchte das Wasserkraftwerk Feldheim.

### Arbeitsgruppe arbeitet an Standards

Christian Moser, Leiter Kraftwerkstechnik bei LEW Wasserkraft, führte die Experten über das Gelände und berichtete über die Feldversuche, in deren Rahmen das Konzept in der Praxis getestet worden war. Die Arbeitsgruppe tagte auf Einladung des Schweizer Nationalkomitees in der Nähe von Zürich und hat dabei die Gelegenheit genutzt, zum Abschluss eine Exkursion nach Augsburg zu unternehmen, um neben einem Werksbesuch bei MAN auch noch Details zum praktischen Umgang mit Inselnetzen zu erfahren. Die Gruppe arbeitet an weltweiten Standards zu technischen Anforderungen im Umfeld von Microgrids, also inselnetzfähigen Teilnetzen. Sie verbessern die Versorgungssicherheit und Resilienz der elektrischen Energieversorgung.

### Erneuerbare Energien für Notstromversorgung nutzen

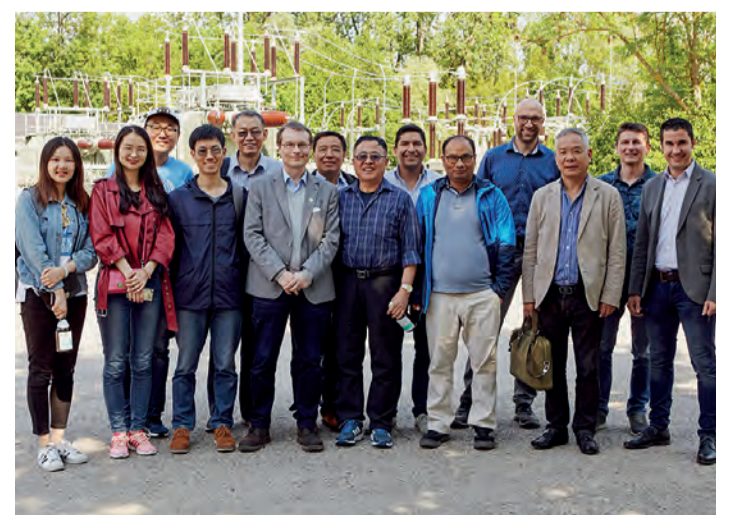
Das LINDA-Konzept (Lokale Inselnetzversorgung und beschleunigter Netzwiederaufbau mit dezentralen Erzeugungsan-

lagen bei großflächigen Stromausfällen) kann insbesondere für die Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder der Wasserversorgung angewendet werden. Bisher wurden etwa Photovoltaikanlagen für die Notstromversorgung nicht genutzt, da diese Anlagen auf ein bestehendes Netz mit einer stabilen Spannungs- und Frequenzvorgabe angewiesen sind. Hier setzt das Projekt LINDA an: Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) und ihre Projektpartner aus Wirtschaft und Wissenschaft haben im Projekt gezeigt, dass dezentrale Erzeugungsanlagen, wie Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerke oder Biogasanlagen, zur Notstromversorgung im Blackout-Fall eingesetzt werden können.

### Erfolgreicher Praxistest

Dafür haben die Projektpartner ein Konzept entwickelt und in den bisher umfangreichsten Inselnetzversuchen in Deutschland erfolgreich in der Praxis getestet: Beim abschließenden Feldversuch waren alle drei Kommunen Niederschönenfeld, Feldheim und Rain mit rund 1.100 Haushalten, 185 Photovoltaikanlagen sowie zwei Wasserkraftwerken und einer Biogasanlage eingebunden.

Ende 2018 wurde das Projekt offiziell abgeschlossen. Das LINDA-Konzept wird seitdem weiterentwickelt. Es kann in Notfallkonzepten sowie Netzwiederaufbaupläne integriert werden und ergänzt bestehende Strategien zur Wiederherstellung der Stromversorgung bei einem großflächigen Stromausfall. **□**



Energieexperten aus China, Kanada, Katar, Australien und Frankreich besuchten das Wasserkraftwerk Feldheim in Niederschönenfeld, um sich über das Projekt LINDA zu informieren.

Bild: LEW / Ziegler

Wirtschaftsausschuss im Bayerischen Landtag:

## Keine Stromflauten im Freistaat

Mehr Gaskraftwerke und der Ausbau Erneuerbarer Energien – das sind die wichtigsten Maßnahmen der bayerischen Energiepolitik. So soll der Strom nicht teuer und auch nicht knapp werden, wenn der Freistaat ab 2022 ohne Atomstrom auskommen muss. Um die Windkraft in Bayern voran zu bringen, setzt Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen. Die Opposition forderte im Wirtschaftsausschuss konkrete Ziel- und Zeitpläne vom Minister.

Weniger Stromleitungen, mehr Photovoltaik und ein eigenes Wasserstoffzentrum für Bayern: so sieht Energieminister Hubert Aiwanger die Marschroute zur künftigen Energiepolitik Bayerns. Die Stromversorgung in Bayern sehe er auch nach dem endgültigen Atomausstieg 2022 nicht in Gefahr, wie er im Wirtschaftsausschuss erklärte. „Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Hubert Aiwanger auf Bundesebene in kürzester Zeit einen Kompromiss zum Bau der umstrittenen Stromleitungen erzielen konnte. Das ist für Bayern ein großer Erfolg und entlastet besonders die Bürger in Nordbayern“, sagte Manfred Eibl, der wirtschaftspolitische Sprecher der Freien Wähler Landtagsfraktion. Auch die Sonnenenergie auf benachteiligten landwirtschaftlichen Flächen baue der Freistaat nun auf höherem Niveau aus. „Und mit dem Photovoltaik-Stromspeicherprogramm werden Besitzer von Dachphotovoltaik sehr bald den Sonnenschein bis in die Nacht hinein verlängern können“, hob Eibl hervor.

### Flaggschiff Sonnenenergie

„Die Photovoltaik als Flaggschiff der Erneuerbaren Energien“ spielt in Bayern aus Sicht der Staatsregierung eine zentrale Rolle, weshalb sie Anfang Juni 2019 eine neue Freiflächenverordnung erließ. Diese sieht vor, die bisherige Höchstgrenze bei Genehmigungen von maximal 30 Freiflächenanlagen pro Jahr auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten Bayerns auf 70 genehmigungsfähige

Anlagen pro Kalenderjahr zu erhöhen. Auch das „10.000 Häuser-Programm“ wird weiterentwickelt: Weitere 25 Millionen Euro seien für ein PV-Speicherprogramm zur Förderung von Batteriespeichern in Verbindung mit PV-Dachanlagen und Lade-stationen für Elektrofahrzeuge vorgesehen.

### Kommunen gefragt

Für weitgehend ausgeschöpft hält Aiwanger das Wasserkraftpotenzial in Bayern. Trotz neuer Techniken wie die so genannten Schachtkraftwerke werde es kaum mehr neue Anlagen geben. Man versuche aber, über die Vorgaben zur Restwassermenge in Flüssen unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte die Nutzung bestehender Anlagen zu optimieren. Bei der Windkraft hofft Aiwanger trotz Festhaltens an der 10H-Abstandsregelung auf den Bau zusätzlicher Anlagen. Man müsse gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten, „wie wir die Windkraft in Bayern wieder gängig bringen“, sagte Aiwanger.

Dass gegenwärtig nur ein Windrad pro Jahr gebaut werde, sei zu wenig. „Da müssen ein oder zwei Nullen dran.“ Besser fördern will der Minister die Geothermie sowie die energetische Wasserstoffnutzung. Die Energieeffizienz soll vor allem im Rahmen der Gebäudesanierung vorangebracht werden.

### Kabeltechnologie für Südostlink

In der Frage der bei betroffene-

nen Bürgern umstrittenen neuen Stromtrassen zum Transport von Windstrom aus dem Norden nach Bayern habe die Staatsregierung in Verhandlungen mit dem Bund wesentliche Verbesserungen erzielt, berichtete Aiwanger.

Nach den Absprachen, die noch von der Bundesnetzagentur genehmigt werden müssen, brauche die durch Oberfranken geplante überirdische Entlastungsleitung P44 nicht gebaut werden. Die nach Unterfranken führende P43 solle nun unter der Erde verlaufen und beim besonders umstrittenen „Südostlink“ durch Ostbayern nach Landshut die innovative 525-kV-Kabeltechnologie zum Einsatz kommen. Dies solle für mehr Kapazität ohne zusätzlichen Flächenverbrauch, machte Aiwanger deutlich.

### „Feuerwehren“ für Stromlücken

Aiwanger verwies zudem auf Verhandlungen für die Verwirklichung eines Pumpspeicherkraftwerks in Riedl (Landkreis Passau). Als wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit nannte er Vereinbarungen mit dem Bund. So soll es künftig zum Beispiel einen „Kapazitätsbonus“ für die süddeutschen Länder geben. Damit werde der Bedarf an Reservemächtigkeiten festgestellt, die im Fall einer Flaute bei den erneuerbaren Energien oder zur Abdeckung von Spitzenlasten zugeschaltet werden könnten. Diese stehen quasi „als Feuerwehren bereit“, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst.

Aus Gründen der Grundlastsicherheit – denn schon ein Ausfall im Millisekundenbereich kann dazu führen, dass Industrieanlagen heruntergefahren werden müssen – gebe es seitens der Wirtschaft in Bayern eine große Nachfrage nach Gaskraftwerken. Zudem

sei die Förderung des Baus von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung bis 2030 verlängert worden. Noch offen sei dagegen die künftige Förderung von Biogasanlagen, die gerade in Bayern eine besondere Bedeutung hätten.

### Der Windkraft mehr Schwung geben

Martin Stümpfig (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, es gebe kein zusammenhängendes Konzept in der Energiepolitik. Ihm fehlten angesichts einer zu erwartenden Stromlücke von 40 Terawattstunden pro Jahr genaue Ziel- und Zeitpläne. Er forderte deutlich mehr Schubkraft beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und will insbesondere der Windkraft in Bayern „mehr Schwung geben“.

### Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit als oberste Priorität

Annette Karl (SPD) mahnte, der Strompreis dürfe nicht ins Unermessliche steigen. Zu einer „Verneufachung des Strompreises“ komme es, wenn Wasserstoff als Energiespeicher genutzt werde – darauf wies Gerd Mannes (AfD) hin. Albert Duin (FDP) warnte vor einer „Vertreibung der Industrie aus Deutschland“, falls der Strompreis noch teurer werde. Nach Einschätzung von Klaus Holetschek (CSU) lässt das Konzept der Staatsregierung bereits klar erkennen, wie es in der Energiepolitik Bayerns weitergehe. Es fehle lediglich noch ein genauer Zeitplan. Oberste Priorität müssten Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit haben, um einer Deindustrialisierung Bayerns vorzubeugen. **Anja Schuchardt**



Von links: Wolfgang Brandl, Prof. Dr. Monika Führer, Thomas Barth, Klaus Steiner.

Spende des VBEW:

## 13.000 Euro für Förderverein Kinderpalliativzentrum München

Anlässlich seines 100. Geburtstages zeigte der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW soziales Engagement und spendete 13.000 Euro an den Förderverein Kinderpalliativzentrum München e.V. Der Spendenbetrag setzt sich zusammen aus Beiträgen des VBEW, den Mitgliedsunternehmen des Verbandes sowie den Mitarbeitern der VBEW-Geschäftsstelle.

Der Förderverein unterstützt das Kinderpalliativzentrum bei seiner Arbeit, indem er zusätzliche Therapie- und Betreuungsangebote ermöglicht, die von der Grundfinanzierung der Krankenkassen nicht umfasst sind. Auch die dringend notwendige Aus- und Fortbildung von Ärzten, Pflegenden und weiteren Fachkräften wird vom Förderverein maßgeblich unterstützt.

„Wir freuen uns, dass wir mit unserer Spende einen kleinen Beitrag leisten können die Versorgung von schwerkranken Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern und zu unterstüt-

zen“, sagte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW. Bei einem Besuch des Kinderpalliativzentrums Ende Juni übergeben Brandl und sein Stellvertreter Klaus Steiner den Spendenscheck an den Vorsitzenden des Fördervereins Kinderpalliativzentrum München e. V., Thomas Barth im Beisein der Leiterin des Kinderpalliativzentrums Prof. Dr. Monika Führer. Beide bedankten sich für die Spende und wünschten dem VBEW viel Erfolg bei den anstehenden Feierlichkeiten und den künftigen Aufgaben. □

## Der Strom für Elektroautos wird immer grüner

Photovoltaik und Elektromobilität als natürliche Partner

In Bayern sind derzeit über 550.000 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtnennleistung von rund 12.500 MW installiert. Damit werden in einem Jahr rund 12.500 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt. Das genügt, damit rund 5 Millionen Autos fahren können. „Das Elektroauto mit grünem Strom zu betreiben ist ein idealer Beitrag zur Energiewende: Diesen kann jeder Autofahrer und jede Autofahrerin leisten“, erläutert Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

In Bayern waren zum Stand 31.12.2018 rund 13.000 reine Elektroautos (d. h. ohne einen zusätzlichen Verbrennungsmotor für den Antrieb) zugelassen. Und täglich werden es mehr, die Zulassungszahlen steigen rasant. Die Nachfrage nach Elektroautos übersteigt derzeit die Liefermöglichkeiten der meisten Automobilhersteller deutlich. Wartezeiten von bis zu einem Jahr sind an der Tagesordnung. Es wird für das Jahr 2030 erwartet, dass mehrere Millionen Elektroautos in Deutschland zugelassen sein werden.

### Boomende Photovoltaik

Die Energiegewinnung aus Photovoltaik boomt in Bayern seit vielen Jahren. Sie hat sich neben der Wasserkraft zum bedeutendsten Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien in Bayern entwickelt. Sie deckt rein rechnerisch bereits rund 15 % des Stromverbrauchs in Bayern. Das Potenzial, aus Photovoltaik Strom zu erzeugen, ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Es stehen noch

viele freie Dächer und geeignete Freiflächen zur Verfügung.

Die Bayerischen Stromversorger geben an ihren öffentlich zugänglichen Ladesäulen fast ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien ab. Die meisten Ladevorgänge finden aber ganz bequem zu Hause oder am Arbeitsplatz statt.

### Hilfe für das Stromnetz

Jeder Stromkunde hat die Möglichkeit, ein Ökostromprodukt bei einem Anbieter seiner Wahl in Anspruch zu nehmen und lädt damit zu Hause immer mit grünem Strom. Wer die Möglichkeit dazu hat, kann auch das eigene Dach für die Photovoltaikstromerzeugung verwenden. Das lohnt sich insbesondere dann, wenn das Elektroauto regelmäßig zur Mittagszeit in der Garage steht. Im Elektroauto ist der Speicher nämlich schon drin und so kann der Strom aus der Sonne gut für den nächsten Ausflug mit dem Auto genutzt werden.

Ein Laden bei strahlendem

Sonnenschein hilft auch dem Stromnetz. Denn dann wird vor Ort erzeugter PV-Strom regional genutzt und entlastet die ohnehin vollen Stromautobahnen. Perspektivisch kann dieser Strom dann sogar auch wieder für die Stromversorgung der eigenen vier Wände verwendet werden.

„Die Elektromobilität hat gegenüber herkömmlichen Autos mit Verbrennungsmotoren viele Vorteile. Die Ökobilanz eines Elektroautos ist über die komplette Wertschöpfungskette und Lebensdauer betrachtet deutlich besser als bei einem Verbrenner. Alle Probleme wie Kosten, Reichweite und Lademöglichkeiten sind für viele Autofahrer gelöst und Spaß macht das Fahren mit dem Elektroauto auch noch. Es ist also an der Zeit umzusteigen“, freut sich Detlef Fischer.

### Zeit zum Umstieg

Elektroautofahrer tragen bei heißen Sommertemperaturen im Übrigen auch nicht zur gefährdeten Ozonbildung bei. Das LfU hat dazu jüngst seine Verhaltensempfehlungen geändert. So wird jetzt empfohlen: „Jeder nicht mit einem Verbrennungsmotor gefahrene Kilometer hilft, das Problem an heißen Sommertagen zu mildern“. In Tirol wurde schon die erste Tankstelle ganz ohne Spritverkauf gesichtet. □



## Ihr Partner für die Energiezukunft.

Die Energieversorgung von morgen wird dezentral. Dafür ist das Bayernwerk gerüstet und entwickelt Lösungen für die neue Energiewelt in Bayern: von der Straßenbeleuchtung, über den EnergieMonitor bis zur effizienten Anlage zur Energieerzeugung und -verteilung. Wir sind der fachkundige Partner für Unternehmen, Privatpersonen oder Kommunen. Sprechen Sie uns bitte an, wir beraten Sie gerne!

www.bayernwerk.de

bayernwerk

Bayernwerk AG:

# Blickpunkte Innovation und Digitalisierung

GZ-Interview mit Vorstandsvorsitzendem Reimund Gotzel

**Innovation und Digitalisierung lauten die Schlagworte, mit denen Bayernwerk aktuell auch in Kommunen punktet. Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Energieversorgers, erläuterte für die Bayerische Gemeindezeitung die strategische Ausrichtung des Unternehmens.**

„Neue Technologien schaffen neue Möglichkeiten und neue Möglichkeiten verändern die Perspektive. Das ist zunächst ganz einfach“, so Gotzel. Was man aber aktuell erlebe, gehe viel tiefer. „Die Menschen denken neu und wollen ihr Lebensumfeld danach gestalten. Klimaschutz, Ökologie, regionale Nähe und Vertrauen stehen weit oben und geben die Richtung vor“, betonte Gotzel. Dem könne man sich nicht entziehen. Das gelte auch rund um alle Fragen der Energieversorgung in Bayern, egal ob es um private Haushalte, Wirtschaft und Gewerbe, oder die Kommunen geht. „Bei der bürgerorientierten Neuausrichtung der Energiezukunft sind die Kommunen ein ganz besonderer Partner, einerseits weil sie selbst mit ihren Anlagen und Immobilien einen hohen Energiebedarf haben, aber viel mehr noch, weil sie in vielfältiger Weise die Rahmenbedingungen für ihre Bürgerinnen und Bürger gestalten.“ Aus dieser langen und guten Partnerschaft hat auch das Bayernwerk die kommunale Daseinsvorsorge fest im Blick.

## Zauberwort Sektorenkopplung

Neben dem Thema Energiewende, das zunächst vor allem unter dem Aspekt des Verzichts auf Kernenergie protegiert wurde, geht es heute um den Klimaschutz schlechthin, um ein neues, bewusstes Leben mit Energie, um Energie-Effizienz, um Vernetzung technologischer Systeme und eine neue Mobilität. Damit die Energiewende gelingt, muss die Umstellung auf Erneuerbare Energien in allen Sektoren gelingen, nicht nur in der Stromerzeugung. Sektorenkopplung heißt eines dieser Zauberworte.

Klar ist, dass sich der Energiesektor massiv verändert hat. Photovoltaik, Windenergie und Biomasse liefern zwar zeitweise mehr Strom als im Freistaat benötigt wird. Sie sind allerdings nicht grundlastfähig, sondern hoch volatil.

Solange die Energieversorgung im Freistaat quasi monopolistisch geprägt war und man auf die Stromgewinnung aus zentralen Großkraftwerken setzte, war eine qualitativ hochwertige Versorgung sichergestellt. Jetzt wollen die Menschen Produkte möglichst aus der eigenen Region beziehen – auch die Energie. Lokale Märkte heißt das Schlagwort. „Der Landkreis Bamberg, Abensberg und Furth sind positive Beispiele“, erläuterte Gotzel, „mit denen wir eine diesbezügliche Partnerschaft eingegangen sind.“ Das seien neue technologische Herausforderungen, denn die Versorgungssicherheit verträge keine Einschränkungen.

Dennoch zeigt sich der Bayernwerk-Chef überzeugt, dass die Zukunft regionalen Energiekreisläufen gehört. So werden aus bisherigen Kunden Partner. Sie erzeugen selbst Strom – vor Ort, regenerativ und nachhaltig. Überschüssiger Strom wird gespeichert. Das Leben der Menschen mit Energie wird vernetzt, von der Wärme über Strom bis zur Mobilität. In dieser Ausprägung ist das laut Gotzel noch ein Stück weit Zukunftsmusik. „Aber wir spielen schon die Overtüre“, betonte er. Der Energiemonitor des Bayernwerks zeigt die Richtung für die Entwicklung lokaler Energiesysteme auf. „Mit dem Ener-

giemonitor wollen wir lokale Energie visualisieren, verstehen und optimieren“, berichtete der Energiemanager begeistert. „Damit können wir aufzeigen, wieviel Strom tatsächlich vor Ort erzeugt wird und wieviel des kommunalen Energiebedarfs dadurch gedeckt wird. Ein Blick auf den Energiemonitor genügt.“

Mit einer Visualisierung der örtlichen Energiesituation schafft das Bayernwerk für Kommunen und Landkreise Transparenz und Orientierung. In einer online einsehbaren Übersicht, dem digitalen Dashboard, werden Energieer-



Bayernwerk-Vorstand Reimund Gotzel und GZ-Verlegerin Constanze von Hassel.

zeugung und -verbrauch grafisch aufbereitet. Alle Erzeugungsanlagen sind nach Art der Erzeugung gruppiert. Der Verbrauch wird für Privathaushalte, öffentliche Gebäude sowie Gewerbe und Industrie aufgezeigt. Daraus ergibt sich ein individueller, rechnerisch ermittelter Grad der Eigenversorgung. „Mit dem Energiemonitor stärken wir gemeinsam mit unseren Partnern und Kunden das Energiebewusstsein für gezielte Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende“, versicherte Gotzel.

## Energiemonitor

Dabei werden die Daten des Energiemonitors zu Energieverbrauch und -erzeugung im Bayernwerk-Netzgebiet im 15-Minuten-Takt aktualisiert. Die örtlichen Energieflüsse und der Grad der Eigenversorgung mit Energie in einer Gemeinde, einer Stadt oder einem Landkreis werden somit nahezu in Echtzeit dargestellt. Deshalb sind die Haupt-Zielgruppen Kommunen, die durch das Bayernwerk-Netz versorgt werden. Gotzel: „Spannend ist vor allem auch die Option, Entwicklungen simulieren zu können. Wie wirkt sich beispielsweise der Zubau einer größeren PV-Anlage auf die Energiebilanz aus?“

Durch die Aufbereitung der kommunalen Energiesituation in leicht verständlicher Weise können sich Kommunen realistische Ziele setzen, um Maßnahmen zu ergreifen und diese zu überprüfen. Der Vorstandsvorsitzende ist sich sicher: „Der Energiemonitor bietet die Basis für den Weg in die lokale Energiezukunft, einen interaktiven Marktplatz für den lokalen Energiehandel. Hier können Kommunen perspektivisch ihren regional erzeugten Strom kaufen und verkaufen, nach dem Vorbild „Strom von und für meine Nachbarn“.“

Das erste Projekt, so berichtete Gotzel, ist das Konzept „CO2-frei-

es Abensberg“. Sein Unternehmen baut gemeinsam mit der Stadt unter der Marke „Naturstrom Abensberg“ einen regionalen Strommarkt auf, der lokale Stromerzeuger und Verbraucher vor Ort zusammenbringt. Im Fokus stehen zunächst die Bereiche Photovoltaik, lokaler Strommarkt, Mobilität und Wärme.

Auch im Landkreis Bamberg beschreitet man neue Wege. Basierend auf dem lokalen Markt mit regionaler Produktion können Stromkunden seit dem 1. Mai einen neuen Ökostromtarif beziehen, mit dem sich die Regionalwerke Bamberg neu aufstellen und mit Unterstützung des Bayernwerks zum Stromanbieter werden. Bisher war der Verbund aus 31 Kommunen, dem Landkreis und der Stadt Bamberg vorwiegend beratend und koordinierend tätig.

## Lokale Märkte

Die bisherige Arbeit trägt inzwischen schöne Früchte: Die 35 Windkraft-, 35 Wasserkraft-, 46 Biomasse- und 5.880 Photovoltaikanlagen im Landkreis Bamberg produzieren bereits 75 Prozent des im Landkreis Bamberg pro Jahr benötigten Stroms.

Nach Abensberg und dem Landkreis Bamberg haben auch die Gemeinden Furth und Altdorf bei Landshut mit der Gründung eines lokalen Marktes einen großen Schritt in die dezentrale Energiezukunft gemacht. Auch dort wird die Bayernwerk Regio Energie kommunaler Partner für den Aufbau eines regionalen Strommarkts.

„Das sind die ersten Schritte in die richtige Energiezukunft. Wir sind überzeugt, dass sich die Fläche Bayerns energiewirtschaftlich zu einem Mosaik aus kommunalen Energiekreisläufen entwickeln wird. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Kreisläufe zu steuern, aufeinander abzustimmen. Die große Chance für die Kommunen sehen wir in dem Gemeinschaftsgedanken. Energie in der Gemeinschaft vor Ort erzeugen und durch diese Gemeinschaft vor Ort zu verbrauchen. In punkto Klimaschutz, in punkto regionaler Wertschöpfung und in der Kraft regionaler Geschlossenheit bieten diese Modelle aus unserer Sicht enormes gesellschaftliches Entwicklungspotenzial für unsere Kommunen“, betonte der Bayernwerk-Chef.

## Bayerns Energiezukunft

Möglich wird dies alles durch neue Technologien und Digitalisierung. „Unser Geschäft, das über Jahrzehnte von Kupfer geprägt war, findet heute in einer hochdigitalisierten Umgebung statt. Unsere Netzleitsysteme sind die modernsten am Markt, unser Netz steuert sich im lokalen Umfeld mittels intelligenter Ortsnetzstationen immer mehr selbst, Predictive Maintenance, also vorausschauende Wartung, erkennt mittels künstlicher Intelligenz mögliche Störungen bereits bevor sie überhaupt entstehen“, erläuterte Gotzel, hob aber hervor, dass das Stromnetz keineswegs zum alten Eisen gehöre, sondern vielmehr das zentrale Steuerungselement für die genannten Entwicklungen sei: „Wir brauchen immer leistungsfähigere Verteilnetze, um Erneuerbare Energien aufnehmen und sicher Energie für die bayerische Wirtschaft und Industrie bereitstellen zu können. Denn den industriellen Bedarf, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, werden wir nicht über lokale Kreisläufe beschaffen können. Lokale Märkte in den Gemeinden, Märkten und Landkrei-

sen, Arealen und Quartierslösungen in Städten, starke Verteilnetze für eine starke Industrie – das ist Bayerns Energiezukunft.“ Für den Ausbau, die Erneuerung und Instandhaltung seiner Netze wende das Bayernwerk in diesem Jahr rund 600 Millionen Euro auf.

Die hoch innovativen Ansätze für eine neue Art der Energiebewirtschaftung werden selbstverständlich durch umfangreiche Forschungsprojekte begleitet. Dabei arbeitet das Bayernwerk im Rahmen seines Digitalisierungsprojekts NEXT mit IBM Watson und dem Fraunhofer-Institut zusammen.

## Gesamtkomplex Verkehr

Im Fokus des größten bayerischen Energieversorgers steht selbstverständlich auch der Gesamtkomplex Verkehr. Gotzel setzt auf vielfältige Elektrifizierung und E-Mobilität, bei der E-Fahrzeuge sogar als Stromspeicher dienen können. „Trotz allem Fokus auf E-Mobilität darf aber die Forschung rund um alternative Antriebstechnologien nicht enden. Zwei Dinge stehen nicht mehr still: Technologien und das Denken der Menschen. Veränderungen lassen uns nicht mehr los. Wahrscheinlich ist dies auch ein Stück weit der Antrieb dafür, dass den Menschen Nähe als Orientierung immer wichtiger wird. Unser Markenmerkmal ist es, diese Nähe mit Zukunft zu verbinden, eine Zukunft mit Herz und Verstand.“

## Neue Arbeitswelten

Im Unternehmen Bayernwerk bezieht sich die neue Art zu denken keineswegs nur auf die Energieversorgung. Gotzel zufolge müssen mittels „Innovationskultur“ neue Arbeitswelten entwickelt werden, in denen kreative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Lösungen entwickeln können. Deshalb wurde auch die Firmenzentrale in Regensburg entsprechend umgestaltet. In „Coworking Spaces“ führt bereichsübergreifende Zusammenarbeit zu außerordentlichen Ergebnissen. Aufwändige Fahrten und Vor-Ort-Termine lassen sich teilweise einsparen, weil man sich mittels Virtual-Reality-Brille im virtuellen Raum so bewegen kann, dass bislang notwendige Vor-Ort-Termine entfallen können.

Es gibt also viel zu tun, will man den High-Tech-Freistaat, in dem schon vor Jahrzehnten Laptop und Lederhose kein Gegensatz sein sollten, auch künftig mit sicherer und hochwertiger Energie versorgen. Das Bayernwerk ist jedenfalls gut gerüstet. □

Bayerische Forschungsstiftung:

# Förderung energetischer Zukunftsprojekte

**Jährlich berät die Bayerische Forschungsstiftung über Projektanträge mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro. Seit ihrer Errichtung im Jahr 1990 hat sie für 900 Projekte rund 577 Millionen Euro bewilligt. Gemeinsam mit den Co-Finanzierungsanteilen der bayerischen Wirtschaft wurden damit Gesamtprojektvolumina von rund 1,28 Milliarden Euro angestoßen.**

Zusätzlich vergibt die Forschungsstiftung Stipendien für die internationale Zusammenarbeit von Forschern sowie (Post)Doktoranden. Im Anschluss an die Sitzung des Stiftungsrats gab Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Förderung weiterer Zukunftsprojekte bekannt.

Die Bayerische Forschungsstiftung unterstützt die Entwicklung technischer Maßnahmen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz bei der Aufbereitung von medizinischen Produkten, d. h. von Instrumenten, Apparaten, Stoffen und anderen Gegenständen, die zur Erkennung, Verhütung und Behandlung von Krankheiten und Verletzungen dienen. Dabei soll auch eine Versuchsanlage aufgebaut werden, um die erzielte Effizienzsteigerung und Gewährleistung der Hygieneanforderungen messtechnisch nachzuweisen.

## Aufbereitung medizinischer Produkte

„Die Forschungsstiftung fördert das Projekt der Fakultät Maschinenbau/Umwelttechnik der OTH Amberg-Weiden mit 294.500 Euro“, teilte Füracker mit. An dem Forschungsprojekt sind auch die MMM Münchener Medizin Mechanik GmbH, München/Stadlern i. d. Opf., und die Speck Pumpen Vakuumtechnik GmbH, Roth, beteiligt. Im Rahmen des Forschungsvorhabens soll ein Energiemanagementkonzept erstellt werden, das auf neuen und existierenden Anlagen, wie Reinigungs- und Desinfektionsgeräte sowie Sterilisatoren, angewendet werden kann, den Energiebedarf in der Zentralsterilisation nachhaltig reduziert und die Qualität der Reinigung, Desinfektion und Sterilisation nicht beeinträchtigt.

Im Rahmen von „AdOnFuel Control“ soll außerdem die Feuerungsregelung von Anlagen zur Verbrennung heterogener Festbrennstoffe, wie Müll, Ernteseitenabfälle oder Biomasse, grundlegend optimiert werden. „Die Bayerische Forschungsstiftung unterstützt die Entwicklung

eines neuen Verfahrens für eine grundlegende Optimierung und Weiterentwicklung von Regelstrategien im Bereich der Feststoffverbrennung. Eine erfolgreiche Realisierung des Projekts ist Ausgangspunkt für eine neue Adaptive Online-Brennstoffcharakterisierung von heterogenen Brennstoffen für eine optimierte Feuerungsregelung. Die neue Prozess- und Produktionstechnik wird in enger Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt.

Mit 340.000 Euro wird das Projekt des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT in Sulzbach-Rosenberg gefördert. An dem Forschungsprojekt sind auch die SAR Elektronik GmbH, Dingolfing, und die GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH beteiligt.

Ziel des Projekts ist, eine Regelung zu realisieren, die vorausschauend auf variierende Brennstoffzusammensetzungen reagiert und nicht wie derzeit im Nachhinein arbeitet. So kann ein stabilerer, flexiblerer und effizienterer Anlagenbetrieb mit geringeren Betriebskosten und niedrigeren Emissionen erreicht werden. Dies wird möglich, wenn es gelingt, über den Brennstoffmassenstrom den Heizwert des Brennstoffs bei der Aufgabe online zu erfassen und diese Daten in der Anlagensteuerung zu verarbeiten. Dieser entscheidende Schritt soll im Rahmen des Projekts realisiert und in der Großtechnik gezeigt werden, in dem verfahrenstechnisches Know-how und Kompetenzen im Bereich Digitalisierung, Feuerungstechnik, Brennstoffcharakterisierung und Automatisierung verknüpft werden.

## Smarte Batteriesteuerung

Unterstützt wird zudem die Erforschung einer neuartigen Betriebsstrategie von Batteriespeichern für den Einsatz bei produzierenden Unternehmen. Ziel ist, Stromkosten nachhaltig zu senken. Das Projekt „SmartB4P – Smarte Batteriesteuerung für die Produktion“ der Fraunhofer-Einrichtung für Gießerei-, Composite- und Verarbeitungstechnik IGCV Augsburg wird mit 800.000 Euro unterstützt. An dem Forschungsprojekt sind verschiedene Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft beteiligt, wie TU München, Smart Power GmbH, Feldkirchen b. München, Metecontrol GmbH, Augsburg, ITQ GmbH, Garching b. München, MAN Energy Solutions SE, Augsburg, Bayernwerk Natur GmbH, Regensburg und Bolta Werke GmbH, Leinburg/Mittelfranken.

Produzierende Unternehmen können die im Zuge der Energiewende steigenden Strompreise durch die Nutzung von Strom aus eigenen Erzeugungsanlagen abfedern. Aufgrund der fluktuierenden Erzeugungsleistung von erneuerbaren Energiequellen ist eine zusätzliche Synchronisation von Energieverfügbarkeit und -verbrauch erforderlich. Das Vorhaben „SmartB4P“ befasst sich daher mit der Erforschung einer neuartigen Betriebsstrategie von Batteriespeichern für den Einsatz bei produzierenden Unternehmen, die das Laden bzw. Entladen situativ und unter Berücksichtigung der Batteriealterung sowie der stochastischen Randbedingungen wie Wetter oder Produktionsauslastung steuert. **DK**

## ZAE wird neuer Partner der Klima-Allianz

**Die Zeichen des Klimawandels sind sichtbar. Mit den engagierten Partnern der Klima-Allianz schmiedet Bayern ein breites Bündnis für den Klimaschutz. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim Beitritt des Zentrums für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE) zur Bayerischen Klima-Allianz in Würzburg.**

Nach Glaubers Worten ist Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: „Die Folgen des Klimawandels treffen Mensch und Natur auch in Bayern. Nur gemeinsam können wir die Klimaveränderung begrenzen. Wir müssen mit allen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Effiziente und nachhaltige Energiesysteme sind ein Schlüssel für mehr Klimaschutz. Mit dem Zentrum für Angewandte Energieforschung gewinnt die Klima-Allianz einen aktiven und kompetenten neuen Partner. Schon jetzt arbeitet das Umweltministerium eng mit dem Zentrum zusammen. Diese Kooperation wollen wir weiter intensivieren.“

Das ZAE als 47. Mitglied der Bayerischen Klima-Allianz ist ein Forschungsinstitut, das mit zwei Hauptstandorten und drei Außenstellen bayernweit präsent ist. Es wird vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert. Das ZAE in Würzburg betreut beispielsweise seit 2017 den „Klima-Container“ und macht diesen im Rahmen von Führungen für Besucher zugänglich. Gezeigt werden Ideen und Anregungen, wie der Klimawandel gemeistert werden kann.

Das ZAE bietet Innovationspakete im Bereich effizienter und nachhaltiger Energiesysteme an. Ziel des ZAE ist, die Energieforschung zu fördern sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, Beratung, Information und Dokumentation weiterzuentwickeln. □



Mit Sonne rechnen:

## Verbraucherzentrale berät Bürger zur Solarnutzung

Wie können bayerische Gemeinden dazu beitragen, dass ihre Bürger Photovoltaik- und Solarwärmanlagen installieren? Ein wichtiger Baustein ist eine neutrale und unabhängige Energieberatung, die auf die individuellen Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten von Haus- und Wohnungseigentümern eingeht.

In vielen kommunalen Energiekonzepten ist das Ziel verankert, die Bürger zu informieren, wie sie in ihren privaten Gebäuden erneuerbare Energien einsetzen können. Die Verbraucherzentrale und der VerbraucherService Bayern führen derzeit gemeinsam mit regionalen Energieagenturen und Kommunen die Aktion „Mit Sonne Rechnen!“ durch, um Bürgern Impulse zur Nutzung von Solarenergie zu geben.

In Zusammenarbeit mit dem Energie- und Umweltzentrum Allgäu kommen die Bürger der Gemeinde Wasserburg (Bodensee), der Gemeinde Opfenbach, des Marktes Scheidegg, der Stadt Lindau, der Verwaltungsgemeinschaft Argental, des Marktes Buchenberg und der Stadt Günzburg in den Genuss von kostenlosen Beratungen. Gemeinsam mit der Energieagentur Südbayern findet die Beratungsaktion im Landkreis Traunstein und Berchtesgader Land statt. Der Markt Fal-

ter der Verbraucherzentrale die Gegebenheiten vor Ort. Er bespricht mit dem Hausbesitzer die Möglichkeiten, beispielsweise mit einer Solarwärmanlage die Warmwasserbereitung oder auch die eigene Heizung zu unterstützen. Oftmals ist zur Stromerzeugung die Installation einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher sinnvoll. Auch ob es in Frage kommt, bestehende Anlagen nachzurüsten oder zu ergänzen, ist Teil des Checks. Für solarthermische Anlagen, Photovoltaik und Batteriespeicher gibt es unterschiedliche Förderungen von der Einspeisevergütung bis zum zinsgünstigen Kredit der KfW oder einer BAFA-Förderung. Nach der Beratung erhält der Ratsuchende einen schriftlichen Bericht zur Solareignung seines Hauses. Für diesen Check fällt ein Eigenanteil von 30 Euro an, der von der Gemeinde übernommen werden kann. Die restlichen Kosten von 286 Euro werden gefördert.



Eignungs-Check Solar bei Verbrauchern in Opfenbach. Bild: Manuel Allgaier, eza!

kenstein, die VG Wörth a. d. Donau, die Gemeinde Brennbach, das Landratsamt Schwandorf, die Stadt Neumarkt i.d.OPf., der Markt Wernberg-Köblitz, die Gemeinde Herrsching, der Markt Hohenburg, die Gemeinde Feldkirchen, der Markt Laaber, der Markt Moosbach und die Stadt Straubing nehmen ebenfalls teil. Der Landkreis Tirschenreuth, die Stadt Kemnath, der Markt Eslarn, die Stadt Grafenwöhr, die Stadt Pressath und der Markt Moosbach werden die Beratungsaktion in Zusammenarbeit mit der etz Nordoberpfalz durchführen.

### Welche Solaranlage ist die richtige für mich?

Viele Bürger fragen sich, ob sich eine Solarstromanlage für sie lohnt, wie sie Handwerkerangebote einholen und vergleichen können und wie die Anlage finanziert werden kann. In Zeiten sinkender Preise für die Anlagen lohnt sich das nach wie vor. Es ist vor allem rentabel, selbst erzeugten Strom im eigenen Haushalt zu nutzen. Wie groß die Anlage sein sollte, hängt aber sehr vom Gebäude und dem Eigenverbrauch ab. Zu diesen Aspekten halten die Energieberater der Verbraucherzentrale Vorträge, führen Energieberatung in der Gemeinde durch, betreuen Info-Stände bei Veranstaltungen und beraten an einer Hotline. Aufgrund der Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind diese Leistungen für die Gemeinde und die Bürger kostenlos.

### Eignungs-Check Solar bei den Bürgern zu Hause

Bei einem Eignungs-Check Solar analysiert der Energiebera-

### Positive Erfahrungen der Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale unterstützt die Gemeinde bei der Durchführung der Beratungsaktion mit Marketingmaterialien wie Presstexte, Flyer, Broschüren, Plakaten und Anzeigen. Die Steuerung und Organisation der Kampagne liegt bei der Gemeinde. „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit konzentrierten Energieberatungsaktionen gemacht. Viele Bürger fühlen sich gut beraten und gehen dann die Nutzung der Sonnenenergie an“, sagt Sigrid Goldbrunner, Regionalmanagerin der Verbraucherzentrale Bayern. □

### BDEW zum Monitoringbericht der Bundesregierung:

## Netzausbau deutlich beschleunigen!

Das Bundeswirtschaftsministerium hat den Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgelassenen Elektrizität vorgelegt. Laut Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, „zeigt der Monitoringbericht erneut, dass die Bundesregierung zur Absicherung der hohen Versorgungssicherheit künftig zunehmend auch auf den Import von Strom setzt“.

Auch der BDEW sieht laut Kapferer im EU-Binnenmarkt für Strom einen wichtigen Pfeiler der Versorgungssicherheit. „Wir sollten uns jedoch nicht darauf verlassen, dass wir künftig in bestimmten Zeiten hoher Stromnachfrage immer Strom aus anderen EU-Ländern importieren können: Fast überall in Europa sollen gesicherte Stromerzeugungskapazitäten vom Netz genommen werden, wie eine BDEW-Analyse im vergangenen Jahr gezeigt hat. Die Zeiten, in denen sehr viel Strom nachgefragt wird, sind in Mitteleuropa zudem nahezu deckungs-



Von links: Dr. Peter Pluschke (Umweltreferent der Stadt Nürnberg), Rainer Kleedörfer (Leiter Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE), Christian Vogler (Ansprechpartner für Elektromobilität bei der N-ERGIE), Markus Rützel (Ladeverbundkoordinator des Ladeverbund+).

Bild: N-ERGIE

### N-ERGIE nimmt 400. Ladestation im Ladeverbund+ in Betrieb:

## Ladeinfrastruktur in Nordbayern ausgebaut

Die 400. Ladestation im Ladeverbund+ steht in der Nürnberger Innenstadt und wurde von Rainer Kleedörfer, Leiter der Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE, Markus Rützel, Ladeverbundkoordinator des Ladeverbund+, und Umweltreferent Dr. Peter Pluschke von der Stadt Nürnberg offiziell in Betrieb genommen.

„Insgesamt 38 Ladestationen haben wir in Nürnberg bereits errichtet und weitere kommen zeitnah hinzu. Bis voraussichtlich Ende 2019 können Elektromobilisten an fast 60 Ladestationen im Nürnberger Stadtgebiet umweltfreundlichen Ökostrom der N-ERGIE laden. Der Ausbau schreitet somit in enger Abstimmung mit der Stadt voran“, erklärt Rainer Kleedörfer.

Wie Markus Rützel erläutert, „nehmen wir die Mobilitätswende als wesentlichen Baustein für wirksamen Klimaschutz ernst und konnten mit unseren Mitgliedern in den letzten zwei Monaten zahlreiche Ladestationen mit Schwerpunkt in Nordbayern in Betrieb nehmen. Damit schaffen wir eine wichtige Basis für die Nutzung der Elektromobilität.“

### Ladesäule überzeugt durch technische Ausstattung und ideale Lage

Die Ladesäule in der Theresienstraße wurde von der N-ERGIE Aktiengesellschaft im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms errichtet und verfügt über zwei Typ2-Steckdosen mit einer Leistung von je 22 Kilowatt (kW). Neben der technischen Ausstattung kann sie durch eine ideale Lage überzeugen: Von ihr sind es nur wenige Schritte in die Nürnberger Innenstadt und zur Nürnberger

Burg. Zudem steht die Ladesäule direkt neben der Bushaltestelle „Burgstraße“ und erlaubt somit die Kombination aus Individual- und Öffentlichem Nahverkehr.

„Die stetig steigenden Zulassungszahlen zeigen uns, dass wir mit dem gemeinsamen Ausbaukonzept richtig liegen“, freut sich Dr. Peter Pluschke von der Stadt Nürnberg. □

Hohe Energieeinsparung – ein Gewinn für die Umwelt:

## Oberpleichfeld rüstet auf LED-Straßenbeleuchtung um

Oberpleichfeld setzt bei der Straßenbeleuchtung neue Maßstäbe: Die Gemeinde hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft damit beauftragt, im Zuge der jährlichen Turnuswartung rund 150 Lampen auf Leuchtdioden, sogenannte LED, umzustellen. Es werden warmweiße LED-Retrofit zum Einsatz kommen.

Diese besonders energieeffizienten Leuchtmittel vermindern den Energieverbrauch gegenüber dem bisher eingesetzten System um mehr als 60 Prozent. Damit spart Oberpleichfeld rund 30.000 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr ein. Dies entspricht einer Verringerung des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um rund 14.600 Kilogramm. Zudem ist der Einbau der LED-Retrofit-Leuchtmittel einfach und kostengünstig.

„Die neuen Lampen schaffen für unsere Gemeinde eine helle und umweltfreundliche Straßenbeleuchtung, bei der auch die Umwelt gewinnt“, erklärt Martina Rottmann, Erste Bürgermeisterin von Oberpleichfeld. „Durch den geringeren Stromverbrauch erwarten wir eine jährliche Kosteneinsparung von über 6.000 Euro. Das heißt, dass sich unsere Investitionskosten bereits in zwei Jahren amortisiert haben.“

### Lichtbündelung erhöht die Verkehrssicherheit

Die geplante LED-Technik verbessert auch die Verkehrssicherheit: Durch eine Lichtbündelung von 270 Grad wird das Licht gezielt auf die Straßen und Wege gelenkt. So reduziert sich das Streulicht, was die Anwohner entlastet, weil die Leuchte weniger Licht auf der Rückseite er-

zeugt. „Da sich der technische Standard in der Straßenbeleuchtung in den vergangenen Jahren rasant entwickelt hat, gehen wir im Rahmen der regelmäßigen



Bürgermeisterin Martina Rottmann und Jürgen Lang begutachten die neue LED-Beleuchtung.

Bild: N-ERGIE

Wartungen auf die Kommunen zu und empfehlen mögliche Energiesparmaßnahmen“, erläutert Jürgen Lang, Betreuer für kommunale Kunden bei der N-ERGIE.

Für rund 250 Kommunen ist die N-ERGIE Ansprechpartner, wenn es um die Straßenbeleuchtung geht. Die N-ERGIE wartet insgesamt 89.000 Leuchten und ist für ein Straßenbeleuchtungsnetz von rund 4.100 Kilometern Länge verantwortlich. □

N-ERGIE

# E wie entspannt unterwegs.

Laden Sie jetzt an über 400 Ladestationen des Ladeverbund+ in Nordbayern.

Wir sind das  im Auto.

[www.e-im-auto.de/ladesaeulen](http://www.e-im-auto.de/ladesaeulen)

Besuchen Sie uns auf der Kommunale: Stand 9-335





Die Preisträger mit Bayernwerk-Vorstandsvorsitzendem Reimund Gotzel (links) und dem Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler (rechts).  
Bild: Uwe Moosburger / Bayernwerk AG

**Galaabend im Zeichen des Lesens:**

## Bayernwerk verlieh Kinderbibliothekspreis

Lara Schützsack erhält Paul Maar-Preis „Korbinian“

Prominente aus Kultur und Politik waren nach Zirndorf gereist. Sie waren der Einladung der Bayernwerk AG (Bayernwerk) zur Verleihung von gleich zwei Preisen gefolgt. Im festlichen Rahmen und moderiert von Fernsehstar Thomas „Tommi“ Ohrner überreichten Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, und Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel auf Gut Wolfgangshof den Kinderbibliothekspreis an fünf bayerische Einrichtungen: Die Gemeindebibliothek Unterföhring (Landkreis München), die Gemeinde- und Pfarrbücherei in Obertraubling (Landkreis Regensburg), die Gemeindebücherei Großostheim (Landkreis Aschaffenburg) und die Gemeindebücherei in Oberhaid (Landkreis Bamberg). Einen Sonderpreis erhielt die schon einmal mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnete Stadtbibliothek Donauwörth (Landkreis Donau-Ries) für nachhaltige und vorbildliche Bibliotheksarbeit.

Im Anschluss betrat Autor und Sams-Erfinder Paul Maar gemeinsam mit Dr. Claudia Maria Pecher, Präsidentin der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur, die Bühne und übergaben den vom Bayernwerk und dem Schriftsteller gestifteten Paul-Maar-Preis „Korbinian“ an Lara Schützsack („Sonne, Moon und Sterne“). Der Kinderbibliothekspreis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert, der Paul Maar-Preis mit 2.500 Euro.

**Mit gutem Beispiel voran**

Kunstminister Bernd Sibler betonte: „Unsere Bibliotheken leisten Herausragendes, um junge Leserinnen und Leser anzusprechen. Mit kreativen Programmen, einem bunten Medienangebot und vielfältigen Kooperationsveranstaltungen begeistern sie Kinder und Jugendliche für das Lesen und den Umgang mit unterschiedlichen Medien. Damit statten die Bibliotheken die Kinder und Jugendlichen mit wichtigen Schlüsselkompetenzen aus und unterstützen sie

so bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung.“

Reimund Gotzel erklärte: „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bibliotheken engagieren sich dafür, dass Bücher und Menschen zusammenkommen. Damit stärken sie auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den wir heute brauchen“. Er sei „froh und stolz“, dass der Kinderbibliothekspreis seit 2018 zusammen mit dem Paul Maar-Preis verliehen werde. „Denn diejenigen, die die Bücher schreiben, sind ja die eigentlichen Motoren für das, was Lesen so spannend und lehrreich macht“, sagte Reimund Gotzel.

**„Korbinian“ fördert Nachwuchstalente**

Lara Schützsack erhielt den Paul Maar-Preis für ihr Werk „Sonne, Moon und Sterne“. Dr. Claudia Maria Pecher betonte in ihrer Rede „So konkret und virtuos dabei das Erleben der Figuren in Schützsacks Roman „Sonne, Moon und Sterne“ spürbar wird, so offen bleibt de-

ren Verstehen um die Dinge, die geschehen – Leerstellen dominieren und diese entlassen die Leserschaft nicht aus der Verantwortung selbst Position zu beziehen – ein poetisches Verfahren, das Pubertät, Umbruch und Neuanfang, Ereignisse, an denen im Leben niemand vorbeikommt, synästhetisch erleb- und erfahrbar macht“.

Neben der diesjährigen Autorin Lara Schützsack waren Marie Golien („Cainstock Island. Der Gejagte.“), Rieke Patwardhan („Forschungsgruppe Erbsensuppe“) sowie Benjamin Tienti („Unterwegs mit Kaninchen“) von der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur für den Nachwuchspreis nominiert worden. Die Auszeichnung wurde 2009, zunächst unter anderem Namen, von der Akademie zusammen mit Paul Maar ins Leben gerufen. Anlässlich des 80. Geburtstages des Erfolgsautors wurde der Preis 2017 in „Paul Maar-Preis“ unbenannt. Eigens für den Preis hat er eine Kunstfigur, den Bären „Korbinian“, entworfen. Das Geschöpf dient als Namensgeber und ist im Logo zu sehen. Die 2.500 Euro für den Preis stiften Bayernwerk und Paul Maar gemeinsam.

**Auswahl durch Fachjury**

Den Kinderbibliothekspreis verleiht das Bayernwerk in Kooperation mit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem katholischen Medienhaus Sankt Michaelsbund. Unter dem Motto „Bibliotheken fördern Lesen – wir fördern Bibliotheken“ profitierten in den zwölf Jahren seit der Gründung mehr als 90 Einrichtungen von dem Preis. Es ist nicht möglich, sich für die Auszeichnung zu bewerben. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury. Auf dem offiziellen YouTube-Kanal des Bayernwerks gibt es Videos rund um den Kinderbibliothekspreis, unter anderem auch Porträts aller Preisträger.

**Bayernweite Leseförderung**

Seit vielen Jahren setzt sich das Bayernwerk mit zahlreichen Aktionen für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein: Neben Kinderbibliothekspreis und Paul Maar-Preis unterstützt der kommunale Versorger Büchereien und Bibliotheken mit dem so genannten Leseseichen. Jährlich kommen beim Leseseichen 50 Einrichtungen in den Genuss von 1.000 Euro. Bereits 650 Leseseichen wurden so an Büchereien und Bibliotheken vergeben. □

## Mobilstationen für den Landkreis Bamberg

„Das rege Interesse der Gemeinden zur Teilnahme an einer Pilotierung zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Nach den vielen Terminen zur Bestandsaufnahme vor Ort, hat nun die konzeptionelle Arbeit im Hintergrund begonnen, auf deren Ergebnisse ich persönlich sehr gespannt bin und auf deren Umsetzung sich die Bürgerinnen und Bürger schon jetzt freuen können“, zeigt sich Landrat Johann Kalb zuversichtlich. Der Landkreis Bamberg möchte die Mobilität für seine Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste attraktiver und klimafreundlicher gestalten.

Im März 2018 verabschiedete der Kreistag das intermodale Mobilitätskonzept des Landkreises Bamberg mit verschiedenen Umsetzungsmaßnahmen zur Förderung umweltfreundlicher Mobilitätsangebote und der Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur. Einer der zentralen Bausteine daraus ist neben vielen Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr und Alltagsradverkehr die Förderung der Intermodalität. Vor allem mit der Umsetzung von Mobilstationen soll besonders die Vernetzung der Verkehrsmittel des Umweltverbands wie Bahn/Bus und Fahrrad sowie der Umstieg vom Auto an P+R-Standorten attraktiver und einfacher werden.

**Förderung der Intermodalität**

Mobilstationen sind Umsteigeplätze, die in Abhängigkeit ihrer räumlichen Lage, ihrer Bedeutung und Aufgabe im ÖPNV-Netz und der zu kombinierenden Verkehrsmittel modular gestaltbar sind. Sie dienen der Förderung der Intermodalität, d. h. der Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern, wie z. B. Straße und Schiene, der Förderung der Multimodalität, d. h. der Kombination verschiedener Verkehrsmittel innerhalb einer Wegeketten (z. B. Bus, Bahn, Pkw, Rad, Fuß) und der Verbesserung des Einzugsbereichs und der Erhöhung der Flächenwirksamkeit des ÖPNV in Verbindung mit der Einrichtung von Zubringer- und/oder Shuttleverkehren und der Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr.

**Jahresbericht der Bundesnetzagentur zur Energiewende:**

## Stromnetzausbau bleibt zentrale Herausforderung

„Wir sind bei der Planung neuer Stromleitungen gut vorangekommen. Dennoch kommt der Ausbau nicht so schnell voran wie es nötig wäre, was sich in hohen Kosten für den Erhalt der System-sicherheit niederschlägt“, stellte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, bei der Vorlage des Jahresberichts 2018 fest.

Im vergangenen Jahr gab es beim Ausbau des Stromnetzes deutliche Fortschritte in den Genehmigungsverfahren. Die Bundesfachplanung, das Verfahren zur Festlegung eines Trassenkorridors, konnte in vielen Projekten vorangetrieben werden. Insbesondere in den Planungsverfahren für die großen HGÜ-Leitungen Ultranet, SuedLink und SuedOstLink sei die Bundesnetzagentur „substanzial vorangekommen“.

Aktuell sind rund 7.700 Kilometer Ausbau im deutschen Stromnetz geplant (BBPIG und EnLAG). Mit rund 4.600 Kilometern befindet sich der Großteil davon in unterschiedlichen Phasen der Planungsverfahren. Weitere 1.800 Kilometer sind genehmigt oder realisiert. „Gleichwohl bleibt festzustellen: Der Netzausbau kommt nicht so schnell voran wie es nötig wäre. Dies schlägt sich in hohen Kosten für den Erhalt der Systemsicherheit nieder. Diese sind zwar im Vergleich zu 2017 (1,5 Mrd. Euro) gesunken, befinden sich mit 1,4 Mrd. Euro aber weiterhin auf hohem Niveau“, machte Homann deutlich. Parallel prüft die Bundesnetzagentur regelmäßig, welcher zusätzliche Ausbau im Stromnetz für

die Energiewende erforderlich sein wird.

Wie Homann erläuterte, haben die Übertragungsnetzbetreiber einen zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2019-2030 vorgelegt. Die inhaltlichen Kernpunkte sind der vorgeschlagene Umfang des Netzausbaus, die Berücksichtigung des Kohleausstiegs und der Umgang mit Innovationen.

Neben anderen Ausbaumaßnahmen schlagen sie auch einen vierten HGÜ-Korridor von Schleswig-Holstein über Wilhelmshaven mit Zwischenpunkten in NRW (Polsum und Üntrop) nach Baden-Württemberg (Großraum Stuttgart) vor. Darüber hinaus halten sie langfristig ab 2035 einen weiteren Ausbau im SuedOstLink von Görries bei Schwerin über Wolmirstedt bei Magdeburg zum Kraftwerksstandort Isar bei Landshut für erforderlich. Nach dem neuen NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz) kann dieser Ausbau durch die Verlegung von Leerrohren vorbereitet werden und in das laufende Verfahren einfließen. Bis 2030 werden zusätzlich etwa 3.350 Kilometer neue Drehstrommaßnahmen beantragt, da-

**Wiederaufnahme der Produktion bei Bayernoil:**

## Gute Nachrichten für den Energiestandort Bayern

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die Wiederaufnahme der Produktion bei der Bayernoil-Raffinerie in Vohburg. Aiwanger erklärt: „Das sind gute Nachrichten für den Energiestandort Bayern. Nun hoffe ich, dass die Produktion möglichst bald wieder vollumfänglich aufgenommen wird.“

Wie Aiwanger betonte, könnten so Lieferengpässe oder Preissteigerungen, wie sie in der Vergangenheit zu verzeichnen waren, verhindert werden. Die Auswirkungen dieser Katastrophe auf Bayerns Energiemarkt waren deutlich spürbar. „Zugleich weist der Minister auf die Sicherheit der Anwohner hin. „Die Sicherheit der Bevölkerung muss höchste Priorität haben. Es muss alles getan werden, um künftige Unfälle zu verhindern. Eine solche Katastrophe darf nie wieder geschehen“, so Aiwanger.

Am 1. September 2018 wurde durch eine verheerende Explosion rund ein Fünftel der größten bayerischen Erdölraffinerie zerstört. Dabei wurden 16 Menschen verletzt. Das Bayerische Wirtschaftsministerium hatte sich um die schnelle Wiederaufnahme der Produktion bemüht. □

## VBEW-Mitgliederversammlung wählt Klaus Steiner zum neuen Vorsitzenden

Auf der Mitgliederversammlung des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) Anfang Juli in Bad Reichenhall wurde Klaus Steiner zum neuen VBEW-Vorsitzenden gewählt. Steiner, Geschäftsführer der Stadtwerke Dorfen GmbH war bisher Mitglied im VBEW-Vorstand. Er folgt auf Wolfgang Brandl, der das Amt des Vorsitzenden seit 2013 innehatte und weiterhin stellvertretender Vorsitzender bleibt.

„Ich freue mich auf diese neue Aufgabe. Der VBEW ist in Bayern die wichtigste Plattform, in der die leitungsgebundene Energie- und Wasserwirtschaft ihre Kompetenzen bündelt. Wir setzen uns im Verband frei von Einzelinteressen für eine Energie- und Wasserversorgung ein, die dem Wohl unserer Kunden, unseres Wirtschaftszweiges sowie unserer gesamten Gesellschaft förderlich ist. Der VBEW ist ein treuer Wegbegleiter für alle, die sich ernsthaft mit der Umsetzung der Energiewende beschäftigen“, sagte Klaus Steiner.

Als weitere Mitglieder im VBEW-Vorstand wurden von der Mitgliederversammlung als stellvertretende VBEW-Vorsitzende gewählt: Wolfgang Brandl, Stadtwerke Eichstätt, Thomas Barth, Mittlere Donau Kraftwerke AG, Markus Rauh, Fernwasserversorgung Oberfranken und Marcus Böske, Energie Südbayern GmbH. □

Hierzu erarbeitet der Landkreis Bamberg gemeinsam mit Planersocietät Horschler nun ein Konzept zur Umsetzung von Mobilstationen im gesamten Landkreis. Dies umfasst neben der Planung einiger musterhafter Pilotstandorte auch die Erarbeitung der Grundsätze, um einen einheitlichen und wiedererkennbaren Ansatz für Mobilstationen für den gesamten Landkreis zu ermöglichen. Das Projekt wird dazu die bestehenden Planungen und Ideen aus den einzelnen Kommunen aufgreifen und in das landkreisweite Konzept Mobilstationen integrieren. □

von 430 Kilometer Neubau in neuer Trasse. Insgesamt schätzen die Übertragungsnetzbetreiber den Investitionsbedarf auf 61 Mrd. Euro für den Netzausbau an Land. Die Bundesnetzagentur prüfe derzeit die Vorschläge der Übertragungsnetzbetreiber. Erst nach Abschluss dieser Prüfungen könnten die einzelnen Projekte seriös beurteilt werden. Klar sei aber schon heute, dass selbst bei optimaler Ausnutzung des Bestandsnetzes und Einsatz innovativer Technologien zusätzlicher Netzausbau erforderlich sein wird. „Um die Auswirkungen des Kohleausstiegs zu beurteilen, wurde von den Übertragungsnetzbetreibern in einem Szenario berechnet, ob die geplanten Ausbaumaßnahmen weiterhin erforderlich sind. Nach diesen Berechnungen erweisen sich alle beantragten Ausbaumaßnahmen auch bei einem vollständigen Kohleausstieg als erforderlich“, unterstrich Homann. Die bei vielen Bürgerinitiativen beliebte These, der Stromnetzausbau diene dem Transport von Kohlestrom, werde damit widerlegt. „Künftige Netzentwicklungspläne werden dann die konkrete Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung und den dann zu erwartenden Kraftwerkspark berücksichtigen. Die Erforderlichkeit des Netzausbaus wird im NEP regelmäßig detailliert berechnet und überprüft.“ DK

## Enge Zusammenarbeit von Blaulicht und Gelblicht

Kooperation Deutscher Feuerwehrverband und Verband kommunaler Unternehmen

„Kommunale Unternehmen und Feuerwehren haben viel gemeinsam: Sie sind Stabilitätsanker vor Ort und übernehmen Verantwortung. Sie fördern den Zusammenhalt und tragen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen bei. Blaulicht und Gelblicht arbeiten eng zusammen, miteinander und füreinander, mit engagierten Menschen und beinahe ohne Worte“, erklären Michael Ebling, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), und Hartmut Ziebs, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), anlässlich der Unterzeichnung einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung der beiden Spitzenverbände.

„Die gelebte Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt ist für uns kommunale Unternehmen enorm wichtig. Daher nutze ich die Gelegenheit und appelliere an unsere Mitglieder, das Engagement der Freiwilligen weiter zu unterstützen! Freiwillige Feuerwehrfrauen und -männer bereichern, wie auch andere Ehrenamtliche, unsere kommunalen Unternehmen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ihre Kompetenzen und ihr hohes Verantwortungsbewusstsein“, erläutert VKU-Präsident Ebling.

DFV-Präsident Ziebs ergänzt: „Die deutschen Feuerwehren und kommunale Unternehmen

sind verlässliche Partner für die Menschen vor Ort – auch in Zeiten des Wandels sorgen die Feuerwehren für Sicherheit und die kommunalen Unternehmen für Strom, Wasser und schnelles Internet; immer und überall, in der Stadt und auf dem Land. Gerade in Zeiten, in denen bei vielen Freiwilligen Feuerwehren tagsüber Einsatzkräfte jobbedingt fehlen, ist es umso wichtiger, dass in den kommunalen Unternehmen Menschen arbeiten, die ehrenamtlich in der Feuerwehr aktiv sind und hierfür bei Einsätzen, Übungen oder Ausbildungen entsprechend freigestellt werden.“

## Elektrotretroller dürfen im MVV mitgenommen werden

E-Roller dürfen in den Verkehrsmitteln im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) in zusammengeklapptem Zustand mitgenommen werden. Mit dieser vorläufigen Regelung folgen die Verkehrsunternehmen im MVV einer Empfehlung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zur Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen im ÖPNV.

In allen Verkehrsmitteln im MVV – S-Bahn, U-Bahn, Tram, städtische Busse, MVV-Regionalbusverkehr, integrierte Regionalzüge – werden die kleinen Elektroflitzer in zusammengeklapptem Zustand künftig als „Sache“ behandelt und kostenlos transportiert. Der dazugehörige Akku muss fest im Gerät verbaut sein. Ein separates Ticket (etwa eine Fahrrad-Tageskarte) ist nicht nötig. Nicht zusammengeklappte bzw. nicht zusammenklappbare E-Roller sind von der Beförderung ausgeschlossen. Analog zu bestehenden Regelungen für andere Fortbewegungsmittel dürfen E-Roller in Bahnhöfen (inkl. Zwischengeschossen) und an Haltestellen nicht benutzt und auch dort nur zusammengeklappt transportiert werden.

### Beförderung einer „Sache“

Die Elektrotretroller werden laut § 11 der Beförderungsbedingungen des Verbundes als „Sache“ befördert, wenn dadurch die Ordnung und Sicherheit des Betriebes nicht gefährdet und andere Fahrgäste nicht gestört werden. Die finale Entscheidung über die Mitnahme obliegt, wie auch bei der Beförderung aller anderen „Sachen“, dem Betriebspersonal.

„Unsere Kunden wollen nicht nur von Haltestelle zu Haltestelle, sondern von A nach B. Für den Weg zum ÖPNV und von der Haltestelle zum Ziel können E-Roller eine gute Wahl sein. Deswegen setzen wir auf eine pragmatische Mitnahmeregelung: Zusammengeklappt nehmen wir die Flitzer mit. Ob das funktioniert, werden wir allerdings genau beobachten“, so Ingo Wortmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG). „Noch praktischer sind Mietroller, die nicht mit in Bus oder Bahn müssen. Hier streben wir auch Kooperationen mit Anbietern an, um deren E-Roller in unsere Mobilitätsplattform zu integrieren.“

„Alles, was dazu beiträgt, klimafreundliche Mobilität zu vernetzen, unterstützen wir gerne.

Neue Angebote wie E-Roller helfen unseren Reisenden, leichter zum Bahnhof und zur S-Bahn zu kommen. In der S-Bahn sollten die E-Roller möglichst Platz schonend verstaut werden, damit sie andere Fahrgäste nicht beeinträchtigen“, sagt Heiko Büttner, Vorsitzender der Geschäftsleitung der S-Bahn München.

### Sinnvolle Ergänzung

„Sollten andere Fahrgäste durch die Beförderung der Elektrotretroller beeinträchtigt werden, müssen wir natürlich reagieren und gegebenenfalls die Beförderungsbedingungen anpassen. E-Roller können aber eine sinnvolle Ergänzung zu den konventionellen öffentlichen Verkehrsmitteln sein – und wir stehen jeder neuen Form der Mobilität offen gegenüber“, so MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch.

## Zahl der Fahrgäste im MVV stieg auch 2018 weiter an

Mehr als 722 Millionen Fahrgäste nutzten im Jahr 2018 die in den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) integrierten Verkehrsmittel der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), der S-Bahn München, der verschiedenen Regionalzugunternehmen sowie der Busunternehmen im MVV-Regionalbusverkehr.

Der Trend hält an: Wie schon in den Vorjahren stieg die Zahl der beförderten Fahrgäste in den MVV-Verkehrsmitteln auch im Jahr 2018. Von vormals rund 716 Millionen Fahrgästen im Jahr 2017 wuchs die Zahl um knapp sieben Millionen auf mehr als 722 Millionen Fahrgäste im vergangenen Jahr.

### Plus bei Ticketverkäufen ...

Und auch die Ticketverkäufe legten insgesamt zu. Zu den guten Verkaufszahlen beispielsweise der Single-Tageskarten – die insgesamt um rund 3,2 Prozent stiegen – trugen vor allem die deutlichen Anstiege bei der Single-Tageskarte für den Innenraum für einen Tag von 5,7 Prozent sowie bei der Single-Tageskarte für den Innenraum für drei Tage von 10,7 Prozent bei.



Alle Jahre wieder:

## Unimog Geländewagen des Jahres

Der Unimog ist dort zu Hause, wo sonst keiner hinkommt. Das sah offenbar auch die Leser der Fachzeitschrift „Off Road“ wieder so und wählten ihn zum 15. Mal in Folge zum besten Geländewagen des Jahres - in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“. Der im Bild gezeigte Unimog U 4023 wurde von Hellgeth Engineering Spezialfahrzeugbau veredelt und besitzt einen expeditionstauglichen Aufbau mit nur 7,49 zulässigem Gesamtgewicht (zGG). Damit geht der Wunsch vieler Globetrotter in Erfüllung: einen modernen, hochgeländegängigen Unimog samt Wohnkoffer mit dem alten Führerschein „Klasse 3“ fahren zu dürfen. Unser Bild zeigt den Mercedes-Benz Unimog U 4023

Bild: media.daimler.com

### Programm „Umweltbonus“ fördert:

## Künstliches Warngeräusch für Elektrofahrzeuge

Lautlose Elektrofahrzeuge stellen für Fußgänger und Radfahrer eine Unfallgefahr dar, die größer ist als bei herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor.

Auf Drängen des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) unterstützt die Bundesregierung seit dem 1. Juli auch private Autokäufer bei der Anschaffung eines künstlichen Warngeräusches.

### Zusätzliche Unfallgefahr

Lautlose Elektrofahrzeuge stellen eine Unfallgefahr dar, die größer ist als bei herkömmlichen Fahrzeugen. Die Lösung des Problems ist ein „Acoustic Vehicle Alerting System“, also ein künstliches Warngeräusch, kurz „AVAS“ genannt. Nach langwierigen Verhandlungen erzielte der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) einen Durchbruch: Das Bundeswirtschaftsministerium wird ab dem 1. Juli im Rahmen des Programms „Umweltbonus“ den Kauf eines AVAS mit 100 Euro fördern.

### Neue Fördermöglichkeit

DBSV-Präsident Klaus Hahn begrüßt die neue Fördermöglichkeit: „Wenn für Elektromobilität öffentliche Gelder fließen,

muss auch die damit verbundene Sicherheitstechnik gefördert werden – dafür haben wir lange gekämpft.“



## Besser abscheiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähensätze, der innovative Fahrtrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](https://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [verkauf@klmv.de](mailto:verkauf@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## Die richtige Versicherung für jeden Fuhrpark

Fuhrparkschutz Vario sichert mittelgroße Fuhrparks ab

München. Gewerbekunden erhalten beim Konzern Versicherungskammer für jede Größe ihres Fuhrparks einen Rundumschutz. Der neue „Fuhrpark-Schutz Vario“ ergänzt das bestehende Angebot aus „KfzSchutz (ein bis vier Fahrzeugen) sowie dem „FlottenSchutz Individual“ (ab 25 Fahrzeugen). FuhrparkSchutz Vario richtet sich an Freiberufler, Mittelständler und Gewerbeunternehmen mit mittelgroßen Fuhrparks.

„Der FuhrparkSchutz Vario ist ein völlig neu konzipiertes Produkt für fünf bis 24 Fahrzeuge“, erläutert Christian Kaffenberger, Hauptabteilungsleiter Haftpflicht, Unfall, Kraftfahrt. „Davon profitieren insbesondere kleine und mittlere Firmen. Der Tarif ist leistungsstark, die Leistungsabwicklung unkompliziert. Optimalen Schadenservice bietet zudem unser Werkstattnetz. Auch der Angebotsprozess für gewerbliche Risiken wird erheblich schlanker.“ Den Versicherungsumfang kann der Kunde durch Ergänzungsbausteine, beispielsweise im Bereich Elektro/Hybrid, individuell anpassen.

### Beratungsgespräch

Potentielle Kunden der Versicherungskammer Bayern, der Saarland Versicherungen oder der Feuersozietät in Berlin und Brandenburg müssen sich keine Gedanken machen, welche Mobilitätslösung für sie richtig ist. In einem Beratungsgespräch erhalten sie aus dem Paket der drei Versicherungsangebote die für sie passgenaue Lösung. Es gibt nur einen Versicherungs-

schein für Fuhrparkschutz Vario und nur eine Rechnung für alle Fahrzeuge. Übrigens wird risikobewusstes Fahren belohnt: durch günstige Beiträge.

### Merkmale des FuhrparkSchutz Vario:

- 100 Mio. € Deckungssumme (maximal 15 Mio. € je geschädigte Person)
  - Führen fremder gemieteter Fahrzeuge im Ausland (Mallorca-Police)
  - Zusammenstoß mit Tieren aller Art
  - Verzicht auf Einwand der groben Fahrlässigkeit bei allen berechtigten Fahrern
  - Neupreis- und Kaufwertentschädigung bis zu 24 Monate
  - Bergungskosten für Nutzfahrzeuge über 6 t Gesamtmasse bis 10.000 €
  - GAP-Deckung schließt bei Totalschaden die Lücke zwischen Wiederbeschaffungswert und Rest-Leasingwert
  - Allgefahren-Deckung für PKW
- Weitere Informationen:**  
<https://www.vkb.de/content/firmen-landwirte/unternehmen/kfz-versicherung/>

Megastudie über Mobilität in Bayern:

## Kompass für künftige Verkehrsplanung

Eine neue Mobilitätsstudie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (Infas) in Kooperation mit dem Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und dem Büro IVT Research GmbH zeigt, wie sich die Menschen im Freistaat bewegen. Insgesamt wurden dafür 100.000 Personen befragt, die in einer Zeitspanne von mehr als einem Jahr rund 300.000 Wege zurückgelegt haben.

Bayerns Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart verwies auf einer Pressekonferenz besonders auf den Unterschied zwischen den Städten und den ländlichen Regionen. Während die Menschen in den Ballungsräumen immer öfter auf das Auto verzichteten, sei der ländliche Raum nach wie vor sehr stark auf das Auto angewiesen. „Es gibt nicht das eine Verkehrskonzept, das überall in Bayern passt. Deswegen wollen wir den Kommunen einen Werkzeugkasten an die Hand geben, aus dem sie sich bedienen können. Wir haben jetzt verlässliche Daten und wissen, wie sich die Menschen in den Regionen bevorzugt fortbewegen. Auf dieser Grundlage kann jetzt von den Kommunen und Landkreisen das Angebot passgenau verbessert werden“, betonte Reichhart.

### Steuerung des Angebots

Auch müsse jeder selbst sein Verkehrsverhalten hinterfragen, bevor er mit dem Finger auf andere zeige. „Jeder muss wissen, dass er mit seiner Entscheidung für ein Verkehrsmittel das Angebot steuert“, so Reichhart. So zeige die Studie beispielsweise, dass jeder dritte Schüler mit dem Auto zur Schule gefahren wird und nicht den Schulbus oder das Fahrrad nimmt. Das produziere unnötigen Stau vor den Schulen.

Als erfreulich bezeichnete der Minister die Zahlen zum Radverkehr: „Wir stehen bundesweit gut da. Die bayerischen Städte schneiden in der Statistik gut ab. Das bestärkt uns darin, dass unser Radverkehrsprogramm den Nerv der Zeit getroffen hat.“ In Erlangen, der bayerischen Radhauptstadt,

liege der Radverkehrsanteil beispielsweise bei 28 Prozent, auch die Landeshauptstadt München schneide mit einem Radverkehrsanteil von 18 Prozent gut ab.

„Auch in den ländlichen Regionen sehen wir eine neue Entwicklung“, erläuterte Reichhart. Durch die E-Bikes würden immer weitere Strecken mit dem schnellen und vergleichsweise umweltfreundlichen Antrieb zurückgelegt. So erhöht sich die durchschnittlich zurückgelegte Wegstrecke mit dem E-Bike im Vergleich zum Fahrrad von 5,1 auf 7,3 Kilometer (plus 43 Prozent).

Nach Ansicht von Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ist es „gut und richtig, dass der Freistaat Bayern mehr Radschnellwege bauen will“. Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sei dank E-Bikes deutlich gestiegen.

„Gerade in den ländlichen Regionen des Freistaats hat das Fahrrad – neben den Autos – einen hohen Stellenwert. So ist es dort für viele Schüler noch selbstverständlich, mit dem Rad zur Schule zu fahren. Die E-Bikes erlauben nunmehr mehr Personen, weite Strecken zurückzulegen“, fuhr Brandl fort. Es sei erfreulich, dass dies die Staatsregierung erkannt hat und mit einem Ausbau der Fahrradwege entlang von Bundes- und Staatsstraßen darauf reagieren will: „Wir unterstützen dies nachdrücklich. Interessant wird es allerdings zu erfahren, wie die Staatsregierung die mit dem Bau der Radwege zwangsläufig verbundene Versiegelung der Landschaft mit dem von ihr selbst propagierten maximalen Flächenverbrauchsziel von 5 Hektar pro Tag in Einklang bringen will“, so Brandl abschließend. **DK**

Flughäfen München und Memmingen:

## Erfreuliche Bilanzzahlen

Am Münchner Airport und am Flughafen Memmingen stehen die Zeichen weiterhin auf Wachstum: Während der Flughafen MUC II im ersten Halbjahr 2019 mit mehr als 22,7 Millionen Reisenden (plus 5 Prozent) erneut einen Passagierrekord verzeichnete, legte Memmingen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 mit knapp 1,5 Millionen Passagieren noch einmal deutlich zu.

Die Anzahl der Starts und Landungen erhöhte sich am Münchner Flughafen um fast drei Prozent auf rund 205.000 Flugbewegungen. Wichtigster Wachstumsmotor bleibt die stetig steigende Nachfrage im internationalen Reiseverkehr. So wurden auf den internationalen Strecken von und nach München im ersten Halbjahr 2019 rund eine Million Fluggäste mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres befördert. Dabei wächst insbesondere der Interkontinentalverkehr überproportional: Der Anstieg des Passagieraufkommens auf den Langstrecken fiel mit 10,6 Prozent mehr als doppelt so hoch wie innerhalb Europas (plus 4,5 Prozent) aus.

Mit Blick auf die Klimawirkung des Luftverkehrs verwies Flughafenchef Dr. Michael Kerkloh auf die Initiative von über 190 europäischen Flughäfen, die sich im Rahmen der Generalversammlung des Flughafenverbandes ACI-Europe vor zwei Wochen zu einer konsequenten Dekarbonisierung verpflichtet haben. Der Flughafen München und die anderen Unterzeichner der „Net-Zero-Carbon“-Resolution wollen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen spätestens bis zum Jahr 2050 komplett auf netto Null absenken und

den unvermeidlichen Rest durch technologische Maßnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernen. Gerade aufgrund der völkerverbindenden Qualität des Fliegens lohnt es sich aus Kerklohs Sicht, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam für einen nachhaltigen und klimaverträglichen Luftverkehr einzutreten.

Auch im Geschäftsjahr 2018 landete der Flughafen Memmingen wieder in der Gewinnzone. Wie Geschäftsführer Ralf Schmid erläuterte, schreibe die Flughafen Memmingen GmbH solide schwarze Zahlen und werde dies auch weiterhin tun.

Weiter im Steigflug sind auch die Passagierzahlen. Endete das Geschäftsjahr 2017 mit dem Rekordwert von 1,18 Millionen Fluggästen, so legte man 2018 noch einmal kräftig um 26,5 Prozent zu. Insgesamt sieben Luftverkehrsgesellschaften flogen Memmingen 2018 im Linien- und Charterflugbetrieb an und bedienten dabei 50 Zielorte in Europa, Afrika und Asien. Im laufenden Jahr 2019 wird trotz zweiwöchiger Schließung zur Sanierung der Start- und Landebahn zwischen 17. und 30. September mit rund 1,65 Millionen Passagieren gerechnet. **DK**



Prof. Dr.-Ing. habil. Norbert Gebbeken (Präsident der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau, I.), Dr. Hans Reichhart (Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr), Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung). Bild: APB

Tagung an der Akademie für politische Bildung in Tutzing:

## Wenn die Mobilität im Stau steckt...

Auf allen Verkehrswegen in den wachsenden Metropolregionen steckt die Mobilität im Stau, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten. Wie kann das steigende Bedürfnis nach Mobilität befriedigt werden? Wie kann man diesen Verkehrsfluss optimieren?

Diese Fragen wurden unter Leitung von Professor Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, in Zusammenarbeit mit Professor Dr. Ing. habil. Norbert Gebbeken, Präsident der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau, mit einem hochkarätigen Publikum diskutiert.

### Ständige Hauptverkehrszeit

Wie schon jetzt spürbar, beschränkt sich die Hauptverkehrszeit nicht mehr auf die klassischen Pendlerzeiten morgens und abends. „Bis 2030 werden wir immer Hauptverkehrszeit haben“, sagte Arne Lorz, Hauptabteilungsleiter der Stadtentwicklungsplanung der Landeshauptstadt München. Würden jedoch alle Pendler auf den öffentlichen Personennahverkehr umsteigen, würde dieser kollabieren, da der ÖPNV nicht für diese Menschenmengen ausgelegt ist. Ingo Wortmann, Vorsitzender der Münchner Verkehrsgesellschaft (MGV) bestätigte, dass wir jetzt schon diese Kapazitäten überschreiten.

### Mobilität muss neu gedacht werden

Sicher ist es dringend notwendig, S-, U-, Tram- und Buslinien weiter auszubauen – doch auch neue Möglichkeiten der Fortbewegung, wie Radschnellwege, Seilbahnen und Flugtaxis sind in Betracht zu ziehen. „Wir werden noch viel sehen, was man sich heute noch gar nicht vorstellen kann“, glaubt Gerhart Wulforst, Professor für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung an der TU München. Eine Mischung aus privatem und öffentlichem Verkehr ist sinnvoll, um die zur Verfügung stehenden Kapazitäten voll zu nutzen.

Warum soll eine U-Bahn in den Nachtstunden nicht zusätzlich zum Transport von Waren genutzt werden? Eine bessere Verteilung der Mobilitätsströme im Personen- und Lastverkehr über 24 Stunden hinweg wäre ein Puzzlestück, um den Dauerstau in den Ballungszentren zu entlasten. Ein Pilotprojekt in München: Die Anlieferung von Paketen erfolgt nachts an einen „Hotspot“ und wird tagsüber über Lastenfahräder im näheren Umkreis ausgeliefert.

### Rivalitäten, Eitelkeiten und Inseldenen

Wir sprechen von Metropolregionen – doch leider bleibt die tatsächliche Mobilität oft an kommunalen Grenzen stecken. „Rivalitäten, Eitelkeiten und Inseldenen müssen der Vergan-

genheit angehören“, erklärte der Münchner Landrat Christoph Göbel.

Hans Reichhart, Bayerischer Staatsminister für Wohnen und Bauen, geht noch einen Schritt weiter – er verfolgt das Ziel, jeden Weiler zu erreichen. Dafür stellt er sich eine Erweiterung der Verkehrsverbünde, Rufbusse und die Einbindung von Taxis vor. Magnetschwebebahnen und Flugtaxis sind einen Versuch wert, so Reichhart. Konkret muss jedoch der Schienenverkehr mit Überholstrecken und Elektrifizierung umgerüstet werden. Zur Buchung der unterschiedlichsten Mobilitätskomponenten möchte Reichhart „eine Mobilitätsplattform, die diesen Namen auch verdient“.

### Erforderliche Parkraumverknappung

Der ÖPNV muss schneller und nachhaltiger werden. Da das Parken in der Stadt einfach uneffizient gegenüber der dringend benötigten Fläche für alternative Fortbewegungsmöglichkeiten ist, „werden wir um eine Parkraumverknappung nicht herumkommen“, so Martin Geilhufe vom BUND Naturschutz in Bayern e.V. Eine Kombination aus Car- und Bikesharing, unterstützt durch den ÖPNV kann eine durchführbare Lösung sein. Auch Arbeitgeber denken in diesem Bereich neu und stellen ihren Mitarbeitern Fahrradabstellplätze, E-Bike-Ladestationen und Duschen zur Verfügung. Ein vielversprechender Anfang.

### Robotaxis als Verkehrsmittel für den individuellen öffentlichen Verkehr

Klaus Bogenberger, Professor für Verkehrstechnik an der Universität der Bundeswehr München, stellte Robotaxis als Verkehrsmittel für den individuellen öffentlichen Verkehr vor. Sie holen Ihre Fahrgäste individuell im Stadtgebiet ab, die Nutzung ist von mehreren Kunden gleichzeitig möglich – man fährt eine gewisse Strecke gemeinsam. Die automatische Abstimmung zwischen diesen autonomen Fahrzeugen würde Ampeln überflüssig machen. Allerdings ist eine ausreichend große Flotte dieser Autos nötig, um die Umweltbilanz nicht durch unnötige Leerfahrten zu verschlechtern.

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur ist eine komplexe Angelegenheit mit sehr vielen spannenden Komponenten, die ineinander greifen müssen. Eine Abstimmung zwischen Verkehrsplanern, ÖPNV, Kommunen und Nutzern ist unerlässlich. **Inge Metzger**

VDV-Jahrestagung 2019 in Mannheim:

## Innovationen für die Verkehrswende

Unter dem Leitthema „Zukunft gestalten: Innovationen für die Verkehrswende“ fand in Mannheim die Jahrestagung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) statt. Rund 850 hochrangige Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Verkehrsbranche diskutierten aktuelle Perspektiven und künftige Herausforderungen eines modernen öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs in Deutschland.

Unter anderem wurden dabei das Pilotprojekt „Modellstadt Mannheim“ präsentiert sowie das 365-Euro-Ticket als Lösung für die städtische Verkehrswende, die Relevanz von leistungsfähiger Infrastruktur und ausreichenden Kapazitäten und die Personalgewinnung als Erfolgsfaktor des öffentlichen Verkehrs erörtert. Auch gründeten VDV und Start-Ups ein „New Mobility Forum“.

Ein klimafreundlicher, attraktiver, bezahlbarer und effizienter ÖPNV ist ein absolut entscheidender Erfolgsfaktor, wenn die Verkehrswende gelingen soll. Ziel ist es, dass bis 2030 der ÖPNV bundesweit um rund ein Drittel wächst. Das geht nur mit moderner, digitalisierter Infrastruktur, ausreichend Fahrzeugen und qualifiziertem Personal, wie Ingo Wortmann, Präsident des Branchenverbands VDV und Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), ausführte. Ein ÖPNV zum Nulltarif oder für einen Euro am Tag bedeute allerdings hohe und dauerhafte Finanzierungsversprechen für die Kommunen und Länder. Zudem sei der Fahrpreis nicht das entscheidende Kriterium für den Umstieg auf Bus und Bahn.

### Tipps zur Preisgestaltung

„Ein gutes ÖPNV-Angebot muss entsprechend finanziert werden. Moderne Fahrzeuge und Infrastrukturen, ausreichende Kapazitäten und gutes Personal kann man von einem 365-Euro-Jahresticket nicht bezahlen. Das funktioniert nirgendwo auf der Welt ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Die Stadt Wien zum Beispiel, auf deren „Wiener Modell“ in diesem Zusammenhang immer gerne verwiesen wird, gibt jährlich rund 400 Millionen Euro für den dortigen Nahverkehr aus. Die Kommunen und Länder, die momentan intensiv über eine solche Preisgestaltung nachdenken, sind also gut beraten, intensiv zu prüfen, ob und wie sie so ein Modell dauerhaft finanzieren können. Ein 365 Euro-Ticket kann bei stetig wachsendem ÖPNV-Angebot für die Städte und Länder richtig teuer werden“, erläuterte Wortmann.

Anlass für seine Aussagen sind die im Rahmen der Konzepte zur Emissionsminderung im städtischen Verkehr vermehrt auftretenden Forderungen von 365-Euro-Ticketmodellen nach Wiener Vorbild.

Aus Sicht des Verbandes werden diese Konzepte jedoch bislang nicht ganzheitlich betrachtet und geplant. „Man macht den dritten Schritt vor dem ersten, wenn man zunächst die Ticketpreise drastisch reduziert, bevor man die nötigen Voraussetzungen für einen attraktiven Nahverkehr vor Ort geschaffen hat. Erst muss die Infrastruktur ausgebaut und modernisiert werden, dann müssen über zusätzliche Fahrzeuge und qualifizierte Personale die Angebotskapazitäten erhöht werden, also dichtere Takte usw. Und zuletzt, wenn diese Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden und das zur Verfügung stehende Bus- und Bahnangebot modern und attraktiv für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger ist, kann man als weitere Maßnahme auch über die Reduzierung der Ticketpreise nachdenken. So hat Wien es gemacht und dieser Prozess hat dort etwa 20 Jahre gedauert. In Deutschland will man jetzt das Pferd von hinten aufzäumen, das halten wir für einen gro-

ßen Fehler. Zumal der Fahrpreis gar nicht das entscheidende Argument für einen Umstieg ist“, erklärte der VDV-Präsident.

Die Einnahmen der ÖPNV-Unternehmen aus dem Verkauf von Tickets lagen im Jahr 2018 bei knapp 13 Milliarden Euro bundesweit. Jeden Euro davon investieren die Unternehmen direkt wieder in den Ausbau, die Modernisierung und ins Personal. Wortmann zufolge ist in Deutschland ein gutes und sich konstant weiterentwickelndes ÖPNV-Angebot ohne die wichtigste Finanzierungsquelle der Ticketeinnahmen nicht mehr vorstellbar. Die Kunden leisteten durch ihren Ticketkauf einen wertvollen Beitrag für ein leistungsfähiges Gesamtsystem, das sie für ihren bezahlten Fahrpreis auch zu Recht erwarten dürfen.

Bei einem Preis von einem Euro am Tag würde dieses Prinzip von Leistung und Gegenleistung nicht mehr funktionieren. Die fehlenden Ticketeinnahmen müssten durch andere Finanzierungsquellen aufgefangen werden. Dies bedeute, dass entweder die Steuerzahler zur Kasse gebeten würden oder man führe, wie zum Beispiel in Wien, zusätzliche Abgaben ein, die in voller Höhe und zweckgebunden direkt dem ÖPNV zugute kommen. Die Mittel für die Investitionen in den Nahverkehr dort kämen unter anderem aus einer extra eingeführten U-Bahn-Steuer sowie aus deutlich erhöhten Parkgebühren im Stadtgebiet. „Das Beispiel zeigt: Am Ende müssen pro Stadt hohe zwei- bis dreistellige Millionenbeträge zusätzlich jährlich in den ÖPNV fließen. Und zwar dauerhaft und planbar, denn Aus- und Neubau von Infrastruktur oder die Beschaffung neuer Fahrzeuge hat mehrere Jahre Vorlauf“, so Wortmann.

### Für moderne Infrastruktur

Der VDV empfiehlt, sich bei den Maßnahmen für die Verbesserung der Luftqualität in den Städten nicht zu eindimensional auf die Senkung Ticketpreise zu fokussieren. Vielmehr müssten Bund und Länder zunächst die Rahmenbedingungen anpassen, um das Wachstum und den Ausbau des umweltfreundlichen Nahverkehrs zu beschleunigen.

„Was wir dringend benötigen, um mehr Fahrgäste zu befördern und attraktiver für neue Kunden zu werden, sind mehr Kapazitäten und eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur. Um das schnell voranzukommen, haben Bund und Länder die nötigen gesetzlichen Hebel in der Hand: Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, das ab 2020 stufenweise auf eine Milliarde Euro erhöht werden soll, muss unserer Ansicht nach auch für Maßnahmen zur Grunderneuerung und Modernisierung geöffnet werden. Damit die zusätzlichen Mittel ab 2020 überhaupt fließen können, muss bis Ende dieses Jahres eine Novellierung des GVFG erfolgen. Für den Angebotsausbau benötigen wir in den kommenden Jahren zusätzliche neue Fahrzeuge. Die Beschaffung können die Länder über entsprechende Förderprogramme unterstützen und beschleunigen. Und schließlich brauchen wir auch für die Bauprojekte der städtischen Schienensysteme eine Planungsbeschleunigung durch den Bund, analog zu der, die es bei der Eisenbahn seit etwa einem Jahr gibt“, hob Wortmann hervor. **DK**

1.000 Schulen für unsere Welt:

## Weitere Erfolgsmeldungen!

Landrat Rößle bei der Einweihung weiterer Schulen in Afrika

Die guten Nachrichten nehmen kein Ende! Die Idee von Landrat Stefan Rößle, bis zum Jahr 2020 in seinem eigenen Landkreis Donau-Ries zehn Schulen für Afrika zu initiieren, hat inzwischen weite Kreise gezogen. Fast schon wie in einem Schneeballsystem begeistert ein neuer Spender weitere Freunde, die sich ihrerseits für Schul- und Hilfsprojekte in unserem südlichen Nachbarkontinent engagieren. In der kurzen Zeit kamen rund um Rößle an die hundert Schulen zusammen. Jetzt war er für drei Tage mit einer Delegation aus Aalen in Vilankulo/Mosambik.

Die Städte Aalen und Vilankulo im afrikanischen Mosambik schlossen im vergangenen Jahr einen Städtefreundschaftsvertrag. Daraus entstanden mittlerweile eine ganze Reihe gemein-

wieder abgesagt werden. Zudem haben nicht alle Klassen in den Blechhütten Schulmöbel. Es wäre ein großer Gewinn, wenn es durch weitere Spendenprojekte möglich wäre, für dieses



Landrat Stefan Rößle freut sich gemeinsam mit den Kindern von Vilankulo über die neue Schule.

samer Initiativen. Ziel der jüngsten Delegationsreise waren zum einen die Einweihung von erfolgreich abgeschlossenen Partner-Projekten, gemeinsame Arbeitskreissitzungen und die Besprechung weiterer möglicher Kooperationen sowie die Vertiefung der Städtefreundschaft.

### Initiatoren sind gefordert!

„Meistens braucht es jemanden, der laut sagt: ‚da machen wir mit‘, erläuterte Rößle. Häufig sind dies seine Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik; zahlreiche Landräte sind inzwischen mit im Boot. Viel zu danken ist bei der Aalener Partnerschaft dem Präsidenten der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft, Siegfried Lingel, zugleich Honorargeneral-Konsul der Republik Mosambik. Er war der Initiator der Städtefreundschaft und organisierte immer wieder Veranstaltungen, um Partnerschaftsprojekte wie z. B. die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ in Aalen zu forcieren.

### Vorbildliche Partnerschaft

„Zusammenfassend kann ich sagen, dass die gelebte Freundschaft zwischen den Städten Aalen und Vilankulo vorbildlich ist“, betonte Rößle. „Gemeinsam wurden nicht nur mehrere Vorschul- und Schulprojekte initiiert, sondern wichtige Vorhaben wie Berufsschulbildung, gemeinsame kulturelle Aktivitäten, Unterstützung im Bereich der Abfallwirtschaft und eine gute Zusammenarbeit mit den Hochschulen beider Länder ins Leben gerufen. Die Städtefreundschaft wird erfolgreich gelebt. Die Delegationsreise hat hierfür sehr anschauliche und interessante Einblicke gegeben und die Basis für eine noch engere und tiefere Zusammenarbeit geschaffen.“

### Hilfe für eine Primary School

Nach der Besichtigung der Stadt Vilankulo ging es direkt zu einer Primary School mit insgesamt 1.300 Schülern, die im Freien bzw. teilweise in einfachen Blechhütten unterrichtet werden. „Der Unterricht war, so mein Eindruck, mit den vorhandenen Möglichkeiten recht gut organisiert, er muss allerdings bei schlechtem Wetter immer

auch die Firma Schwabenpräzision aus Nördlingen einbezogen. Deren Vertreter zeigten bereits Interesse an einem Berufsschulprojekt. Rößle wird ein weiteres Treffen koordinieren.

### Berufsausbildung muss ausgebaut werden

Aus Sicht des bayerischen Landrats wurde bei der Delegationsreise deutlich, dass die Berufsausbildung in Mosambik noch ausgebaut werden muss. „In Mosambik legen junge Leute offensichtlich ihr Augenmerk insbesondere darauf, nach Ablauf der Schule (Primarstufe bis zur 7. Klasse, anschließend Sekundarstufe bis zur 10. bzw. bis zur 12. Klasse) zu studieren. Es entstand allgemein der Eindruck, dass Berufe wie Techniker, Mechaniker, Elektriker oder auch Verwaltungsfachkräfte zwar dringend benötigt werden, ihnen aber offensichtlich nicht die notwendige Bedeutung beigemessen wird“, bedauerte Rößle.

### Bau einer Lehrküche

Anlässlich der Besichtigung des Berufsschulzentrums in Vilankulo erfolgte gleich der Spatenstich zu einem neuen Projekt, das die Herren Friedrich und Pleiss von der Friedrich Hospitality Foundation ins Leben gerufen haben. Sie finanzieren auf dem Gelände des Berufsschulzentrums in Kooperation mit der Stiftung FDC den Bau einer Lehrküche. Friedrich und Pleiss möchten sich mit diesem Projekt an der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ beteiligen. „Für die Friedrich Hospitality Foundation hat eine Kooperation mit uns den Vorteil, dass sie bei den Hotelgästen mit dem Hinweis auf unsere Initiative ‚1.000 Schulen für unsere Welt‘ unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Dr. Gerd Müller werben können“, freute sich Rößle. Vielleicht finden sich unter den künftigen Hotelgästen so ebenfalls weitere Mäzene; zu wünschen wäre es!

### München:

### Leistungsfähige Infrastruktur für den Nahverkehr

(BBIV) München. „Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat gute Nachrichten für die bayerische Landeshauptstadt: Die neue U9 wird zusammen mit der Zweiten S-Bahn Stammstrecke Münchens Nahverkehr zukunftsicher machen“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des bayerischen Bauindustrieverbandes, zur Bekanntgabe. „Das wird eine Lösung aus einem Guss. Die neue U9 wird die bestehenden U-Bahnlinien entlasten und das Gesamtsystem leistungsfähiger machen.“

Durch die Umplanungen kann die Leistungsfähigkeit der Zweiten S-Bahn Stammstrecke um rund 25 Prozent gesteigert werden. Davon profitieren sowohl die Münchner wie auch der Ländliche Raum in Bayern. Dass dafür der Bau der Zweiten S-Bahn Stammstrecke um zwei Jahre länger dauert, ist auf jeden Fall hinnehmbar,“ so Schmid. „Nur mit einem leistungsfähigen Schienennahverkehrssystem hat München die Chance, die Klimaziele einzuhalten.“



Die Delegation des Verbands der exportierenden Gartenbauwirtschaft (EHPEA) aus Äthiopien um Geschäftsführer Tewodros Zewdie (hinten, Dritter von rechts) und das bfz-Team um Ingrid Schmidt (vorne, Zweite von rechts), Leiterin des bfz Landshut, wurden von Oberbürgermeister Alexander Putz empfangen. □

## Landshut ist Vorbild für Afrika

Das bfz Landshut unterstützt die äthiopische Gartenbauwirtschaft beim Aufbau eines Bildungsinstituts

Landshut. Eine Delegation des Verbands der exportierenden Gartenbauwirtschaft (EHPEA) aus Äthiopien hat sich bei einem dreitägigen Aufenthalt in Landshut unter der Regie des beruflichen Fortbildungszentrums (bfz) der bayerischen Wirtschaft über berufliche Aus- und Weiterbildung informiert. Das bfz und seine überregionale Abteilung „Internationale Zusammenarbeit“ unterstützen des EHPEA im Rahmen eines sechsjährigen Partnerschaftsprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beim Aufbau eines brancheneigenen Bildungsinstituts in Äthiopien.

Neben Workshops im bfz Landshut zum Aufbau von Organisations- und Verwaltungsstrukturen, zur Entwicklung von Lehrinhalten und zur Vermarktung von Fortbildungskursen besuchte die Gruppe um EHPEA-Geschäftsführer Tewodros

Zewdie auch das Agrarbildungszentrum am Lurzenhof. Außerdem tauschten sich die Delegationsmitglieder gemeinsam mit bfz-Leiterin Ingrid Schmidt und bfz-Projektleiter Torsten Schultheiß bei einem kleinen Empfang im Rathausprunksaal

mit Oberbürgermeister Alexander Putz aus.

„Wir haben gute klimatische und geografische Voraussetzungen für eine ertragreiche Gartenbauwirtschaft in Äthiopien“, sagte Zewdie. „Bereits jetzt stammt ein Großteil der Schnittblumen in deutschen Supermärkten aus unserem Land und wir exportieren etwa die Hälfte des äthiopischen Kaffees in die Bundesrepublik. Aber im beruflichen Bildungswesen haben wir noch Nachholbedarf. Wir wollen moderne Strukturen für Aus- und Fortbildung etablieren, die von der Wirtschaft getragen werden, um die Leistung und die Ergebnisse unserer Branche noch besser zu machen.“ Aktuell seien rund 200.000 Menschen in der äthiopischen Gartenbauwirtschaft beschäftigt. Der Sektor habe im vergangenen Jahr Waren im Wert von rund 307 Millionen US-Dollar exportiert und gehöre damit zu den fünf wichtigsten Branchen des Landes.

### Die Wirtschaft in Afrika stärken

Oberbürgermeister Putz lobte das Engagement des bfz und der afrikanischen Gäste: „Der entscheidende Punkt für erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit ist, die Wirtschaft in Afrika zu stärken. Nur praktische Hilfe zur Selbsthilfe ist langfristig sinnvoll für den Kontinent und die Menschen. Wir freuen uns sehr, dass Landshut mit Ingrid Schmidt und dem bfz-Team einen großen Beitrag dafür leisten kann.“ Zum Abschluss ihres Aufenthalts in Landshut besuchte die Delegation noch regionale Gartenbaubetriebe. □



Bild: Landratsamt Passau

## Erdverkabelung ist jetzt eine Option

Positive Nachricht von Wirtschaftsminister Aiwanger: 380-kV-Leitung von Pirach nach Pleinting kann teilweise unter der Erde verlegt werden

Mit einer Resolution der Landkreise Passau und Rottal-Inn als Rückenwind gelang es jetzt Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, den Weg für eine teilweise Erdverkabelung der geplanten 380-kV-Leitung zwischen Pirach und Pleinting frei zu machen. Diese Forderung hatte Landrat Franz Meyer auch beim Besuch Aiwangers im Frühjahr nochmals zum Ausdruck gebracht.

Bisher beschränkten sich die Planungen ausschließlich auf eine Freileitung. Um auch die Möglichkeit einer Erdverkabelung prüfen zu lassen, hatten sich die Landräte der Landkreise Rottal-Inn und Passau, Michael Fahmüller und Franz Meyer zusammen mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden mit einer Resolution an Bundestag und Bundesregierung gewandt. Weil man sich dazu in Haarbach getroffen hatte, erhielt die Botschaft nach Berlin den Namen „Haarbacher Erklärung“.

### Haarbacher Erklärung

Nach einer Mitteilung der „Taskforce Netzausbau Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie konnte von „Staatsminister Hubert Aiwanger im Rahmen von Verhandlungen mit dem Bund zu umstrittenen Netzausbauprojekten in Bayern erreicht werden, dass für das noch am Anfang stehende Projekt des Ersatzneubaus der 380-kV-Leitung Pirach – Pleinting zumindest ei-

ne abschnittsweise Erdverkabelung ermöglicht werden soll.“ Landrat Franz Meyer wertet diesen Erfolg der „Haarbacher Erklärung“ als Zeichen, wie wirkungsvoll eine „Region wirken kann, die sich einig zeigt“.

### Resolution unterzeichnet

Unterzeichner der Resolution sind neben den beiden Landräten die Bürgermeister der Städ-

te, Märkte und Gemeinden Aidenbach, Aldersbach, Beutelsbach, Haarbach, Vilshofen a.d. Donau, Bad Birnbach, Bayerbach, Simbach am Inn, Stubenbergring, Triftern und Wittibret.

Nach der entsprechenden Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes besteht damit für die Firma TENNET TSO GmbH als Vorhabensträgerin die Möglichkeit, in den Planungs- und Genehmigungsverfahren eine abschnittsweise Erdverkabelung zu prüfen. Forderungen nach einer Erdverkabelung sollten dann im Rahmen der jeweiligen Genehmigungsverfahren eingebracht werden. □

## Schuldsspruch ohne Strafe für Wolbergs

Mit einem Schuldsspruch, aber ohne Strafe ging der Korruptionsprozess gegen den suspendierten Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs zu Ende.

Weil der 48-Jährige sich lediglich in zwei Fällen der Vorteilsnahme schuldig gemacht habe, verkündigte die Vorsitzende Richterin Elke Escher einen „Fast-Freispruch“. Sein Amt im Rathaus darf er vorerst nicht wieder aufnehmen. Die Richterin bezeichnete die Folgen des Prozesses für Wolbergs als dramatisch, zumal die sechswöchige Untersuchungshaft die Suspendierung aus dem Amt nach sich zog. Durch das Verfahren sei der Oberbürgermeister letztlich ruiniert, so Escher. Er sei damit „bestraft fürs Leben“. An der Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft übte das Gericht scharfe Kritik. Sie habe schwere, „geradezu abendteuerliche“ Fehler begangen. Letztlich zählten zwei Fälle der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit Parteispenden. Dabei ging es insgesamt um 150.000 Euro. In den übrigen Anklagepunkten wurde er frei gesprochen. □

Bayerische Landräte tagen bei EDEKA Südbayern Handels Stiftung & Co. KG:

## Zukunftsherausforderung Mobilität dominiert Agenda

Auf Einladung des Eichstätter Landrates Anton Knapp fand die jüngste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistags bei der EDEKA Südbayern Handels Stiftung & Co. KG statt. Diese feierte vor kurzem ihr 100-jähriges Bestehen. Grund genug für Anton Knapp, seinen Kolleginnen und Kollegen aus allen bayerischen Landkreisen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Führungsspitze über aktuelle Themenfelder und Lebensmitteltrends auszutauschen sowie das neue Verwaltungs- und Vorstandsgebäude in Gaimersheim zu besichtigen.

Die eigentliche Sitzung des Ausschusses, der viermal im Jahr zusammen kommt, um aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen zu beraten, war durch den Öffentlichen Personennahverkehr dominiert. So standen unter anderem erste grundlegende Festlegungen des Bayerischen Landkreistags für den durch Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart einberufenen Zukunftsrat ÖPNV auf der Agenda.

### Auf Bedarfe Rücksicht nehmen

Die bayerischen Landrätinnen und Landräte erwarten sich vom jetzt eingesetzten Zukunftsrat ÖPNV ein bayernweites aufeinander abgestimmtes ÖPNV-Angebot, das mit hoher Qualität und Zuverlässigkeit auf die unterschiedlichen Bedarfe in den Städten und im ländlichen Raum Rücksicht nimmt und durch ein landesweites Tarifsystem geprägt ist. Der als Stellvertreter in den Rat entsandte Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, Landrat Franz Löffler, ist überzeugt, dass ÖPNV und Mobilität insgesamt

eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft ist: „Das gilt nicht nur für die Ballungsräume, sondern gerade auch für die ländlichen Räume. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass „Angebot vor Tarif“ gelten muss. Denn was hilft uns eine optimierte Tarifstruktur, wenn das Angebot nicht passt oder gar völlig unzureichend ist.“

### Verknüpfung von Individualverkehr und ÖPNV

Landrat Franz Löffler will vor allem auch erreichen, dass innovative Mobilitätsformen entwickelt werden und ein besonderes Augenmerk auf die Verknüpfung von Individualverkehr und ÖPNV gelegt wird. Das sei gerade im ländlichen Raum wichtig.

Der Zukunftsrat ÖPNV wird in seiner Arbeit auf der gemeinsamen Erklärung aufsetzen, die vom Freistaat und den Kommunalen Spitzenverbänden am 29. April 2019 im Rahmen des ÖPNV-Gipfels unterzeichnet wurde. Seine Aufgabe ist es, in den kommenden zwei Jahren als regelmäßig tagender Beirat die

Entwicklung der ÖPNV-Strategie zu begleiten und über Ziele und Maßnahmen zu beraten. Die ÖPNV-Strategie soll dazu beitragen, die Systeme des ÖPNV im Sinne einer nachhaltig vernetzten Mobilität weiterzuentwickeln.

Auf den Autobahnen in Bayern hat sich der Verkehr in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Die Verkehrsleistung des motorisierten Personenverkehrs wird bezogen auf das Jahr 2007 bis 2025 um 22,5 % zunehmen. Auch bei der Schiene soll das Wachstum überproportional hoch ausfallen, so dass der Anteil der Personenverkehrsleistung dort von rund 8 % auf über 10 % ansteigt.

### Akuter Handlungsbedarf

Nicht nur diese eindrucksvollen Zahlen, sondern auch die Diskussion um Klimaschutz und Diesellost belegen, dass im Bereich der Verkehrsentwicklung akuter Handlungsbedarf besteht. Um dem zunehmenden Verkehrsbedürfnis Rechnung tragen zu können, ist eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) unumgänglich. Dabei sind die Herausforderungen in den einzelnen Landesteilen höchst unterschiedlich. Während in und um die Ballungsräume die Kapazitätsgrenzen erreicht sind, muss in dünn besiedelten Landkreisen ein attraktiver ÖPNV oft erst flächendeckend aufgebaut werden. □

Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zum Öffentlichen Personennahverkehr:

## Perspektiven für den Landkreis Donau-Ries

Wie so viele Bereiche ist auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) einem immer schnelleren und unvorhersehbaren Wandel unterworfen. Dies gilt sowohl aus rechtlicher und finanzieller Sicht, als auch im Hinblick auf technische oder planerische Ausführung. Der vom Kreistag des Landkreises Donau-Ries im Jahr 2015 neu beschlossene Nahverkehrsplan definiert im Wesentlichen die Buslinien, enthält aber auch Qualitätsstandards für die Fahrzeuge und Vorgaben für weitere Planungen, wie etwa die Einführung von Rufbussen. Damit deckt der Nahverkehrsplan einen Planungshorizont von etwa fünf bis zehn Jahren unter Berücksichtigung der aktuell absehbaren Entwicklung ab.

Allein dies ist Sinn und Zweck eines solchen. Keine Aufgabe des Nahverkehrsplans hingegen ist es, visionäre Gedanken über diesen zeitlichen Planungshorizont hinaus zu entwerfen und dabei Eventualitäten und mögliche Entwicklungen mit einzubeziehen. Hierzu hat sich nun Landrat Stefan Rößle zusammen mit seiner Verwaltung, Gedanken gemacht und ein Konzeptpapier „Visionen ÖPNV – Zukunftsperspektiven für den Landkreis Donau-Ries“ erarbeitet, das über den sprichwörtlichen Tellerand hinaus blickt.

Dieses Konzeptpapier wurde

in einem ersten Schritt, unabhängig von Fragen der Finanzierung und Umsetzbarkeit der Ideen, zusammengetragen. In einem zweiten Schritt wurden die Maßnahmen dann hinsichtlich sinnvoller Umsetzbarkeit, Kosten und Nutzen bewertet und kürzlich im Ausschuss des Landkreises für Wirtschaft, Verkehr und Technologie vorgestellt.

Jürgen Kunofsky, Teamleiter des Bereichs ÖPNV und Schülerbeförderung am Landratsamt, stellte über 30 Ideen vor, wohin sich der künftige öffentliche Personennahverkehr im Landkreis entwickeln

könnte. Die Palette reichte von der Ausgestaltung der Fahrzeuge (Hybridfahrzeuge, reine Elektrobusse, Sitzplatzoptimierung, W-LAN in allen Fahrzeugen) über flexiblere Bedienkonzepte (wie „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“) bis hin zu den Themen Autonomes Fahren, E-Ticketing (Handy dient als Fahrkarte) und guter Internet-Auftritt bzw. Bereitstellung der zugehörigen App. Aber auch völlig unkonventionelle Fahrwege und Fahrzeugarten wie der Einsatz von Seilbahnen (visionär Anbindung Parkstadt an Kernstadt Donauwörth) oder der Einsatz von Flugtaxen kamen zur Sprache.

### Was heute noch wie Science-Fiction anmutet, kann bereits morgen Realität sein

Mit den Worten „was heute noch wie Science-Fiction anmutet, kann bereits morgen Realität sein“, beschrieb Landrat Rößle diese Möglichkeiten, die zwar insbesondere in Ballungsräumen ihre Vorteile haben, aber auch im Landkreis nicht ganz ohne Bedeutung sind. „In einigen Städten im Landkreis muss aktuell bereits die Erfahrung gemacht werden, dass ein Bus als konventionelles ÖPNV-Mittel eben auch im Stau steckt“, so der Landrat.

Die Ideen dürfen aber nicht nur auf dem Papier bleiben. Die Bürgerinnen und Bürgern sollen in Zukunft einen flexibleren und den sich ändernden Ansprüchen gerecht werdenden ÖPNV nutzen können. Es wurde daher aus den Reihen der Kreistagsfraktionen die Arbeitsgruppe „Mobilität der Zukunft“ eingerichtet. Diese soll nun konkrete und umsetzbare Projekte erarbeiten, die dann im zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. □



Von rechts: Landrat Franz Löffler, Landkreis Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, Landrat Gerhard Wagemann, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, Claus Hollinger, Geschäftsführender Vorstand der EDEKA Südbayern Handels Stiftung & Co. KG, Landrat Josef Laumer, Landkreis Straubing-Bogen, Landrat Anton Knapp, Landkreis Eichstätt, Landrat Wilhelm Schneider, Landkreis Haßberge, Landrat Heinrich Trapp, Landkreis Dingolfing-Landau, Landrat Eberhard Nuß, Landkreis Würzburg, Landrat Hans-Joachim Weirather, Landkreis Unterallgäu, Landrat Georg Grabner, Landkreis Berchtesgadener Land, Landrat Wolfgang Lippert, Landkreis Tirschenreuth, Landrat Karl Roth, Landkreis Starnberg, Peter Görlich, Referent beim Bayerischen Landkreistag, Dr. Oliver Bär, Landkreis Hof. □

## ÖPNV im Mittelpunkt

Gemeinsame Tagung der Landräte aus der Oberpfalz und Niederbayern in Amberg

Es ist und bleibt eine enorme Herausforderung, die die Landräte aus der Oberpfalz und aus Niederbayern ins Visier genommen haben. Die Landkreise wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im ländlichen Raum stärken und weiter voranbringen. Ziel ist ein bayernweit aufeinander abgestimmtes Angebot, das auf die unterschiedlichen Bedarfe in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum abgestimmt ist. Das reicht von Rufsystemen, wie es sie beispielsweise mit dem „Baxi“ im Landkreis Tirschenreuth bereits gibt, bis hin zu einem einheitlichen Tarifsystem.

„Eine Herkulesaufgabe“, wie es der Amberg-Sulzbacher Landrat Richard Reisinger, Sprecher der Oberpfälzer Landräte, auf der Pressekonferenz im Anschluss an die gemeinsame Tagung der Oberpfälzer Landräte mit den Kollegen aus Niederbayern im Landratsamt Amberg-Sulzbach betonte. Dabei legen die Landräte laut Reisinger Wert darauf, dass „im ländlichen Raum Angebot vor Tarif“ gelte.

### Auf Augenhöhe mit den Metropolen agieren

„Wir müssen den ÖPNV voranbringen“, ergänzte der Sprecher der Landräte aus Niederbayern, der Passauer Landrat Franz Meyer. Dabei zielt er auf eine Förderung vom Freistaat Bayern ab, um im ländlichen Raum „auf Augenhöhe mit den Metropolen agieren zu können“. Die Mittel seien von rund 50 auf etwa 96 Millionen Euro gestiegen, das sei gut, aber dieser Weg müsse auch konsequent weitergegangen werden, um die Menschen in den Flächenlandkreisen nicht abzuhängen, hob Meyer hervor.

Über die Perspektiven für die Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs tauschten sich die Landräte bei der Tagung auch mit Ministerialdirigent Karl Schumacher vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr aus. Der Leiter der Abteilung Vernetzte Mobilität und ÖPNV referierte zum Thema „Zukunft des ÖPNV“ und eine bedürfnisgerechte Mobilität mit wenig Verkehr.

### Breitbandausbau und Mobilfunk

Aber nicht nur der ÖPNV brannte den Landräten unter den Nägeln, auch die Themen Breitbandausbau und Mobilfunk seien im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. So wünscht sich Landrat Franz Meyer beispielsweise einen 5G-Korridor zwischen München und Prag.

Langsames Internet wäre ein Standortnachteil für Firmen, deshalb müsse der Breitbandausbau weiter vorangetrieben werden. Dabei betonte Meyer die Spitzenpositionen von Niederbayern und der Oberpfalz auf dem Arbeitsmarkt. Beide Bezirke hätten die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Das sei auch beim Austausch mit den Geschäftsführern der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Dr. Georg Haber, und der Industrie- und Handelskammern Niederbayern und Regensburg für die Oberpfalz/Kelheim, Alexander Schreiner und Dr. Jürgen Helmes, deutlich gemacht worden. „Da liegt die Oberpfalz gut“, so der Passauer Landkreischef.

### Flächenverbrauch

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter ging noch auf das Thema Flächenverbrauch ein. „Wir nehmen das ernst und wollen unsere Heimat bewahren, die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung von Arbeitsplätzen dürfe aber nicht darunter leiden. Betriebe müssen wachsen können“, sagte Bernreiter auf der Pressekonferenz. Zugleich ging er auf die Definition von „versiegelter Fläche“ ein. Demnach sei sogar der Englische Garten in München eine versiegelte Fläche. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags sprach sich in diesem Zusammenhang gegen einen Zertifikatshandel von Flächen aus.

### Digitalisierung

Zum Abschluss ging der Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistags, Dr. Johann Keller, auf das Thema Digitalisierung in der Verwaltung und an Schulen ein. Die bayerischen Landkreise wollen die Digitalisierung aktiv gestalten und fit sein für eine moderne Verwaltung und eine moderne Entwicklung. Dazu braucht es laut Dr. Keller eine Bayern Cloud und Personal für

die Betreuung. Die Landkreise erwarten hier Unterstützung vom Freistaat Bayern. □

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Monika Steer  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:  
Anja Schuchardt (Landtag)  
Jörg Kunstmann (KPv)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019

Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

## Starnberger Rathauschefin wegen Dienstvergehen verurteilt

Zwölf Monate lang wird der Starnberger Bürgermeisterin Eva John wegen Verletzung der Dienstpflichten ein Zehntel der Bezüge abgezogen. Das Verwaltungsgericht München sieht es als erwiesen an, dass die Rathauschefin Beschlüssen des Stadtrats im Zusammenhang mit Verträgen zwischen der Stadt Starnberg und der Deutschen Bahn AG teilweise nicht oder nicht hinreichend nachgekommen ist. Nach Auffassung des Gerichts ist dieses Vergehen als mittelschwer einzustufen.

Entgegen der Beschlusslage habe John verspätet ein Rechtsgutachten über die Folgen des Auslaufens der Verträge mit der Deutschen Bahn in Auftrag gegeben und dem Stadtrat nicht hinreichend Akteneinsicht in das Gutachten gewährt, urteilte das Gericht. Zudem seien die Fraktionen an den Gesprächen mit der Deutschen Bahn nicht beteiligt und der Deutschen Bahn der Willen des Stadtrats zur Verlängerung der Verträge erst verspätet mitgeteilt worden. □

Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der CSU-Mittelfranken:

## „Ideen statt Ideologien“

Joachim Herrmann erneut Bezirksvorsitzender

Rednitzhembach/Mittelfranken (pmw). Mit mehr als 98 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Joachim Herrmann wieder zum Bezirksvorsitzenden der CSU-Mittelfranken gewählt. Die vom Deutschen Bundestag in das Europäische Parlament gewechselte bisherige stellvertretende Vorsitzende Marlene Mortler sprach von einem „großartigen Vertrauensbeweis“ der Basis und der Delegierten aus den acht Kreisverbänden.

Ähnlich gute Ergebnisse erhielten die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Cornelia Griesbeck aus dem Landkreis Roth (Bezirksvorsitzende der Frauen Union), die Bezirksvorsitzende der Kommunalpolitischen Verei-

gital die Ärmel hochkrempeln“. Viel Applaus bekam der Ministerpräsident für seine Aussage, dass es auch „dem unermüdeten Einsatz von Joachim Herrmann für die Sicherheit“ zu danken sei, dass die seit 1. Juli als

cherheitskräfte verband Herrmann mit der Zusage, bis 2023 etwa 3.500 zusätzliche Stellen bei der Polizei schaffen zu wollen. „Die CSU steht für einen starken Staat, der seine Grenzen schützt und sichert und die Kontrolle darüber hat, wer in unser Land kommt“.

### CSU in den Kommunen die führende Kraft

Mit Blick auf die Kommunalwahlen im März nächsten Jahres zeigte sich der wieder gewählte Bezirksvorsitzende zuversichtlich, dass die CSU auch auf kommunaler Ebene die führende Kraft bleibt: „Keine andere Partei ist so vor Ort verwurzelt und unmittelbar mit den Menschen im Gespräch wie die CSU“. Und dass die bayerischen Kommunen „die stärksten in Deutschland sind, hat mit glaubwürdigen Persönlichkeiten, einer schlüssigen Programmatik und nicht zuletzt der Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung zu tun“.

Sechs von sieben Anträgen an den Parteitag fanden die mehrheitliche Zustimmung der Delegierten. Dabei ging es unter anderem um ein klares Nein zur staatlich verordneten Quotierung, die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlages, die Ablehnung einer automatischen Erhöhung des Rundfunkbeitrages, die bessere Förderung von Start-up-Unternehmen, die konsequente Digitalisierung in kommunalen Verwaltungen und die Forderung nach einer Initiative zum „hybrid-elektrischen Fliegen“.



v.l.: Andreas Schalk, Cornelia Trinkl, Joachim Herrmann, Cornelia Griesbeck und Herbert Lindörfer. Bild: Albrecht Börner

nigung Cornelia Trinkl aus dem Nürnberger Land sowie Bezirksrat Herbert Lindörfer und Landtagsabgeordneter Andreas Schalk aus dem Ansbacher Raum. Gewählt wurden auch die weiteren Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Delegierten in übergeordnete Gremien.

### Begeisterter Patriotismus statt übersteigertem Nationalismus

In seinem Bericht ging der Bayerische Innenminister auf „Investitionen in die Zukunft unserer fränkischen Heimat“ ebenso ein, wie negative Entwicklungen in der Gesellschaft, die Erhaltung fundamentaler Grundwerte und den Einsatz gegen jedwede Form von Hass, Gewalt und fanatischer Intoleranz: „Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie, die sich den Feinden der Freiheit entgegenstellt“. Übersteigertem Nationalismus stellte Joachim Herrmann „einen begeisterten Patriotismus“ entgegen, wenn es darum gehe, die Liebe zum deutschen Vaterland zum Ausdruck zu bringen, welches zu den „freiheitlichsten, rechtsstaatlichsten und demokratischsten Ländern der Welt“ zähle.

### Bewahrung der Schöpfung

Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Markus Söder sprach in seiner Grundsatzrede unter anderem davon, dass die Herausforderungen der Zeit mit „Ideen statt Ideologie“ angegangen werden müssten. Er zeigte sich davon überzeugt, dass die CSU über die besseren Antworten verfüge. So setzte seine Partei beim „Thema Klima auf belohnen statt bestrafen“. Die Bewahrung der Schöpfung gehöre zu den ureigensten Anliegen der CSU.

### CSU will auch digital „die Ärmel hochkrempeln“

Mit hoher Priorität will Söder die Digitalisierung vorantreiben. Er setzte auf künstliche Intelligenz ebenso, wie Fortschritte in der Medizin. Dazu gehöre auch „eine Modernisierung des Hochschulrechts und die Aufhebung des Sanierungsstaus bei schulischen Einrichtungen“. Nach Ansicht von Joachim Herrmann müsse die Politik, „auch di-

neue Einheit installierte Grenzpolizei seither mehr als 26.000 Fahndungstreffer habe erzielen können.

### Bayern Nr. 1 in Sachen Sicherheit

Nach Ansicht des Innenministers ist „Bayern in Sachen Sicherheit die Nr. 1 in Deutschland“. Seinem Dank an die Si-



Der Protest gegen neue Stromtrassen hat sich gelohnt: Noch im Februar hatten Landrat Johann Kalb und die Bürgermeister bzw. Stellvertreter aus Wattendorf (Thomas Betz), Scheßlitz (Roland Kauper), Stadelhofen (Ludwig Göhl), Königsfeld (Gisela Hofmann), Litzendorf (Klemens Wölfel), Heiligenstadt/Oberfranken (Hans Göller) und Bittenheim (Michael Karmann) eine erneute Resolution gegen die alternative Trassenführung für das Netzausbauprojekt P 44 mod., das eine Stromtrasse durch den östlichen Kreis Bamberg vorsieht, unterzeichnet. Jetzt teilte die „Taskforce Netzausbau“ im Wirtschaftsministerium mit, dass die Stromtrasse vom Tisch ist.

## Erfolgreiche Front gegen den Netzausbau

Wirtschaftsministerium informiert den Landrat Kalb: Keine neue Stromtrasse durch den Landkreis Bamberg

Es wird keine neue Stromtrasse durch den Landkreis Bamberg geben. Darüber informierte die „Taskforce Netzausbau“ des Wirtschaftsministeriums den Bamberger Landrat Johann Kalb. Diese Einigung habe Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger in Verhandlungen mit dem Bund und den ebenfalls beteiligten Ländern Thüringen und Hessen erzielt. „Eine seit Jahren bestehende Forderung der Bayerischen Staatsregierung sowie der Mandatsträger und der Bevölkerung aus der Region kann somit erfüllt werden.“

Der Landkreis Bamberg hatte mit sieben betroffenen Kommunen mehrfach Front gegen den Netzentwicklungsplan 2030 der Bundesnetzagentur gemacht.

### Kommunen schauen mit Argusaugen auf Entwicklungen

Zuletzt hatten Landrat und Bürgermeister Ende Februar klar gemacht. „Die Bevölkerung soll wissen, dass wir hell-

wach sind und mit Argusaugen auf die Entwicklungen schauen werden“, hatten Landrat Johann Kalb und die Bürgermeister bzw. Stellvertreter aus Wattendorf (Thomas Betz), Scheßlitz (Roland Kauper), Stadelhofen (Ludwig Göhl), Königsfeld (Gisela Hofmann), Litzendorf (Klemens Wölfel), Heiligenstadt / Oberfranken (Hans Göller) und Bittenheim (Michael Karmann) eine Resolution, mit der weitere Stromtrassen durch die Region

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Kurt Tucholsky hat einmal gesagt, dass derjenige, der in der Öffentlichkeit Kegel schiebt, es sich gefallen lassen müsse, wenn nachgezählt werde, wie viel er getroffen habe. Wohl wahr! Aber niemand muss sich dumm anreden oder gar beleidigen lassen, nur weil er ein öffentliches Amt bekleidet.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt mit großem Interesse die jetzt begonnene Diskussion über den öffentlichen Umgang mit Kommunalpolitikern, insbesondere zu Fragen von Stil und Sprache der Kommunikation im Internet.

In der Tat befindet sich ein Teil unserer Gesellschaft erkennbar in einer Ich-Falle. Nur der eigene Standpunkt, nur das eigene Umfeld, nur das eigene Interesse werden gesehen.

### Menschen müssen einander mit Achtung begegnen

Wie sonst wären Meldungen erklärbar wie die, dass Feuerwehrleute bei Löscharbeiten die Schläuche entwinden werden, damit sich ein paar Spaßvögel gegenseitig nassspritzen können. Oder Rettungskräfte wüst beschimpft werden, wenn ein Krankenwagen, der erkennbar im Einsatz ist, die Ausfahrt aus einer Parklücke versperrt. Sofern nicht gar zur Selbsthilfe gegriffen wird und verstockte Verkehrsteilnehmer Feuerwehrfahrzeuge eigenmächtig umparken. Die Phänomene „Gaffer“ und „Rettungsgassenfahrer“ will ich nur andeuten.

Für Menschen mit einer solchen Geisteshaltung ist es sicherlich schwer nachzuvollziehen, dass sich jemand einen Job antut, bei dem er nicht bei einem Achtstundentag, in einer Fünftagewoche bei 30 Tagen Urlaub kleine Fluchten der Selbstverwirklichung sucht, sondern effektiv 365 Tage für das Gemeinwohl einsteht und sich bei jedem Vorschlag, bei jeder Entscheidung wie auch bei jedem Unterlassen vor Gremien und der Öffentlichkeit rechtfertigen und kritisch kontrollieren lassen muss.

Der Kommunalpolitiker, der im Tucholskyschen Sinn in der Öffentlichkeit Kegel schiebt weiß, wie viele Schieds- und Punktrichter es gibt: Ratsgremien, die Lokalpresse, Bürger- und Wählerinitiativen, konkurrierende Parteien, kritische Nachbarn, stadtbekanntes Son-

derlinge, innerparteiliche Rivalen. Alles direkt aus dem Handbuch der kommunalen Demokratie.

Das ist okay und muss so sein, solange es sich um Kritik und demokratische Kontrolle handelt, die sich an der Sache orientiert und in einem dementsprechend sachlichen Stil und einer angemessenen Sprache vorgetragen wird. Leider neigen aber Personen, die in der vorbeschriebenen Ich-Falle gefangen sind, leicht dazu, jeden Vorschlag, jede Initiative und jede Entscheidung, die gegen ihre Sicht der Dinge steht, sogleich als persönlichen Angriff zu werten und entsprechend loszuschlagen. Leserbrief- und Online-Kommentarspalten der Zeitungen enthalten deshalb zuweilen Texte, die weit den Boden verlassen, auf dem eine sachliche Diskussion stehen sollte.

Wenn gross@maul.de oder netzbeschmutzer@hetze.de dann so richtig abletern, fragt man sich unwillkürlich, wohin diese Kombination aus geistiger Armut und starken Begriffen unser Land noch führen werden. Vielfach wird ja das Netz und werden die Sozialen Medien als der Stammtisch des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Schon richtig, wie der Stammtisch im Wirtshaus bietet das Netz einen Ort für den Diskurs und den Austausch von Meinungen. Wenn sich aber am Stammtisch einer im Ton vergreift, dann kann man ihm in die Augen schauen und zum Schämen bringen. Im Netz, so scheint es, schämt sich niemand.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sogar bei uns in unserer überschaubaren Stadt nicht vor Netzrollen und Pöblern mit kreativer Beleidigungsfantasie verschont. Körperlicher Attacken, wie sie zu unser aller großen Entsetzen in anderen Städten vorkamen, musste er sich Gott sei Dank noch nicht erwehren. Wenn diejenigen, die das Zusammenleben mit ihrem dumpfen Hass vergiften, nicht so entsetzlich dumm und unreflektiert wären, könnten sie mal über einen Satz von Michail Gorbatschow nachdenken: „Der Mensch muss wissen und spüren, dass sein Wort etwas gilt, dass seine Würde nicht verletzt wird, dass man ihm mit Vertrauen und Achtung begegnet“.

the Sabriua

vollumfänglich abgelehnt werden, unterzeichnet.

### Erheblicher Eingriff in das Landschaftsbild

Bereits vorhandene Stromnetze sowie weitere Infrastrukturprojekte wie das größte Schienenverkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8 (ICE-Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt) oder die Autobahnen A 73 und A 70 greifen nach Meinung der Vertreter der Kommunen erheblich in das Landschaftsbild ein. „Beinträchtigen Sie die Menschen, die Landschaft und den sich gut entwickelnden Tourismus nicht zusätzlich“, so der Appell des Landrates und der Bürgermeister. „Eine weitere Beeinträchtigung der Kultur- und Erholungslandschaft und eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung sind nicht mehr zumutbar.“

### Alternativvariante hätte östlichen Kreis Bamberg durchschnitten

Der Netzentwicklungsplan hatte zuletzt nach Auffassung der kommunalpolitisch Verantwortlichen im Landkreis Bamberg eine „fachlich zweifelhafte“ Verschiebung der geplanten Stromtrassen durch das Kreisgebiet vorgesehen. Während die Ausgangsplanung des Netzausbauprojektes P 44 von Altenfeld in Thüringen nach Grafenrheinfeld (Unterfranken) geführt hätte, hätte die Alternativvariante P 44 mod. von Altenfeld nach Ludersheim bei Nürnberg den östlichen Kreis Bamberg durchschnitten.

### Bürgerforum in Fürstenfeldbruck:

## MVV und S-Bahn vor Ort

Bei hochsommerlichen Temperaturen nahmen am Bürgerforum im Landratsamt Fürstenfeldbruck rund 70 Landkreisbürgerinnen und -bürger teil und ließen sich von den Geschäftsführern Dr. Bernd Rosenbusch vom MVV und Heiko Büttner von der S-Bahn München über aktuelle Mobilitätsthemen informieren. Landrat Thomas Karmasin hatte im Vorfeld die Idee zum Bürgerdialog aufgegriffen und den Abend moderiert.

„Der Kreistag sowie die Städte und Gemeinden im Landkreis haben in den vergangenen Jahren vorausschauend den ÖPNV ausgebaut. Die erfreuliche Entwicklung ermöglicht Ihnen, sieben Tage die Woche rund um die Uhr mit 54 Bus- und Ruf-Taxi-Linien klimafreundlich mit nur einem Tarif im MVV unterwegs zu sein. Im vergangenen Jahrzehnt ist die Betriebsleistung der MVV-Regionalbusse von 4 Mio. auf knapp 8,8 Mio. Nutzwagenkilometer gestiegen.“

„Trotz dieser erfreulichen Entwicklung im Landkreis Fürstenfeldbruck sind die täglichen Herausforderungen und Probleme im Nahverkehr des Ballungsraums München erheblich“, betonte Landrat Karmasin und bat die Anwesenden, den Abend mitzugestalten. Die Bürger stellten viele Fragen zu den Themen Fahrgastinformation und -service, Fahrzeugeinsatz und Zugausstattung, Fahrplanangebot, Infrastruktur sowie Störungen im S-Bahn Betrieb.

Zuvor informierte Dr. Rosenbusch über angestrebte Lösungen im MVV-Gebiet. Verkehrsbelastung und Sicherstellung der Mobilität sind die zentralen Themen. Er erläuterte, war-

um der MVV-Verbund so wichtig ist und dass zukünftig nur eine sinnvolle Erweiterung ohne Inzellösungen kundenfreundlichen Fahr- und Ticketservice bedeutet.

Der neue, einfachere und günstigere MVV-Tarif kommt zum 15. 12. 2019. Weiter geht es nach der Einführung der Chipkarte mit dem Ausbau des E-Ticketing, um Fahrten mit Bus und Bahn noch attraktiver und einfacher zu gestalten. Mit Blick auf die Politik forderte Rosenbusch nicht mehr nur in den Fernverkehr, sondern künftig massiv in den Nahverkehr zu investieren. Dazu gehören z.B. der Ausbau sowie die Elektrifizierung der Schienenstrecken, die Priorisierung des Schienenpersonennahverkehrs bei der Verkehrsabwicklung an Knotenpunkten, die Bevorrechtigung des ÖPNV mit Busspuren, die Ausweitung des Angebotes mit noch dichteren Takten von Bahn und Bus, mehr schnelleren Tangentialverbindungen und einer gemeinsamen Mobilitätsplattform, damit die Fahrgäste sich besser im Dickicht der vielen App-Anbieter zurecht finden. Nicht zuletzt müsse das Markenmanagement des MVV gestärkt werden.

Niederbayerischer Integrationspreis 2019:

## Vorbildlicher Dienst am Menschen

Initiativen und Projekte aus den Landkreisen Rottal-Inn und Regen sowie aus den Städten Grafenau und Landshut wurden in der Regierungshauptstadt mit dem niederbayerischen Integrationspreis ausgezeichnet. Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Regierungspräsident Rainer Haselbeck gratulierten den diesjährigen Preisträgern, die sich über ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro freuen konnten.

Mit einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro wurde das Projekt „Sprach- und Kulturmittler“ der Landkreise Rottal-Inn und Regen bedacht. Als Sprach- und Kulturmittler können sich bereits gut integrierte Migrantinnen und Migranten an der Integration von Neuzugewanderten

beteiligen. Auf ehrenamtlicher Basis geben sie ihre Erfahrungen weiter und helfen so, kulturelle Hindernisse und sprachliche Barrieren zu überwinden.

Karin Dempewolf und Tabeja Lederer aus Grafenau (Preisgeld 1.500 Euro) wurden für ihr jahrzehntelanges ehrenamtli-

ches Engagement für die Bewohner der heutigen Gemeinschaftsunterkunft Grafenau geehrt. Die beiden Frauen unterstützen die Bewohner der Unterkunft in vielen Lebensbereichen. Besonders liegen ihnen die Kinder am Herzen, mit denen sie regelmäßig basteln, backen und spielen.

### Jugendsozialprojekt „Porschestraße“

Um Kinder geht es auch beim Jugendsozialprojekt „Porschestraße“ (Preisgeld 1.500 Euro): Hier bietet der Stadtjugendring sozial benachteiligten Kindern Schwimmkurse an. Das Angebot richtet sich insbesondere an Kinder mit Migrationshintergrund, deren Eltern ihren Kindern das Schwimmen selbst nicht beibringen können.

Ein friedliches und solidarisches Gemeinwesen könne auf Dauer nur bestehen, wenn man

einander mit Respekt und Achtung begegne, unterstrich Innenstaatssekretär Gerhard Eck. Dazu zählten auch Diskurs- und Kritikfähigkeit und ein vorurteilsfreies Miteinander.

### Vermittlung von Alltagskompetenzen und Werten

Laut Eck fordert Bayern Integration aber nicht nur konsequent ein, sondern fördert sie auch nachhaltig. „Dazu haben wir ein bundesweit beispielloses Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Wir fördern die Vermittlung von Alltagskompetenzen und unserer Werte. Wichtig ist auch die deutsche Sprache – denn sie ist der Schlüssel für Verständigung und gelingende Integration“, zeigte sich der Innenstaatssekretär überzeugt.

Regierungspräsident Rainer Haselbeck dankte den Geehrten für ihre Arbeit und sprach von einem großen Dienst an den Menschen und für unsere gesamte Gesellschaft. Integration sei der Schlüssel zu allem, wenn es um ein lebenswertes und menschliches Zusammenleben gehe. **DK**

## Goldener Ehrenring für Landshuts Alt-OB Hans Rampf

Besondere Ehre für Landshuts Altoberbürgermeister Hans Rampf: Im Rahmen des Sommerempfangs des Rathauses wurde er von seinem Nachfolger Alexander Putz mit dem Goldenen Ehrenring für seine Verdienste um die Stadt ausgezeichnet.

Rathauschef Putz würdigte in seiner Laudatio die Verdienste seines Vorgängers. Die niederbayerische Regierungshauptstadt zähle heute mit einem Einwohnerplus von 15 Prozent in den vergangenen zehn Jahren zu den drei am stärksten wachsenden kreisfreien Städten in Bayern. Große internationale Unternehmen und der traditionell starke Mittelstand trügen zu einem historischen Tief der Arbeitslosenquote und einem Rekordniveau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei.

In seiner Zeit als Rathauschef von 2005 bis 2016 habe Rampf wichtige Weichenstellungen in allen Bereichen vorgenommen, beispielsweise mit dem konsequenten Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, der Sanierung von Schulen, dem Bau des Biomasseheizkraftwerks oder der

Umgestaltung der Neustadt, des Bismarckplatzes und des Kaserengeländes.

„Durch das starke Bevölkerungswachstum, die dynamische wirtschaftliche Entwicklung, aber auch durch die Belebung der Kultur- und Gastronomieszene ist Landshut moderner, man kann auch sagen ‚großstädtischer‘ geworden“, hob Putz hervor. Die Entwicklung von einer Mittelstadt hin zu einer „kleinen Großstadt“ habe Rampf stadtplanerisch angemessen begleitet.

In der Bevölkerung sei der Alt-OB vor allem auch wegen seines sozialen Engagements und seiner volksnahen Amtsführung geschätzt worden. Aus einer ehemaligen Spendenaktion anlässlich Rampfs 60. Geburtstag ist Putz zufolge die Stiftung OB-Direktive entstanden, die bis heute zahlreiche Landshuter Bürger finanziell unterstützt. **DK**

## LIEFERANTEN

# GZ

## NACHWEIS

### Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 643

**Hugo Knödler GmbH**  
www.apsederrpfosten.com

### Abzeichen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### Bau



**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

### Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

### Energiedienstleistung



**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

### Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,  
71384 Weinstadt  
Tel.: 07151/99 51 641

**Hugo Knödler GmbH**  
www.fahnenmast.com

### Fahnenmasten / Fahnen



**Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstraße 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

### GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

### Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

### Gewerbebau

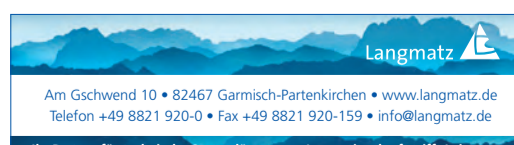


**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen  
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

### Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 • 82467 Garmisch-Partenkirchen • www.langmatz.de  
Telefon +49 8821 920-0 • Fax +49 8821 920-159 • info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

### Kommunale IT

www.akdb.de

### Kommunaler Datenschutz



Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



### Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitssysteme

**PT-Hydraulik Vertrieb OHG**  
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100  
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de  
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de  
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com  
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de  
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de  
KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):  
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0  
www.sew-kempen.de

### Recyclingbaustoffe



### Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

### Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.